

## 86. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. Februar 2007, 13.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches .....	6580	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u. a. u. Frakt. (SPD) <b>Nachtragshaushalt für den Ausbau der Ganztagschulen vorlegen</b> (Drs. 15/7388)	
<b>Geburtstagswünsche</b> für die Abgeordneten <b>Maria Scharfenberg</b> und <b>Peter Schmid</b> .....	6580	und	
<b>Aktuelle Stunde</b> gem. § 65 GeschO auf Antrag der CSU-Fraktion <b>„Klima schützen und Energie sichern: Bayern stellt sich den Herausforderungen der Zukunft“</b>		<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) <b>Bekanntnis zu zügigem flächendeckenden Ausbau von Ganztags Hauptschulen in einem Nachtragshaushalt verbindlich festschreiben</b> (Drs. 15/7395)	
Christian Meißner (CSU) .....	6580	Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) .....	6595, 6603
Ludwig Wörner (SPD) .....	6582	Simone Tolle (GRÜNE) ....	6597, 6599, 6600, 6601
Ruth Paulig (GRÜNE) .....	6583	Bernd Sibler (CSU) .....	6598, 6599
Staatsminister Dr. Werner Schnappauf .....	6585	Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) (Zwischenbemerkung gem. § 111 Abs. 4 GeschO) .....	6600
Franz Josef Pschierer (CSU) .....	6587	Berthold Rüth (CSU) .....	6600
Gudrun Peters (SPD) .....	6588	Bernd Sibler (CSU) (Zwischenbemerkung gem. § 111 Abs. 4 GeschO) .....	6601
Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU) ...	6590	Staatssekretär Karl Freller .....	6601, 6604
Helmut Brunner (CSU) .....	6591		
Staatsminister Josef Miller .....	6592		
<b>Antrag</b> der Abg. Franz Maget, Herbert Müller, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD), Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) <b>Erweiterung des Untersuchungsauftrags (Drs. 15/5574) des Untersuchungsausschusses „Wildfleisch und Verbraucherschutz“</b> (Drs. 15/7197) Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 15/7300)		Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 15/7388 .....	6604
Herbert Müller (SPD) .....	6592	Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 15/7395 .....	6604
Adi Sprinkart (GRÜNE) .....	6593		
Alexander König (CSU) .....	6593, 6595	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) <b>Energetische Sanierung staatlicher Liegenschaften</b> (Drs. 15/7389)	
Herbert Müller (SPD) (Zwischenbemerkung gem. § 111 Abs. 4 GeschO) .....	6594	Ruth Paulig (GRÜNE) .....	6604, 6607, 6611
Beschluss .....	6595	Johannes Hintersberger (CSU) .....	6605
		Ludwig Wörner (SPD) .....	6607, 6610

Staatsminister Dr. Günther Beckstein . . . . . 6608, 6610, 6611 Ruth Paulig (GRÜNE) (Zwischen- bemerkung gem. § 111 Abs. 4 GeschO) . . . . . 6610	Verweisung in den Sozialausschuss . . . . . 6620
Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 1) .. 6611, 6623	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) <b>Keine Benachteiligung von Wehr- und Zivil- dienstleistenden durch Studienbeiträge</b> (Drs. 15/7392)
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Joachim Herrmann, Renate Dodell, Joachim Unterländer u. a. u. Frakt. (CSU) <b>Kinder brauchen kompetente Eltern und sollen es selbst werden – Vorbereitung auf Partner- schaft und Elternschaft gesellschaftlich breit verankern</b> (Drs. 15/7390)	Verweisung in den Hochschulausschuss . . . . . 6620
und	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Joachim Herrmann, Manfred Ach, Engelbert Kupka u. a. u. Frakt. (CSU) <b>Erbschaftssteuerrecht mit Augenmaß reformie- ren</b> (Drs. 15/7393)
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) <b>Kinder brauchen Krippen – Handeln statt „Prü- fen“</b> (Drs. 15/7398)	hierzu:
und	<b>Änderungsantrag</b> der Abg. Joachim Herrmann, Manfred Ach, Engelbert Kupka u. Frakt. (CSU) (Drs. 15/7405)
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Franz Maget, Dr. Simone Strohmayr, Joachim Wahnschaffe u. a. u. Frakt. (SPD) <b>Kinder brauchen starke Eltern</b> (Drs. 15/7402)	Verweisung in den Haushaltsausschuss . . . . . 6620
Renate Dodell (CSU) . . . . . 6611 Renate Ackermann (GRÜNE) . . . . . 6613, 6620 Staatsministerin Christa Stewens . . . . . 6615, 6616 Renate Ackermann (GRÜNE) (Zwischen- bemerkung gem. § 111 Abs. 4 GeschO) . . . . . 6616 Dr. Simone Strohmayr (SPD) . . . . . 6616, 6618, 6619 Joachim Unterländer (CSU) . . . . . 6618 Christine Kamm (Zwischen- bemerkung gem. § 111 Abs. 4 GeschO) . . . . . 6619 Sylvia Stierstorfer (CSU) . . . . . 6619 Renate Dodell (CSU) (Zwischen- bemerkung gem. § 111 Abs. 4 GeschO) . . . . . 6619 Prof. Dr. Gerhard Waschler (Zwischen- bemerkung gem. § 111 Abs. 4 GeschO) . . . . . 6620	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) <b>Wirksame Maßnahmen zur Reduzierung der Stickoxide ergreifen</b> (Drs. 15/7394)
Beschluss zum CSU-Dringlich- keitsantrag 15/7390 . . . . . 6620	Verweisung in den Umweltausschuss . . . . . 6620
Beschluss zum GRÜNEN-Dringlich- keitsantrag 15/7398 . . . . . 6620	<b>Erste Lesungen</b> zu Gesetzentwürfen, die <b>ohne Aussprache</b> an die jeweils federführenden Aus- schüsse <b>überwiesen werden sollen</b> (s. a. Anla- ge 2)
Beschluss zum SPD-Dringlich- keitsantrag 15/7402 . . . . . 6620	Beschluss . . . . . 6620
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Franz Maget, Chris- ta Steiger, Joachim Wahnschaffe u. a. u. Frakt. (SPD) <b>Für eine schnelle Einführung eines gesetzlichen geregelten Mindestlohnes; Armut trotz Erwerbs- arbeit verringern</b> (Drs. 15/7391)	<b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung zur <b>Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung</b> (Drs. 15/7252) – Erste Lesung –  Staatsminister Dr. Günther Beckstein . . . . . 6620 Franz Schindler (SPD) . . . . . 6621 Petra Guttenberger (CSU) . . . . . 6622 Christine Stahl (GRÜNE) . . . . . 6622
	Verweisung in den Verfassungsausschuss . . . . . 6623

**Gesetzentwurf** der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur **Änderung des Gesetzes über die Vergabe von Bauaufträgen im Freistaat Bayern (Bayerisches Bauaufträge-Vergabegesetz – BayBauVG)**

(Drs. 15/7215)

– Erste Lesung –

Dr. Martin Runge (GRÜNE) .....	6624
Roland Richter (CSU) .....	6624
Werner Schieder (SPD) .....	6625
Staatsminister Dr. Günther Beckstein .....	6626

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss .....

6626

**Abstimmung über Anträge**, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung **nicht einzeln beraten** werden (s. a. Anlage 3)

Beschluss .....

6626

**Antrag** der Staatsregierung

auf **Zustimmung zum Neunten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Neunter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)**

(Drs. 15/6821)

– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses (Drs. 15/7303)

Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU) ....

6626

Peter Hufe (SPD) .....

6627, 6629

Ulrike Gote (GRÜNE) .....

6628

Staatsminister Eberhard Sinner .....

6629

Beschluss .....

6630

Schluss der Sitzung .....

6630

(Beginn: 13.02 Uhr)

**Präsident Alois Glück:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 86. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Wie immer haben Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen um Aufnahmegenehmigung gebeten, und sie ist erteilt worden.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch zwei Glückwünsche aussprechen. Am 4. Februar feierte Frau Kollegin Maria Scharfenberg einen halbrunden Geburtstag, und gestern konnte Herr Kollege Peter Schmid einen runden Geburtstag feiern. Beiden einen herzlichen Glückwunsch und alles Gute für den weiteren Lebensweg.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

### Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der CSU vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema „**Klima schützen und Energie sichern: Bayern stellt sich den Herausforderungen der Zukunft**“ beantragt.

In der Aktuellen Stunde dürfen bekanntlich die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen, auf Antrag einer Fraktion zehn Minuten. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält eine Fraktion auf Antrag eines ihrer Mitglieder zusätzlich fünf Minuten Redezeit. Das bitte ich insbesondere im Hinblick darauf einzukalkulieren, dass möglicherweise mehrere Mitglieder der Staatsregierung sprechen, wenn mir die Bemerkung erlaubt ist.

Erster Redner ist Herr Kollege Meißner. Er hat das Wort.

**Christian Meißner (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Tat diese Aktuelle Stunde beantragt. Die 13 letzten Jahre waren, so war es diese Woche zu lesen, die wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, und wir stellen heute fest, dass es wohl kaum noch einen seriösen Zweifel mehr an der Ursache für dieses Phänomen gibt und vor allem keine alternativen wissenschaftlichen Erklärungen. Insbesondere hat in den vergangenen Tagen der jüngste Weltklimabericht der Vereinten Nationen aufhorchen lassen. Er ist auch medial entsprechend aufgegriffen worden. Dieser Bericht ist deswegen interessant, weil man ihn sicherlich als die seriöseste Einstellung zum Stand der Dinge einordnen kann und weil er die umfangreichste Untersuchung diesbezüglich ist. Hunderte Fachleute sind beteiligt. Irgendwo habe ich gelesen, dass mehr als 2500 Wissenschaftler ihren Teil zu diesem Bericht beitragen.

Wenn man diesen Bericht genau studiert, stellt man fest: Die Erkenntnisse und letztlich auch die Schlussfolgerungen, die gezogen werden, sind im Prinzip nicht neu. Aber nach übereinstimmender Aussage der entsprechenden Fachleute sind sie ein Stück weit verlässlicher,

weil sie auf fundierteren und umfangreicheren Zahlenwerken beruhen.

Wir stellen also fest, dass der Erwärmungsprozess, den wir erleben, in Gänze fast schon unumkehrbar ist. Aber fast alle Experten sind sich einig, dass man ihn unbedingt auf zwei Grad Celsius begrenzen müsste. Die Frage, wie das geschehen kann, soll unter anderem Thema unserer Aktuellen Stunde sein. Vor allem stellen wir auch die Frage – wir sind ein bayerisches Parlament – : Was können wir in Bayern tun?

Das soll aber nicht davon ablenken, dass wir faktisch von einem globalen Prozess sprechen. Wir sehen auch, dass nach Kyoto ein weiteres weltweites Abkommen, sozusagen Kyoto-plus, notwendig ist.

Der grundsätzliche Ansatz bei all unseren Gedanken, die wir in Bayern haben, muss aber immer sein, dass man dieses Problem auch global lösen muss.

Deutschland ist momentan in besonderer Weise in der Verantwortung

(Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– danke, Herr Präsident –, nämlich durch den Vorsitz der G 8 und die EU-Ratspräsidentschaft, die wir derzeit innehaben. Das ist auch eine Möglichkeit, Einfluss auf die größten CO<sub>2</sub>-Sünder zu nehmen. Das ist mit Sicherheit nicht unser Land, sondern das ist China, das sind die USA, das ist auch Indien.

Wir wollen durchaus nach dem Motto arbeiten: global denken, aber lokal handeln. Es wäre sicherlich wünschenswert, wenn Deutschland im Hinblick auf seine besondere Verantwortung jetzt eine Vorreiterrolle übernehmen würde.

Bayern steht in der Verantwortung und wird aus meiner Sicht dieser Verantwortung nachkommen. Zu den vielfachen Anstrengungen, die wir diesbezüglich schon seit Jahren unternehmen – ich verweise auf die Beiträge der anderen Kollegen aus der Fraktion, die noch das Wort ergreifen werden –, müssen noch weitere hinzukommen. Sicherlich werden wir vorhandene Bemühungen auch noch ein Stück weit verstärken müssen.

**Präsident Alois Glück:** Herr Kollege, ich möchte Sie einen Moment unterbrechen. In dem Fall muss ich nach links schauen und darum bitten, dass es dort ruhiger wird. Normalerweise verteilt es sich im Raum,

(Günter Gabsteiger (CSU): Nein, nein!)

aber in dem Fall ist es besonders in dem Bereich links.

Bitte, Herr Kollege.

**Christian Meißner (CSU):** Ich kann mir auch Mühe geben, Sie ein wenig aufzumuntern. Aber einstweilen waren mir diese Vorbemerkungen wichtig.

Wir müssen zusehen, dass wir die Bemühungen vor Ort ins richtige Verhältnis setzen, anstatt bei Symbolthemen eine schnelle Schlagzeile zu produzieren. Zum Beispiel ist aus meiner ganz persönlichen Sicht eine Diskussion über Schneekanonen ein Symbolthema, das den Blick auf tatsächliche Einsparungspotenziale verdeckt.

Ich werfe der linken, vom Präsidenten gerade angesprochenen Seite ganz einfach Folgendes vor – das zeigt auch ihr Verhalten in den letzten Tagen –: Eine Nachricht steht in der Zeitung, dann greifen Sie zur Feder und stellen einen Antrag. Das ist Ihr Dreiklang. Ihre Bauchladenlösung zum Klimaschutz heißt: Zeitung gelesen, Antrag gemacht, Klimaschutz betrieben. Wunderbar, nächstes Thema.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und was machen Sie?)

– Das werden Sie gleich hören. Deswegen haben wir die Aktuelle Stunde beantragt, damit wir Ihnen das einmal umfassend darstellen können.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ihr Konzept, ständig Einzelthemen hochzuziehen, halte ich jedenfalls für nicht sinnvoll. Jetzt ist letztendlich ein Gesamtkonzept notwendig, und ein Teil davon ist sicherlich die Energieversorgung.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist ein Aspekt. Aber das führt uns schon zum nächsten Tabuthema, für Sie jedenfalls. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist die eine Seite, die andere Seite ist die Einsparung von CO<sub>2</sub>. Da muss man, wenn seriös argumentiert wird – und das tun viele Wissenschaftler – –

**Präsident Alois Glück:** Augenblick, Herr Kollege. Wir können die Sitzung auch unterbrechen – jetzt ist es gleichmäßig verteilt –, bis es ruhiger ist. Der Geräuschpegel ist jedenfalls so nicht akzeptabel. Bitte.

**Christian Meißner (CSU):** Danke schön, Herr Präsident.

Wir reden über die Kernenergie. Wir sind jedenfalls bereit, dem Wort vieler Wissenschaftlicher zu folgen, die sich sehr ernsthaft damit befassen und sagen: Wir brauchen eine längere Übergangsfrist, bis erneuerbare und alternative Energiequellen restlos wettbewerbsfähig sind. Diese Seite desavouieren Sie, weil Ihnen das ideologisch nicht in Ihren Klimakram passt. Wir stellen uns dieser Diskussion und letztlich auch dieser Verantwortung.

Es gibt aber auch noch ein Riesenpotenzial, das soll nicht verschwiegen werden, gerade im Gebäudebereich: Verbesserung des Wärmeschutzes, Heizungsmodernisierung, Energiemanagement durch Leittechnik für Strom und Wärme und für andere Systeme bei der Stromerzeugung und Elektrogeräten sind hier zu nennen. Dabei ist mir wichtig, dass wir dahin kommen müssen, auch der Bevölkerung klarzumachen: Alle Bürgerinnen und Bürger, jeder kann Klimaschützer sein. Wir müssen ein Bewusstsein dafür schaffen, weil Klimaschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

Letztendlich kann dieser Klimaschutz nur im engen Schulterschluss zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft vorangetrieben werden. Daher verletzt uns Ihre fast rituelle Kritik am Klimaschutzpakt der Bayerischen Staatsregierung; sie ist auch für uns nicht nachvollziehbar. Wir sind der Meinung und sagen ganz deutlich: Es ist gut, dass es diesen Pakt gibt. Er geht in die richtige Richtung. Er schafft dieses gesellschaftliche Bewusstsein, von dem ich gesprochen habe, und er ist jederzeit ausbaufähig. Wenn Ihnen also an dem Pakt per se etwas nicht passt, dann sagen Sie, was verbessert werden soll, aber stellen Sie ihn nicht insgesamt in Frage. Ihre Haltung ist bedauerlich. Sie können jedoch letztendlich die Erfolge, die wir bei der CO<sub>2</sub>-Reduzierung haben, nicht in Abrede stellen.

Für mich bedeutet das alles nicht, dass der Klimaschutzpakt, den wir in Bayern Gott sei Dank haben, letztlich die einzige Maßnahme sein kann. Wir haben noch Potenzial – und das will ich ehrlich ansprechen – im Bereich der erneuerbaren Energien. Ein Blick nach Österreich zeigt, dass dort zum Beispiel die Geothermie weitaus mehr ausgebaut und genützt wird als bei uns. Ihre Nutzung ist dort teilweise sogar verpflichtend. Über diese Fragen wird man sich unterhalten müssen. Jedenfalls haben wir dort bereits eine höhere Durchdringung. Ich denke auch und sage es ehrlich, dass der Staat gefordert ist, die Anreize für Bürgerinnen und Bürger zu geben.

Das Energieeinspeisungsgesetz ist ein Weg, der zeigt, dass das erfolgreich sein kann.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Gell?)

Wir sagen aber beim EEG, dem Gesetz über den Vorrang Erneuerbarer Energien, weiterhin, dass der Schwerpunkt bei diesem Gesetz vermehrt auf das Ziel gerichtet sein sollte, alternative Energiequellen schnell wirtschaftlich und wettbewerbsfähig zu machen.

Und dafür sind Anstrengungen bei der Forschung und der Entwicklung notwendig. Ein reines Versorgen kann also langfristig nicht die Antwort sein.

Ich sage zur Diskussion der letzten Tage: Die CSU und die Staatsregierung setzen nicht umsonst auf freiwillige Selbstverpflichtungen und auf den Paktgedanken. Ich sage aber auch mit Blick auf die Automobilindustrie: Wenn eine freiwillige Selbstverpflichtung nicht eingehalten wird, muss man den, der das Gewünschte nicht erreicht hat, selbstverständlich fragen, warum er das nicht erreicht hat und was man dann tun kann. Da nützt es nichts, auf den Guten – in diesem Fall auf die Automobilindustrie – einzuprügeln, sondern wichtig ist eine gemeinsame Analyse, wieso gesteckte Ziele nicht erreicht worden sind. Dann muss man im Rahmen eines Gesamtkonzeptes überlegen, was hier zu tun ist und wie man diese Ziele im Sinne eines besseren Klimaschutzes, für den wir uns anstrengen, doch noch erreichen kann. Ich wünsche mir, dass wir das wegen der Bedeutung dieses Themas bei allem demokratischen Streit ein Stück weit gemeinsam tun.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Alois Glück:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wörner.

**Ludwig Wörner (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es gefällt mir, dass uns mein Kollege die Handinhält, um Gemeinsamkeiten zu entwickeln. Nur: Ich habe diese Hand in den letzten Jahren vermisst, in denen wir all das, was Sie heute wollen, gefordert haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben das abgelehnt, und damit haben wir Zeit verloren. Dafür bekommen wir jetzt die Rechnung. Wir müssen uns schon in Erinnerung rufen, dass das, was diese Welt in Millionen von Jahren an fossilen Brennstoffen produziert hat, von uns in knapp 200 Jahren – im wahrsten Sinne des Wortes – verheizt wurde. Und dafür gibt es jetzt die Rechnung. Diese Rechnung ist unangenehm, und sie wird uns in Zukunft noch viele Kopfschmerzen bereiten. Deswegen wollen wir Ihre ausgestreckte Hand, obwohl unsere Vorschläge bisher immer wieder weggeschlagen wurden, gerne annehmen. Dazu bedarf es aber einer genauen Analyse dessen, was bisher passiert ist, und der Korrekturen.

Pakte sind etwas Wunderschönes, aber man muss auch überprüfen können, ob sie das Papier wert sind, auf dem sie stehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dieses haben Sie bisher nicht erreicht – im Gegenteil. Man muss sich manchmal fragen, ob man nicht gerade auf einen Zug aufspringt, wenn man so einen Pakt verkündet, der längst schon fährt. Wer sich ansieht, wie viele katholische und evangelische Einrichtungen bereits Fotovoltaikdächer haben, stellt fest, dass sie ohne Pakt bereits viel weiter sind als die Staatsregierung auf ihren Gebäuden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen kann man den Pakt begrüßen. Man muss aber aufpassen, dass man da bei einer Bewegung, die längst läuft, nicht zum Trittbrettfahrer wird.

Wir sollten die Alarmzeichen ernst nehmen. Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass viele von uns, die dieses Thema etwas früher aufgegriffen haben, ein bisschen als „Ökospinner“ galten.

(Zurufe von der CSU)

– So ist es halt. Vor zehn Jahren waren es die Ökospinner, und heute, weil man merkt, dass man in die Falle getappt ist und nicht mehr aus kann, ist es anders. Das nur zur Erinnerung, nicht als Vorwurf. Sie müssen halt bedenken, dass mancher gelegentlich etwas weiter denkt.

Kolleginnen und Kollegen, und damit sind wir in Bayern: Die bayerische Bevölkerung ist dank eines Erfolgsprogramms der Vorgänger-Bundesregierung unter Führung der SPD dazu übergegangen, diese Programme zu

nutzen, und sie ist erheblich weiter als die Bayerische Staatsregierung in ihrem Denken und Handeln.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie heute durch Bayern fahren, sehen Sie den Erfolg dieses Regierungsprogramms auf allen Dächern, auf allen landwirtschaftlichen Gütern und in vielen anderen Bereichen mehr. Das ist der Erfolg des EEG, das Sie immer abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich ein Weiteres sagen. Man hat gerade von Schneekanonen gesprochen: Dieses Thema ist ein Symbol dafür, dass sich ein Minister, der sich in dieser Frage redlich bemüht hat, das Schlimmste zu verhindern, im eigenen Kabinett nicht durchsetzen konnte; die Wirtschaftslobby hat ihn schlichtweg erschlagen. Deswegen haben wir heute Dinge, die in diese ökologisch etwas anders orientierte Welt überhaupt nicht mehr passen und nicht zukunftsorientiert sind. Dasselbe gilt für freiwillige Vereinbarungen. Freiwillige Vereinbarungen sind etwas Schönes, wenn sie von den Partnern eingehalten werden.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wenn sie aber nicht eingehalten werden, wie jetzt zum Beispiel bei den Pkws, muss man sich darüber Gedanken machen, wie man das verbessern kann.

(Zuruf des Abgeordneten Christian Meißner (CSU))

Ich bin der festen Überzeugung, dass gerade die bayerischen Automobilhersteller technisch in der Lage und intelligent genug sind, Fahrzeuge zu produzieren, die die Ziele, die wir stecken, erreichen. Wir sollten dabei mithelfen, aber auch den nötigen Druck aufbauen. Ich will nicht so weit gehen und sagen, dass – wie es im Moment gefordert wird – für alle Pkw, die mehr als eine bestimmte Menge Schadstoffe ausstoßen, keine Werbung mehr betrieben werden darf; wir haben das analog in der Zigarettenindustrie und auf vielen anderen Gebieten. Aber vielleicht wäre auch das ein Potenzial, mit dem wir deutlich machen könnten, wohin wir Politiker gehen wollen; also deutlich zu machen, dass wir eine energiepolitisch andere Welt wollen, als wir sie heute haben.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir wollen versuchen, diese Welt nicht auf der Saurier-technologie Kernenergie aufzubauen – nein, wir wollen von dieser Saurier-technologie so schnell wie möglich weg- und zur kleinteiligen Energieversorgung zu kommen, die sicherer und zukunftsfähiger ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

„Zukunftsfähigkeit“ und „Nachhaltigkeit“ bedeutet nämlich: Was machen wir mit den Dingen, die am Ende übrig bleiben? – Darüber reden Sie nicht gerne, weil Sie genauso wenige Lösungen haben wie alle anderen.

(Engelbert Kupka (CSU): Aber die Saurier haben zu der Zeit gelebt, als Symbole entstanden sind!)

Lassen Sie mich zu dem Thema „regenerative Energien“ etwas sagen: Wir müssen darauf achten, dass es ein Mix wird, der in die Zukunft hinein nicht neue Lasten schafft. Wir müssen auch dafür Sorge tragen, dass die vorhandenen Mittel vernünftig genutzt werden. Es nützt uns nämlich nichts, wenn wir völlig auf Biogas setzen und dann im Land meist Monokulturen entwickeln. Es nützt uns nichts, wenn wir allein auf Palmöl setzen und damit in anderen Ländern riesige Schäden anrichten. Nein, es muss der richtige Mix sein. Aber zu diesem Mix – und das ist entscheidend – gehören auch Energieeffizienz und Sparsamkeit.

Ich bin immer etwas überrascht, wenn über die hohen Kosten für die Heizung geklagt wird. Sie sind in der Tat unangenehm. Aber wir haben es selber in der Hand, wie viel Energie wir für die Heizung verbrauchen. Auf diesem Gebiet sind wir nach wie vor Verschwender.

Meine Damen und Herren der Staatsregierung, Sie geben dafür das beste Beispiel. Wir fordern inzwischen seit einem Jahrzehnt Verbesserungen bei der Wärmedämmung an staatlichen Bauten.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

95 % unserer Bestände sind Altbauten, bei denen es höchste Zeit wird zu modernisieren. Ich kann mir nicht erklären, warum dies der Freistaat nicht macht; denn er würde Heizkosten sparen, in der Bauindustrie einen Schub auslösen und zeitgleich den Klimaschutz verbessern. Es gibt also drei gute Argumente, es zu tun, aber es wird nicht gemacht. Ich nenne nur zum Beispiel das Klinikviertel in München, lauter staatliche Gebäude mitten in der Innenstadt, bei denen man im wahrsten Sinne des Wortes zum Fenster hinausheizt. Bei diesen Fenstern zieht es durch wie Hechtsuppe. Sie können das gerne selber feststellen, und Sie werden sehen, dass sich die Patienten zudecken müssen, damit es sie – im wahrsten Sinne des Wortes – nicht aus dem Bett zieht. Dort wird, obwohl man da das meiste Geld sparen könnte, nichts getan.

Diese Liste könnte man beliebig fortsetzen, und dieses Versagen werfen wir Ihnen vor. In dieser Frage sind Sie nach wie vor nicht so zukunftsfähig, wie wir es seit Jahren fordern. Wir fordern nach wie vor, dass Geld für die Sanierung staatlicher Gebäude bereitgestellt wird, egal, ob es Schulen oder Kliniken sind. Wir müssen hier Vorbild sein. Wie sollen wir den Menschen sagen, dass sie sparen sollen, wenn wir es selbst nicht fertig bringen?

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass es notwendig ist, über dieses Thema generell neu nachzudenken. Sehen Sie sich einmal an, wie viele Umweltsünden in Bayern als Straftaten angezeigt werden. Herr Minister Beckstein, das beginnt mit dem Laufenlassen von Motoren und hört letztlich auf bei Fahrzeugen des Freistaates Bayern, die so großvolumig sind, dass man sich fragen muss, ob man das wirklich braucht. Auch da könnten wir Vorbild sein. Wir müssen alle Menschen in diesem Land, auch die Polizei, dazu bringen, Umweltsünden konsequenter als bisher zu verfolgen, um sicherzustellen, dass das Klima verbessert und die Umwelt geschützt wird und dass dieses wunderschöne Land nicht unter dem leidet, was wir alle selber anrichten.

Lassen Sie mich noch einen Satz zur Geothermie sagen. Es hat dazu einmal einen unseligen Ausspruch Ihres Generalsekretärs gegeben. Als wir gefordert haben, wärmeintensive Betriebe dort anzusiedeln, wo es Geothermie gibt, hat er darauf gesagt, dies sei sozialistische Planwirtschaft. Meine Damen und Herren, nehmen Sie von einem solchen Unfug Abstand. Sorgen Sie mit uns dafür, dass der Klimaschutz verbessert wird. Bayern ist dabei auf einem guten Weg. Bayerns Bevölkerung hat das längst begriffen. Lassen Sie uns den öffentlichen Personennahverkehr ausbauen, um damit zumindest in den Städten den Pkw-Verkehr zurückdrängen zu können.

Klimaschutz ist auch ein Jobmotor. Schauen Sie sich die Börsenkurse der letzten Tage an. Schauen Sie sich einmal an, was in den neuen Ländern mit der Fotovoltaik passiert. 5000 neue Arbeitsplätze wurden dort geschaffen. Klimaschutz ist Jobmotor. Die Wirtschaft hat es erkannt. Jetzt gilt es politisch zu handeln und dafür Sorge zu tragen, dass der Klimaschutz von uns ebenfalls verbessert wird. Dazu müssen wir politisch deutliche Richtlinien setzen, mit denen die Menschen dazu gezwungen werden können, richtig zu handeln, und mit denen die Unternehmen dazu gezwungen werden können, die richtigen Weichen zu stellen. Das ist die Aufgabe der Politik.

**Präsident Alois Glück:** Herr Kollege, Sie haben die Redezeit überschritten.

**Ludwig Wörner (SPD):** Das Land Bayern ist nicht am Aufbau und Betrieb der Internetseiten [www.biokraftstoffportal.de](http://www.biokraftstoffportal.de) beteiligt. Das ist eigentlich beschämend, zumal Sie sonst immer verkünden: Wir sind vorne dabei.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Alois Glück:** Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Paulig.

**Ruth Paulig (GRÜNE):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Entschuldigen Sie meine Stimme. Fünf extensive Disco-Nächte lassen meine Stimme einfach zusammenbrechen.

(Christian Meißner (CSU): Warum haben Sie mich nicht mitgenommen?)

Zum Klimaschutz: Handeln statt reden ist, glaube ich, die Aufgabe der Staatsregierung und der Politik. Alles, was

ich heute gehört habe, hat gezeigt, dass Sie es auch nach dem Bericht des IPCC - Intergovernmental Panel on Climate Change - noch nicht begriffen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Merkel hat sich Klimaschutz als vorrangigen Handlungsauftrag der EU-Ratspräsidentschaft gesetzt. Bei der ersten Herausforderung kippt sie zusammen mit Verheugen um. Unter ihrem Vorsitz wird der Emissionshandel aufgeweicht. Das allgemeine CO<sub>2</sub>-Minderungsziel der EU für 2020 wird von 30 auf 20 % heruntersetzt. Das, was heute für die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Pkw-Flotten auf den Weg gebracht wurde, ist erbärmlich. So machen wir uns mit der verbalen Forderung, Klimaschutz ernst zu nehmen, lächerlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denken Sie nur an die Debatte über die Dieselruß-Partikel. Sie haben gemeint, das würde Arbeitsplätze kosten. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn wir den Klimaschutz fördern, sichern wir zukunftsfähige Arbeitsplätze. Wirtschaftsminister Glos von der CSU spielt beim Klimaschutz eine unrühmliche Rolle. Von Ihnen von der CSU höre ich kein Wort dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir nach Bayern. Hier herrschen Unwissenheit und Schizophrenie. In der letzten Regierungserklärung zum Haushalt der Staatskanzlei am 12. Dezember 2006 kam von Stoiber kein einziges Wort zum Klimaschutz. Im Netz der CSU-Fraktion findet sich unter den 65 wichtigsten Themen der CSU-Fraktion nicht einmal das Wort Klimaschutz. Denken wir nur an das neue, durchgepeitschte Landesentwicklungsprogramm. Dreieinhalb Zeilen haben Sie dem Klimaschutz gewidmet. Das ist in der Tat beeindruckend.

(Christian Meißner (CSU): Auf die Tat folgen doch die Worte!)

– Ja, es kommt aufs Handeln statt aufs Reden an, Herr Meißner. Da sind wir an dem Punkt. Wenn ich mir Ihre Schizophrenie anschau, stelle ich fest, dass Schnappauf Sonntagsreden hält, dass Huber für den Straßenbau und den Ausbau von Flughäfen ist und dass er Weltmeister im Einweihen von Schneekanonen ist. Das macht er wirklich toll.

Wie wirkt sich denn Ihre Schizophrenie aus? In Garmisch werden für die Ski-WM 10 Millionen Euro investiert. Das ist Geld des Steuerzahlers. Für die neue Schanze werden weitere neun bis zehn Millionen Euro ausgegeben. Auch das ist Geld des Steuerzahlers.

(Franz Maget (SPD): Ski-WM ist gut!)

Gleichzeitig wird die beschneite Fläche verdreifacht. Zehn bis fünfzehn Hektar Bergwald werden gerodet. Unten, wo das Hochwasser ankommt, bauen wir an der Loisach und an der Kanker mit vielen Millionen den Hochwasserschutz

aus. Das ist Schizophrenie, und das ist Verschleuderung der Steuergelder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu welchen Ergebnissen führt die Politik in Bayern? Seit 1990 sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen um ein marginales Prozent gesunken. Die Hauptursache dafür war die Abschaltung von vier Kohlekraftwerken. Allerdings wurde dieses Absinken von den CO<sub>2</sub>-Emissionen des Verkehrs aufgefressen. Ihre neuesten Daten stammen übrigens immer noch von 2003. Ist das kein Armutszeugnis für eine sich modern gebende CSU-Fraktion? - Aus dem Jahr 2003 stammen übrigens die neuesten CO<sub>2</sub>-Emissionsdaten. Dort heißt es, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Straßenverkehr um 11 % gestiegen sind, obwohl wir den Tanktourismus haben, Herr Huber und Herr Beckstein. Sonst würde Ihre CO<sub>2</sub>-Bilanz noch viel schlechter aussehen. Im Flugverkehr sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 75 % gestiegen. Das ist das Zehnfache der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Schienenverkehr. So sieht Ihre Klimaschutzpolitik in Bayern aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie versuchen heute immer noch Bündnisse, Pakte und Sonstiges schönzureden. Zeigen Sie doch einmal die Erfolge von drei Jahren Klimabündnis, Herr Meißner. Ich habe heute nichts davon gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Forderung nach irgendeinem Konzept stehen Sie immer noch mit leeren Händen da. Gerne nehmen wir Sie am Händchen und zeigen Ihnen, was Sie tun müssen, Herr Meißner.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie meinen immer noch, man könnte das Klima mit fossilen Spritfressern, wie sie BMW und Audi bauen, retten. Die Vereinbarung mit der Automobilindustrie wird damit weit übertroffen. Audi liegt mit dem mittleren Flottenverbrauch bei einem Wert von 180 Gramm, BMW sogar bei einem Wert von 190 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer. Das sind Ihre Vehikel für die Zukunft. Das ist keine zukunftsfähige Ökonomie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagten heute, Sie wollen keinen Bauchladen der Opposition. Am 8. November 2006 haben Sie unseren Dringlichkeitsantrag, mit dem wir ein Gesamtkonzept zum Klimaschutz anlässlich des Weltklimagipfels in Nairobi vorgelegt haben, abgelehnt. Sie haben das als Bauchladen bezeichnet. Heute fordern Sie ein Konzept. Wir lassen Sie nicht mehr aus der Verantwortung. Wir werden hier alle notwendigen Forderungen einbringen und namentlich darüber abstimmen lassen. Das kündige ich hiermit an.

(Beifall bei den GRÜNEN)



Bereits morgen haben Sie die Gelegenheit, der Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen zuzustimmen. Laut Umweltbundesamt könnten Sie damit 10 bis 30 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen.

In einer Stunde können Sie unserem Dringlichkeitsantrag zur Sanierung der staatlichen Gebäude zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie können namentlich zustimmen, das kündige ich jetzt schon an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich habe ich darauf gewartet, dass Sie beim Klimaschutz der Atomindustrie zur Renaissance verhelfen. Das ist nun wirklich ein ideologischer Reflex dieser CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN – Christian Meißner (CSU): Bei Ihnen ist das ein ideologischer Reflex!)

Die Atomenergie trägt weltweit gerade einmal 2,5 % zum Energieverbrauch bei. Wenn wir die Atomenergie, wie es die internationale Energieagentur berechnet hat, um 40 % steigern würden, würden wir gerade einmal einen Anteil von 2,9 % am gesamten weltweiten Energieverbrauch erreichen.

Wie wollen Sie damit das Klima retten? – Eines aber tun Sie mit Sicherheit: Sie steigern nämlich die Risiken, Sie erhöhen die Zahl der Störfälle und bringen Terrorgefahren bis hin zu atomaren Waffen in die Welt. Genau das tun Sie mit dem Ausbau der Atomenergie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich nenne Ihnen noch ein paar Zahlen dazu; hören Sie gut zu: Sie behaupten immer wieder, dass es weltweit eine Renaissance der Atomenergie gebe. Tatsächlich gibt es weltweit nur eine Renaissance der Ankündigungen. Sehen wir uns einmal an, wie es aussieht: Europa und die Welt steigen aus. In Europa wurden allein in den letzten drei Jahren 15 Atomkraftwerke stillgelegt, im letzten Jahr acht Atomkraftwerke, davon vier in Großbritannien. Weltweit ging die Zahl der Atomkraftwerke von 2005 auf 2006 um weitere sieben Kernkraftwerke auf nunmehr 437 Atomkraftwerke in 32 Ländern zurück. So haben Sie kein Potenzial, um Klimaschutz zu betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weltweit sind – weil Sie immer von einer Renaissance sprechen – 29 Atomkraftwerke im Bau, davon sind viele Bauruinen. Das neueste und einzige Projekt in Europa, das finnische Atomkraftwerk, das von der Landesbank gesponsert wird, ist bereits jetzt ein Beispiel für Pfusch am Bau.

Wo sind die Alternativen? – Sie sind vorhanden: Energieeffizienz, Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energien.

(Christian Meißner (CSU): Das ist nicht schnell genug!)

– Ich bin schon schnell genug. Hören Sie nur zu, Herr Meißner.

Wir haben in Deutschland zwei Atomkraftwerke stillgelegt, nämlich Stade und Obrigheim. Diese haben gerade einmal sieben Milliarden Kilowattstunden im Jahr produziert. Allein der Zuwachs bei den erneuerbaren Energien von 2005 auf 2006 hat das Vierfache dieser Menge ausgemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Merken Sie sich den weiteren Vergleich: Diese zwei Atomkraftwerke haben sieben Milliarden Kilowattstunden produziert, während die erneuerbaren Energien im Jahr 2006 einen Beitrag von 202 Milliarden Kilowattstunden geleistet haben. Sagen Sie da noch, wir hätten die Alternativen nicht in der Hand? – Wir haben sie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb investieren auch die Privatanleger. Manche Märkte an den Börsen boomen, weil private Anleger, Mittelstand und Konzerne in Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien investieren. Sie wissen auch, warum sie das tun. Das sind die Wachstums- und Zukunftsmärkte für Wohlstand, Ökologie und Ökonomie in dieser Welt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sollten endlich erkennen: Klimaschutz ist Ökologie und zukunftsfähige Ökonomie. Gleichzeitig sichert der Klimaschutz das Überleben der Menschen auf diesem Planeten. Denken Sie an die zig Toten der letzten Tage in Florida, oder sehen Sie sich an, was das Abholzen von Tropen- und Bergwäldern in Jakarta hervorgerufen hat. Klimaschutz ist Friedenspolitik und Solidarität mit allen Menschen weltweit. Wir zeigen Ihnen, wo Sie hingehen sollen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Alois Glück:** Nächste Wortmeldung: Herr Staatsminister Dr. Schnappauf.

**Staatsminister Dr. Werner Schnappauf** (Umweltministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Opposition hat überhaupt keinen Grund, hier den feinen Maxe zu spielen und die Politik der Union für den Klimaschutz zu diskreditieren. Sehen Sie sich nur einmal an, was Ihr Auto-Kanzler damals für den Klimaschutz getan hat und was heute Frau Merkel

tut. Sie setzt den Klimaschutz auf die Tagesordnung der G 8 und der Europäischen Union.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Meine Güte!)

Jetzt wird Klimaschutz zum Top-Thema der internationalen Politik. Deshalb möchte ich mich in den wenigen Minuten, die mir in einer Aktuellen Stunde zur Verfügung stehen, nicht damit aufhalten, aufzuzählen, was in Sachen Klimaschutz schon alles geleistet worden ist. Man könnte sehr vieles auflisten, was gerade in Bayern für mehr Klimafreundlichkeit in den letzten Jahren vorangebracht worden ist, angefangen von dem überdurchschnittlich hohen Anteil erneuerbarer Energien, der doppelt so hoch ist wie der Bundesdurchschnitt, bis zum überdurchschnittlich hohen Biomasseanteil, der ebenfalls doppelt so hoch ist wie der Bundesdurchschnitt. 60 % der in Deutschland erzeugten Energie aus Wasserkraft kommen aus Bayern, 50 % des Solarstroms in Deutschland kommen aus Bayern. Rund ein Drittel der Solarkollektoren und Wärmepumpen Deutschlands befinden sich in Bayern. An der Tiefengeothermie hat Bayern einen Anteil von über zwei Dritteln. Die Liste könnte man beliebig fortsetzen. Bei den staatlichen Gebäuden sind die regenerativen Energien in den letzten Jahren mit einem Investitionsvolumen von 60 Millionen Euro eingebracht worden. All das könnte man beliebig konkretisieren.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Beitrag von fünf Minuten ist mir zu schade, um mich mit den Leistungen der Vergangenheit aufzuhalten. Der Klimaschutzbericht des IPCC, der am vergangenen Freitag in Paris vorgestellt wurde, macht deutlich, wie ernst die Lage ist. Ich möchte ausdrücklich der Formulierung unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel zustimmen, die auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos erklärt hat, dass Energieversorgung und Klimaschutz die beiden größten Herausforderungen der Menschheit sind. Ich denke, wir sollten die Debatte mit dem Anspruch führen, dass Klimaschutz und klimafreundliche Energieversorgung zu den größten Herausforderungen dieses Jahrhunderts gehören.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das machen wir schon länger!)

Bayern wird seine Rolle als Land nachhaltigen Wirtschaftens, in dem Ökonomie und Ökologie miteinander verbunden sind, weiter ausbauen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns unsere Leistung an dem messen, was international der Gradmesser ist. Wenn wir erreichen wollen, dass das Klima noch in Balance bleibt, dann – so sagt die Wissenschaft – müssen wir bis Mitte dieses Jahrhunderts mindestens 50 % Kohlendioxid einsparen. Ich glaube, es macht sich derzeit noch niemand eine Vorstellung davon, welche Anstrengung das erfordert. Deshalb lassen Sie uns in diesem Hohen Hause in der bayerischen Landespolitik einen Beitrag dazu leisten; denn letztlich müssen wir es schaffen, den Einstieg zu finden in den Ausstieg aus der Kohlenstoffwirtschaft. Wir müssen den Ausstieg in die Wasserstoffwirtschaft schaffen. Wir müssen innovatives Wirtschaftswachstum erzeugen, ohne immer mehr die Umwelt und das Klima zu belasten. Wir müssen eine

Energieerzeugung mit immer weniger Kohlendioxidemissionen und Mobilität ohne Schadstoffausstoß ermöglichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Grunde heißt die Anstrengung, die vor uns liegt, dass wir in diesem Jahrhundert die dritte industrielle Revolution bewältigen müssen, nämlich den Ausstieg aus der Kohlenstoffwirtschaft und den Einstieg in eine Wasserstoffwirtschaft. Als Zwischenschritt brauchen wir all das an effizienten Energien, was hier genannt worden ist. Wir brauchen so viele erneuerbare Energien wie möglich so schnell wie möglich. Wir brauchen eine grundlegende Sanierung aller unserer Gebäude in Deutschland und in Bayern. Natürlich muss der Staat bei den öffentlichen Gebäuden mit gutem Beispiel vorangehen. Lassen Sie uns deshalb den eingeschlagenen Kurs fortsetzen, intensivieren und beschleunigen; denn der Bericht vom Freitag ist Auftrag an alle.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben heute in Bayern einen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 6,8 Tonnen pro Kopf und Jahr. Das entspricht einem weltweiten Anteil an den CO<sub>2</sub>-Emissionen von 0,33 %. Wir treiben das Thema in Bayern mit Leidenschaft voran und ich werde alles dafür tun, damit wir unsere Position in Bayern halten und ausbauen – Bayern gehört heute schon zu den zehn klimafreundlichsten Regionen Europas – , aber bei aller Ernsthaftigkeit soll niemand so tun, als ob am bayerischen Wesen das Klima dieser Welt genesen könnte. Wir haben nur einen Anteil von 0,33 %.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Signalwirkung!)

Der deutsche Anteil liegt bei 3,42 %, der amerikanische bei 25 %. Wir brauchen eine weltweite Initiative. Alle müssen mitmachen, die Amerikaner genauso wie die Chinesen und die Inder, die sonstigen Europäer genauso wie die Deutschen und wir Bayern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Klimaverträglichkeit muss zum roten Faden unseres künftigen Lebens und Wirtschaftens werden. Ich bin mir sicher, dass klimaverträgliche Technologien letztlich entscheidend sein werden im Wettbewerb der Zukunft. Wenn wir mit aller Intensität und Kraft auf diese Technologien setzen, dann werden wir uns in der Zukunft einen Wettbewerbsvorsprung erarbeiten.

Ich sage auch unseren Automobilherstellern, dass sie ihre Premiumstrategie neu definieren müssen: Eine Premiummarke muss künftig auch klimaverträglich sein.

Wir brauchen weltweites staatliches Handeln mit ordnungsrechtlichen Mitteln. Deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass die Kommission heute einen Vorschlag für eine EU-Vorgabe im Ordnungsrecht vorgelegt hat, wonach bis 2012 der Wert von 130 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer einzuhalten ist.

Neben einem klaren ordnungsrechtlichen Handeln brauchen wir auch eine Veränderung im Lebensstil der Gesellschaft. Deshalb haben wir mit den beiden Pakten – mit dem Umweltverband und den christlichen Kirchen – einen Beitrag dazu geleistet, dass sich auch in unserem gesellschaftlichen Denken, im Empfinden und Handeln etwas

verändert, dass Klimafreundlichkeit zum inneren Kompass für jeden Einzelnen wird; denn wir brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung von Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und jedem Einzelnen, um das große Ziel insgesamt zu erreichen.

Mit diesem Thema werden wir uns in einer eigenen Kabinettsklausur am 24. April beschäftigen und das bayerische Klimaschutzprogramm mit ehrgeizigen Zielen weiterentwickeln und fortschreiben. Die Redner der Opposition, die soeben gesprochen haben, haben überhaupt keinen Grund, Kritik an dem Handeln in Bayern zu üben, ganz im Gegenteil: Wir haben eine gute Position, die wir weiter ausbauen wollen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Angesichts der zugespitzten Prognosen wollen wir uns ehrgeizige Ziele setzen und unsere klimafreundliche Technologie und unser klimafreundliches Wirtschaften weiterhin zu einem Markenzeichen auch und gerade der bayerischen Landespolitik machen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Alois Glück:** Die Redezeit betrug knapp acht Minuten. Der Verlängerungseffekt für die Staatsregierung beträgt zwei Minuten, ansonsten gibt es eine Verlängerung der Redezeit. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pschierer.

**Franz Josef Pschierer (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich ganz kurz auf die Wortmeldung des Kollegen Wörner eingehen. Herr Kollege Wörner, mit Begriffen wie „Zukunftsfähigkeit“ und ähnlichen Termini sollten Sie vorsichtig sein. In der kurzen, sieben Jahre dauernden Regierungszeit von Rot-Grün war in der Energiepolitik von Zukunftsfähigkeit nicht einmal im Ansatz die Rede.

(Gudrun Peters (SPD): Mein Gott!)

Es gab kein energiepolitisches Konzept. Deshalb will ich Ihnen eines ganz deutlich sagen: Sie haben in den letzten 50 Jahren im Ruhrgebiet und in Nordrhein-Westfalen auf eine Energieform gesetzt, die absolut klimaschädlich ist.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben 50 Jahre lang Milliarden für die Kohle verpulvert. Sie haben in der Nachkriegszeit einen dreistelligen Milliardenbetrag, Geld des Steuerzahlers, in der Bundesrepublik dafür verpulvert, um Kohle aus dem Boden herauszuholen, die wir für ein Viertel des Geldes auf dem Weltmarkt hätten kaufen können. Das Ganze war zum Schaden der Umwelt. Deswegen lassen wir uns von Ihnen gar nichts vorhalten. Es ist in keiner Weise angebracht, dass Sie in einer Debatte über Energiepolitik von Zukunftsfähigkeit reden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Man darf also nichts dazulernen?)

Nun zu den Leistungen während der sieben Jahre Regierungszeit von Rot-Grün. Auf Ihr EEG – auf das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ – brauchen Sie wahrlich nicht stolz zu sein.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN  
– Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ach so?  
– Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie haben mithilfe dieses Gesetzes auch viel ökologischen und noch mehr ökonomischen Schwachsinn finanziert und gefördert. Ich hätte es gern gesehen, wenn Sie sich in den letzten Jahren einmal Gedanken darüber gemacht hätten, ob das Geld, das Sie in der Energiepolitik einsetzen, auch effizient genug eingesetzt wird, was die Förderinstrumente und die Förderkriterien angeht.

Für die CSU-Fraktion ist Energiepolitik in hohem Maße auch Standortpolitik. Bayern ist wie kaum ein anderer Standort in der Bundesrepublik auf sichere, verfügbare und preisgünstige Energie angewiesen. Sie werden kaum Standorte finden, die neben der chemischen Industrie so viele Betriebe mit einem hohen Energiebedarf haben, zum Beispiel Betriebe der keramischen Industrie, der Glas-, der Papier- und Zementindustrie. Es war das Verdienst der Bayerischen Staatsregierung und der CSU-Mehrheitsfraktion, dass sie nicht nur während der letzten Jahre, sondern in der ganzen Nachkriegszeit immer versucht haben, diesem Anspruch gerecht zu werden und den Grundsatz zu verfolgen: Energiepolitik ist auch Standortpolitik für den Freistaat Bayern. Dabei waren wir recht erfolgreich; sonst hätten sich diese Industrien nicht im Freistaat Bayern angesiedelt.

Ich möchte zu einem Punkt ganz deutlich Stellung beziehen, weil er von den Vorrednern angesprochen wurde, nämlich zum Thema Energiemix. Wir in der CSU, in der Mehrheitsfraktion in diesem Hohen Hause, bekennen uns zu einem ausgeprägten Energiemix, zu dem selbstverständlich auch die erneuerbaren Energien gehören. Liebe Freunde von der anderen Seite, nennen Sie mir ein Bundesland, in dem in den letzten Jahren der Anteil der erneuerbaren Energien stärker gestiegen wäre als bei uns.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

– Doch nicht wegen Ihrer schwach formulierten Anträge, sondern durch eine konsequente Politik der CSU-Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben Sie wahrlich nicht dazu gebraucht, um da etwas zu lernen.

Denken Sie an das Beispiel Biomasse. Kein Bundesland hat hier mehr getan. Denken Sie auch an das Beispiel Solarenergie und Solarwirtschaft. Eines haben wir aber nicht getan: Wir haben Ihnen nie zugestimmt, wenn Sie

flächendeckend im Freistaat Bayern Windradl aufstellen wollten.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es gehört nicht viel Intelligenz dazu, um zu erkennen, dass man mit dieser Form der regenerativen Energie die Grundlast an einem Industriestandort wie dem Freistaat Bayern nicht sichern kann. Meine Damen und Herren, wir haben einen hohen Grundlastbedarf, den wir entweder nur mithilfe von Kraftwerken decken können, die mit Primärenergien arbeiten, also mit fossilen Brennstoffen, oder mithilfe von Atomkraftwerken.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Biomasse, Geothermie, Wasserkraft, das ist Grundlast!)

Ich will für unsere Fraktion ganz deutlich das Bekenntnis abgeben: Zu dem Energiemix gehört selbstverständlich auch die weitere Nutzung der Kernenergie in diesem Lande. Ein Ausstiegsszenario, wie Sie es planen, ohne dass Sie sich parallel dazu Gedanken gemacht hätten, wie die Energiepolitik sinnvoll gestaltet werden kann, kommt für uns nicht infrage. Die möglichen Alternativen können wir nicht akzeptieren. Sie wissen so gut wie ich, dass der Kraftwerkspark in der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahren und Jahrzehnten grundlegend erneuert werden müsste, wenn wir bei Ihrem Ausstiegsszenario blieben.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Das muss er sowieso!)

– Wie wollen Sie ihn denn erneuern? Wenn wir Ihren Vorschlägen folgen, dann geschieht das mithilfe von fossilen Brennstoffen. Es kann doch nicht sein, dass Sie hier für Klimaschutz eintreten und gleichzeitig ein Szenario entwerfen, bei dem weiterhin schädliche Abgase wie CO<sub>2</sub> in die Luft gejagt werden. Das kann es nicht sein. Dazu werden Sie von uns nie die Zustimmung bekommen.

(Beifall bei der CSU – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wollen Sie die Atomenergie?)

Nun zur Versorgungssicherheit: Woher kommen denn unsere Primärenergieträger? –

(Ruth Paulig (GRÜNE): Aus Russland!)

Wer sind die Hauptexporteure von Erdgas und Erdöl? – Sie werden mir sicher darin zustimmen, dass der Nahe Osten nicht eben eine politisch stabile Region ist.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Uran kommt aus Russland!)

Erkundigen Sie sich einmal, woher das Uran in unseren Kraftwerken kommt. Das stammt weitgehend aus politisch stabilen Regionen in dieser Welt. Das muss man wissen, wenn es um das Thema Versorgungssicherheit geht.

**Präsident Alois Glück:** Herr Kollege, Sie haben Ihre Redezeit von fünf Minuten überschritten.

**Franz Josef Pschierer (CSU):** Noch einen letzten Punkt. – Frau Kollegin Paulig, weltweit gibt es derzeit knapp über 400 Kernkraftwerke, in der erweiterten EU 159 und allein in Deutschland 18. Diese 18 zählen zu den sichersten auf der ganzen Welt. Ich halte es für politischen, ökologischen und ökonomischen Schwachsinn, wenn wir gerade diese Kernkraftwerke vom Netz nehmen, ohne zu wissen, wie wir den vorhandenen Energiebedarf dann decken können.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Da gibt es Verträge!)

Deshalb werden Sie von uns dazu keine Zustimmung bekommen. Wir werden weiterhin gegen dieses Ausstiegsszenario kämpfen und hoffen, dass in Ihrer Bundestagsfraktion noch ein Umdenken einsetzt.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Bestimmt nicht! – Unruhe)

**Präsident Alois Glück:** Ich muss zunächst eine Anmerkung zur Geschäftsordnung machen, die ich vorhin falsch interpretiert habe. Die Geschäftsordnung besagt, dass eine Fraktion auf Antrag einen zusätzlichen Redner erhält, wenn ein Mitglied der Staatsregierung länger als zehn Minuten spricht. Die Redner der Staatsregierung werden also nicht addiert. – Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Peters.

**Gudrun Peters (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe meinen Ohren nicht getraut: Die neue Leidenschaft des Umweltministers ist der Klimaschutz. Das ist ja toll.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da schau her!)

Die Frage ist erlaubt: Wie leidenschaftlich sind denn seine Kolleginnen und Kollegen in Bund und Land beim Klimaschutz?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bereits 1995 hat die damalige Umweltministerin – das Mädel, vom „großen Meister“ gefördert – gesagt, man sollte intensiv nachdenken statt voreilig handeln.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Seit 20 Jahren!)

Kolleginnen und Kollegen der CSU, Herr Minister, Sie müssen sich wirklich nicht vorwerfen lassen, dass Sie voreilig gehandelt hätten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir hoffen immer noch, dass Sie nachdenken. Wir wissen, dass die frühere rot-grüne Bundesregierung nicht nur

intensiv nachgedacht, Herr Kollege Pschierer, sondern auch intensiv gehandelt hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zu einem solchen Unsinn – ich greife nicht in Ihre Kiste und sage deshalb nicht „Schwachsinn“ –, den Sie heute zur Zukunftsfähigkeit der rot-grünen Bundesregierung erklärt haben, fällt einem wirklich nichts mehr ein.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Josef Pschierer (CSU))

Die ehemalige Umweltministerin und heutige Bundeskanzlerin hat sich gesteigert. Sie hat wegweisend festgestellt: „Nicht immer Vollgas fahren!“ – Toll.

Die Autobauer, Herr Pschierer, haben sich 1999 auf 120 g CO<sub>2</sub>-Ausstoß geeinigt. Die Frage muss erlaubt sein, was das gebracht hat. Sie wissen, dass der Ausstoß bei durchschnittlich 163 g liegt, der dem Straßenverkehr zuzuordnen ist. Die großen Fahrzeuge in den Flotten verursachen über 300 g Ausstoß. Auch das wissen wir. Es bleibt zu fragen: Was ist zu tun? – Es wurde gesagt, dass die Verwendung von Biosprit 10 % bringen könnte. Es hilft wenig, Bayern zu loben, weil es im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern sehr gut sei.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sind wir doch nicht!)

Das mag richtig sein, aber wir müssen uns nicht mit den noch Schlechteren vergleichen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dass Deutschland 75 % der CO<sub>2</sub>-Reduktion einbringt, kann uns nicht freuen, weil das zu wenig ist. Wir müssen in der EU mehr einfordern. Umweltminister Schnappauf hat gesagt, Bayern werde die CO<sub>2</sub>-Reduktion voranbringen. Warum wohl diese Aussage? – Weil die EU dies einfordert. Am heutigen Tag hat sie die Richtlinien vorgelegt.

(Beifall bei der SPD)

Sie verpflichtet uns, in den nächsten Jahren den Ausstoß auf 130 g zu verringern. – „Schau'n wir mal, dann seh'n wir's schon!“

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Freiwillig wird es nicht gehen!)

Klar ist, dass wir um das Tempolimit letztendlich nicht herumkommen werden. Ferner ist klar, dass das Drei-Liter-Auto, das gebaut werden kann, auch beworben werden muss. Das muss die Wirtschaft tun. Die Veränderung muss aber zunächst in den Köpfen stattfinden. Audi und VW haben das Drei-Liter-Auto regelrecht versteckt und die Produktion vor einiger Zeit eingestellt. Ich richte an die Regierungsbank die Frage: Wie wäre es mit Drei-Liter-Dienstautos? – Das Vorbild ist immer noch mehr wert als warme Worte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Minister, ich kann mir vorläufig nur ein Fünf-Liter-Auto leisten.

Lassen Sie mich noch ein paar Takte zum Hochwasserschutz sagen. Wir müssen nicht auf die Studien verweisen. Uns allen ist klar, dass wir mittlerweile alle zwei bis drei Jahre hundertjährige Hochwässer haben werden. Wir können zwar auf die Studien hinweisen. Um das zu wissen, brauchen wir sie aber eigentlich gar nicht.

Was ist gegen Hochwasser zu tun? – Es reicht nicht aus, die Deiche zu erhöhen, und es reicht nicht aus, die Auwälder zu roden, damit das Wasser Raum bekommt. Was also müssen wir tun? – Wir müssen den ökologischen Hochwasserschutz favorisieren, und dazu brauchen wir wesentlich mehr Geld. Das Wasserwirtschaftsamt Deggendorf hat geäußert, dass es sofort für 100 Millionen Euro Maßnahmen bauen könnte. Schauen Sie in den Haushalt. Dort sind 150 Millionen Euro eingestellt. Man sieht, wie mäßig der Haushalt ausgestattet ist. Wenn man was tun will, braucht man aber Geld.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich kann es Ihnen, Herr Pschierer, nicht ersparen, auf die Schneekanonen zu sprechen zu kommen. Ich habe von Ihnen viel gehört, nichts jedoch über die Schneekanonen, obwohl Sie früher den Eindruck erweckten, als hätten Sie sie erfunden. Mittlerweile ist auch bei Ihnen angekommen, dass wir einen Frust- statt einem Frostwinter haben.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Josef Pschierer (CSU))

– Herr Pschierer, im Gegensatz zu Ihnen schreiben wir unsere Reden selbst.

In den letzten Wintern ist deutlich geworden, dass es nicht mehr in dem Ausmaß schneit, wie wir das gerne hätten. Was fällt dem Wirtschaftsminister und was fällt Herrn Abgeordneten Pschierer dazu ein? – Schneekanonen, Schneekanonen, Schneekanonen. Damit – –

**Präsident Alois Glück:** Frau Kollegin, Sie sind über der Redezeit. Ich habe schon einen Zuschlag gegeben, weil der Vorredner auch überzogen hat. Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Gudrun Peters (SPD):** Die Diskussion wegen der Schneekanonen führen wir noch, Herr Kollege Pschierer.

Am 24. April 2007 findet ein Gipfeltreffen des Kabinetts zum Klimaschutz statt. Ich frage mich, warum Sie so hoch hinaus wollen. Ist es unten zu staubig, zu feinstaubig? – Es ist an der Zeit zu handeln. Ich glaube nicht, dass man dazu unbedingt auf die Zugspitze muss. Die Ergebnisse könnte man auch unten bekommen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

**Präsident Alois Glück:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld.

**Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Es ist immer wieder schön, eine launige Rede zu hören. Es macht Spaß, Ihnen zu lauschen, liebe Kollegin Peters.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Uns interessiert der Inhalt!)

Ich werde mich bemühen, mindestens so launig wie Sie zu sprechen.

Bei meinen Vorrednern ist schon deutlich geworden, welche große Herausforderung für uns alle die Energie- und Klimapolitik darstellt. Wir müssen den Weg in eine klimaschonende und preisgünstige Energieversorgung in Bayern fortsetzen. Meine Damen und Herren, bis zum Jahr 2020 werden in Bayern 6000 Megawatt Leistung vom Netz gehen, wenn die Beschlüsse über den Atomausstieg nicht revidiert werden. Wie wollen Sie die Kernkraft denn ersetzen? Mit Gas? Mit Kohlekraftwerken? –

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Mit alternativer Energie!)

Wissen Sie, was Sie machen werden, Frau Kollegin Scharfenberg? – Sie wollen schlicht und ergreifend den Strom aus Temelin beziehen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Davon wurde nichts gesagt!)

Sie haben dann keine Sorgen mehr damit. Sie beziehen den Atomstrom ruhig aus Temelin in Tschechien.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Den haben wir schon im Netz! Eon importiert diesen Strom!)

Sie werden es sonst nicht schaffen, dass die entsprechende Energieleistung erbracht wird.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist wie immer in Deutschland an der Spitze – auch bei den erneuerbaren Energien. Wir haben heute schon einen Anteil der erneuerbaren Energie von mehr als 8 %. Das ist doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Dank der Wasserkraft!)

In den vergangenen 15 Jahren ist die erneuerbare Energie in Bayern mit mehr als einer halben Milliarde Euro gefördert worden. Wir sind führend bei der Energieerzeugung aus Wasserkraft – da haben Sie recht –,

(Ruth Paulig (GRÜNE): Niedersachsen hat keine Berge!)

aus Solar- und Fotovoltaikanlagen, bei der Geothermie und der Biomasse. Die Hälfte des Stroms aus der Fotovoltaik wird in Bayern erzeugt. Gut ein Drittel aller Solar Kollektoren und aller Wärmepumpen sind bei uns in Bayern installiert. Zwei Drittel aller Geothermieanlagen produzieren in Bayern. Die Biomasse ist der wichtigste

erneuerbare Energieträger mit dem höchsten Ausbaupotenzial in Bayern.

(Eike Hallitzky (GRÜNE): Dank des EEG!)

Seit 1990 konnte die energetische Nutzung der Biomasse in Bayern um mehr als 40 % gesteigert werden. Heute gibt es in Bayern circa 1300 Biogasanlagen, und der Ausbautrend wächst unverändert weiter.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Dank des EEG, das Sie abgelehnt haben! Sie brauchen nicht stolz zu sein!)

In Bayern werden große Flächen mit nachwachsenden Rohstoffen zur Erzeugung von Biodiesel und Bioethanol bebaut. Wir müssen den Ausbau der erneuerbaren Energien schneller vorantreiben und gleichzeitig die Wirtschaftlichkeit und Effizienz solcher Anlagen deutlich erhöhen. Wir müssen uns dabei auch von der Idee verabschieden, dass flüssige Energieträger nur für den Verkehr und Biogas nur für die Stromerzeugung genutzt wird.

Derzeit wird daran gearbeitet, Pflanzenöl als Ersatz für Heizöl nutzbar zu machen und Biogas in die Erdgasnetze einzuspeisen. Allein in meinem Heimatlandkreis werden in den nächsten Jahren fünf Biogaskraftwerke gebaut werden, die das Gas ausschließlich in das Erdgasleitungsnetz einspeisen. Wir erreichen damit eine höhere Effizienz und vergeuden keine Wärmeenergie, die bei der Erzeugung anfällt.

Mit der Nutzung der Biokraftstoffe der zweiten Generation werden nach einer Studie der Deutschen Energie-Agentur GmbH – dena – bis zum Jahr 2030 gut 35 % des prognostizierten Kraftstoffbedarfes ersetzt werden können. Außerdem können diese Stoffe auch als Ersatz für Erdöl in der chemischen Industrie genutzt werden. Das CO<sub>2</sub>-Minderungspotenzial der BtL-Kraftstoffe ist dabei doppelt so hoch wie das der Biokraftstoffe der ersten Generation. Man sieht, was sich im Klimabereich tut.

Wichtig ist aber auch, dass wir Einsparung betreiben, die Einsparpotenziale nutzen und die Einsparpotenziale durch gezielte Förderung ausbauen, insbesondere natürlich, wie schon angeklungen ist, bei der Gebäudesanierung, bei der Modernisierung von Heizungsanlagen. Man muss darüber nachdenken, dass 40 % unseres gesamten Energieverbrauchs der Wärmeerzeugung in Gebäuden dient. Erfreulicherweise ist das Programm der KfW-Förderbank ein großer Schlager. Man merkt dies auch daran, dass die Dämmmaterialien inzwischen so teuer geworden sind. Die Steigerung wird also erkennbar.

Auch in der Industrie müssen wir verstärkt Strom einsparen. Ich sehe bei Strom sparenden Elektromotoren, in der Nutzung von Druckluft und in anderen Energie sparenden Methoden erhebliche Einsparpotenziale, die bei den Unternehmen gleichzeitig auch kostenwirksam sind. Bayern hat ein hervorragendes Konzept vorgelegt und hat den Weg zu einem vernünftigen Mix aller Energieerzeugungsformen frühzeitig und sehr entschlossen beschritten. Das muss so weiter gehen. Bayern muss bei

der Förderung erneuerbarer Energien weiter vorbildlich bleiben.

**Präsident Alois Glück:** Herr Kollege, wir sind über der Redezeit, und ich kann das mit Rednern der Opposition nicht ausgleichen.

**Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU):** Vielen Dank, Herr Präsident. Danke für die Aufmerksamkeit. Ich hätte Ihnen noch sehr viel zu sagen, wie großartig wir in Bayern sind.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Alois Glück:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Brunner.

**Helmut Brunner (CSU):** Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Peters, wir denken nicht nur nach, sondern wir denken auch vor.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Oh!)

Deswegen haben wir bei dem Thema der heutigen Aktuellen Stunde einen ganzheitlichen Ansatz.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Ich widme mich vornehmlich der Bioenergie. Die Produktion der nachwachsenden Rohstoffe gehörte neben der Nahrungsmittelproduktion von jeher zu den Hauptaufgaben der Land- und Forstwirtschaft. Die Produktion landökonomischer Erzeugnisse, die nicht der Ernährung und Tierfütterung dienen, begann bereits mit der industriellen Revolution in der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Nachwachsende Rohstoffe sind somit nichts Neues. Neue Bedeutung bekommen sie allerdings durch die zahlreichen Verwendungsmöglichkeiten, die sich durch kreative Wissenschaftler und moderne Technologien in der heutigen Zeit erschließen. Nachwachsende Rohstoffe sind land- und forstwirtschaftlich erzeugte Produkte, die einer Verwendung im Nichtnahrungsbereich zugeführt werden. Verwendungszweck der alten neuen Rohstoffe aus der Natur können die industrielle Weiterverarbeitung, aber auch die Erzeugung von Wärme, Strom und anderen Energieformen sein.

Das neue Energiepaket der EU-Kommission umfasst insgesamt neun Themen und ist unter anderem versehen mit einer Wegbeschreibung für den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie mit einem Vorschlag für den Ausbau des Biotreibstoffsektors. Unsere Aufgabe ist es nun, in der Land- und Forstwirtschaft diesen Weg weiter zu beschreiten. Die Anbaufläche nachwachsender Rohstoffe konnte von unter 300 000 Hektar Anfang der Neunzigerjahre in Deutschland auf 1,6 Millionen Hektar im Jahre 2006 ausgeweitet werden. Das entspricht etwa 13 % der Ackerfläche Deutschlands. In Bayern hat sich die Anbaufläche in den letzten fünf Jahren auf circa 230 000 Hektar nahezu verdoppelt. In Bayern entspricht der Biomasseeinsatz dem jährlichen Wärmebedarf von einer Million Einfamilienwohnhäusern. Dadurch werden

pro Jahr 2,5 Milliarden Liter Heizöl ersetzt und rund 6,6 Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart.

Aber nicht nur die Erzeugung wird von Jahr zu Jahr höher – auch das Spektrum der angebauten nachwachsenden Rohstoffe weitet sich zunehmend aus. Seit 1990 haben wir in Bayern die nachwachsenden Rohstoffe mit 216 Millionen Euro gefördert. Jede zweite Biogasanlage Deutschlands steht in Bayern.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Dank EEG!)

– Ich kann Ihnen noch viel Neues sagen, falls Sie das noch nicht wissen.

Die Anerkennung von Energiegetreide als Regelbrennstoff, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, ist überfällig. Ich wünsche, dass auch Bundesumweltminister Gabriel zur Einsicht gelangt.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Und ein grüner Antrag hierzu ist im September 2006 im Bundestag abgelehnt worden!)

Ein weiterer Punkt ist die Weiterentwicklung biogener Kraftstoffe. Biokraftstoffe sind derzeit die einzige Alternative zu fossilen Kraftstoffen. Biokraftstoffe der ersten Generation wie Biodiesel, Rapsölkraftstoff und Bioethanol aus Zucker sowie stärkehaltige Biomasse sind heute auf dem Markt bereits verankert. Sie werden noch viele Jahre ihren Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele, zur Schonung fossiler Ressourcen und zur Kostendämpfung auf dem Kraftstoffmarkt leisten.

Ein weiteres wichtiges Beispiel ist unser nachwachsender Rohstoff Holz. Die energetische Verwertung von Holz müssen wir aufgrund der Tatsache, dass mehr Holz nachwächst, als wir bisher nutzen und auch angenommen haben, stärker diskutieren. Holz als mengenmäßig wichtigster nachwachsender Rohstoff erlebt derzeit eine Renaissance im stofflichen und im energetischen Bereich.

Energiepolitik und Landwirtschaftspolitik sind mittlerweile untrennbar miteinander verbunden. Wir sind aufgefordert, alles daran zu setzen, die politischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass der derzeitige Schub für land- und forstwirtschaftliche Bioenergie bestehen bleibt. Bei der Energiepolitik geht es um drei wichtige Ziele, die alle möglichst erreicht werden müssen: erstens eine sichere, zweitens eine wirtschaftliche und drittens eine umweltgerechte Versorgung. Mit der Hilfe unserer heimischen Land- und Forstwirtschaft können wir diese Ziele erreichen und zudem neue, zukunftsweisende Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben mit dem Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe in Straubing in Europa konzeptionell etwas Einzigartiges geschaffen. Die Staatsregierung hat zu Recht vorausschauend erkannt, dass es ungemein wichtig ist, Forschung und praktische Anwendung zu verbinden. Dies dürfte uns deswegen auch weiterhin einen Vorsprung gegenüber anderen Ländern verschaffen.

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, schauen Sie bitte auf die Uhr.

**Helmut Brunner (CSU):** Das mache ich, Frau Präsidentin. Unsere Politik für die Bioenergie in Bayern muss sich zum einen an den Zielen der Europäischen Union und an der Bundespolitik orientieren, zum anderen aber auch unsere eigenen bayerischen Potenziale stärker nutzen. Davon profitieren unsere Landwirtschaft, der ländliche Raum und vor allem die Umwelt.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Für die Staatsregierung erteile ich Herrn Staatsminister Miller das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium):** Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen! Verantwortung für die Schöpfung wahrnehmen – das ist unser Auftrag. Unsere Pflicht ist es, nachfolgenden Generationen eine zukunftsfähige Umwelt zu hinterlassen. Dies geht nur, wenn nachhaltig gewirtschaftet wird. Derzeit wird weltweit in einem Jahr an Kohle, Gas und Öl verbrannt, was in 500 000 Jahren entstanden ist.

Wir müssen wieder mehr das nutzen, was auf der Erde wächst, und nicht das, was in ihr lagert. Nachwachsende Rohstoffe können einen Beitrag zum Klimaschutz und zur Energiebereitstellung leisten. 4,4 % der Energie in Bayern werden aus Biomasse gewonnen. Damit stehen wir einsam an der Spitze. Unser Ziel sind jedoch nicht diese 4,4 %. Wir wollen demnächst 5 % erreichen und langfristig verdoppeln.

Entscheidend ist – das möchte ich noch einmal zum Ausdruck bringen –, dass die Biomasse in Bayern bereits heute im Hinblick auf das Reduktionsziel des CO<sub>2</sub>, also des Kohlendioxids, mit einem Anteil von 15 % einen Beitrag leistet. Unser Ziel sind 20 %. Hier sind wir auch vorbildlich. Das Ziel muss es jedoch sein, dass dies nicht nur in Bayern, sondern auch in Deutschland, Europa und weltweit durchgesetzt wird. Die Landwirtschaft kann damit neben der Nahrungsmittelproduktion einen ganz wesentlichen Beitrag zur Energiebereitstellung und zur CO<sub>2</sub>-Reduktion leisten.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Antrag der Abg. Franz Maget, Herbert Müller, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD), Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Erweiterung des Untersuchungsauftrags (Drs. 15/5574)**

## **des Untersuchungsausschusses „Wildfleisch und Verbraucherschutz“ (Drs.15/7197)**

Ich eröffne die Aussprache. Wir haben pro Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten vereinbart. Ich darf Herrn Kollegen Müller das Wort erteilen.

**Herbert Müller (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Antrag geht es um die Erweiterung des Fragenkatalogs des Untersuchungsausschusses. Lassen Sie mich die Vorgänge kurz in Erinnerung rufen: Zuerst gab es den Gammelfleischskandal in Deggendorf. Wir haben damals gedacht, dass sich alles zum Besseren wenden würde, nachdem dieses Thema aufgearbeitet ist. Ein Vierteljahr später kam dann der Berger-Wildfleischskandal. Wir haben festgestellt: In der Zwischenzeit ist gar nichts passiert. Wir müssen deshalb genau untersuchen, ob all die, die die Verantwortung tragen, ihrer Verantwortung gerecht geworden sind. Dann dachten wir: Jetzt müsste doch endlich Ruhe sein. Wir sind aber enttäuscht worden; denn just ein Vierteljahr später ist ein neuer Gammelfleischskandal öffentlich geworden.

Ich bin mir nicht sicher, ob wir diesen Untersuchungsauftrag noch einmal erweitern müssen, wenn ein neuer Skandal auftaucht. Ich will Ihnen aber sagen: Bei allen drei Skandalen hat sich eine Systematik herauskristallisiert, die diesen Landtag in höchstem Maße betrifft. Wir müssen uns deshalb die Frage stellen, ob die für die Kontrolle eingerichteten staatlichen Stellen ihrer Aufgabe gerecht werden. Bei allen drei Skandalen hat sich gezeigt, dass hier große Fragezeichen angebracht sind. Die Kontrolle durch die Leute, die dafür bezahlt werden, hat hier nicht funktioniert.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen außerdem feststellen, dass sich bei der Aufarbeitung durch den Untersuchungsausschuss einige Strukturen gezeigt haben, bei denen eine Nachbesserung notwendig ist. Nach meiner Auffassung handelt es sich beim Lebensmittelrecht um einen Dschungel, der geradezu zum Betrug einlädt. Hier spielt auch die Frage der Länderkompetenzen und der Zuständigkeiten auf EU-Ebene eine Rolle. Keiner weiß über den anderen genau Bescheid. Hier ist eine deutliche Verbesserung notwendig.

Auf der anderen Seite haben wir stark ausgeprägte Kontrollnetze. Milch wird bis zum letzten Tropfen kontrolliert, und zwar sofort vor Ort. Wenn der Milchbauer etwas verkehrt macht, spürt er das gleich an seinem Geldbeutel. Bei den Metzgern ist es ähnlich. Dazwischen gibt es jedoch einen riesigen Handel, der nicht nur bayernweit, sondern deutschland-, europa- und weltweit erfolgt. Wenn man bei diesem Handel von einer geordneten Kontrolle sprechen würde, würde man grob fahrlässig die Unwahrheit sagen.

Es fehlt auch eine genaue Kontrolle, wie diese Lebensmittel europa- und weltweit verschoben werden. Dieser Umstand fördert nach meiner Auffassung die kriminelle Energie in höchstem Maße. Ich glaube, wir sind uns einig,



dass wir uns diesen Fragen stellen müssen. Eine Aufgabe des Untersuchungsausschusses muss es sein, diesen Fragen nachzugehen.

Ich möchte noch an eine Begebenheit erinnern, die sich bei der gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses ereignet hat. Als wir einen Veterinär fragten, ob er angesichts der vielen Missstände, die er festgestellt habe, schon einmal Bußgelder verhängt habe, hat er geantwortet: Das konnte ich nicht. Es gab nämlich gar keine rechtliche Grundlage für Bußgelder. Es gab auch Veterinäre, die solche Lücken weitergemeldet haben. Sie haben jedoch davon nie mehr etwas gehört. Hier gab es ein dezentes Wegschauen.

Die Wichtigkeit des Untersuchungsausschusses lässt sich bereits daran ablesen, dass die Staatsregierung bereits bei einigen Punkten reagiert und Verbesserungen geschaffen hat. Das will ich anerkennen. Dies ist der erste Erfolg des Untersuchungsausschusses. Diese Staatsregierung, die trotz der Skandale nie reagiert hat, handelt, seitdem es den Untersuchungsausschuss gibt. Respekt, dass jetzt etwas passiert.

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluss möchte ich sagen: Durch den Untersuchungsausschuss, den wir durchgesetzt haben, wird der Verbraucherschutz in Bayern gewährleistet. Die Opposition fühlt sich in dieser Rolle ausgesprochen wohl.

(Beifall bei der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Sprinkart.

**Adi Sprinkart** (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Genau genommen wird der Untersuchungsausschuss durch diese Erweiterung des Auftrags geadelt. Bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses hat der Fraktionsvorsitzende der CSU noch vom überflüssigsten Untersuchungsausschuss, den es je im Landtag gab, gesprochen. Im Zusammenhang mit den Vorfällen bei Bruner in München hat er gesagt: Die Hintergründe und die Fehler wird der Untersuchungsausschuss aufklären.

Ich glaube, wir alle wären froh gewesen, wenn es der jetzigen Erweiterung nicht bedurft hätte. Leider brauchen wir diese Erweiterung, weil die Staatsregierung aus den Vorfällen des Jahres 2005 offensichtlich nichts oder nur wenig gelernt hat. Ich möchte nur an ein Beispiel erinnern: Uns wurden im Herbst und im Dezember 2005 große Razzien vorgeführt, bei denen der Minister selbst vor Ort war. Wir haben aber in den Akten gesehen, wie diese Razzien tatsächlich durchgeführt wurden. Sie haben nicht einmal den Namen „Razzia“ verdient. So hat ein Veterinär einmal die Bücher kontrolliert, ob die betreffende Firma Kontakte zur „Deggendorfer Frost“ hatte. Das war es. Das war keine Razzia. Hier wurde sehr lax vorgegangen.

Bei der Arbeit des Untersuchungsausschusses ist ein Punkt aufgetaucht, den Herr Kollege Müller bereits angesprochen hat: Wir haben gigantische Strafbarkeitslücken,

weil eine EU-Verordnung, die im Jahr 2002 erlassen wurde, erst im Jahr 2006 in nationales Recht umgesetzt wurde.

(Thomas Kreuzer (CSU): Herr Kollege Sprinkart, wer war denn damals politisch verantwortlich?)

– Wer war damals verantwortlich? – Eine Weile wir und eine Weile ihr, würde ich sagen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Aber ihr wart es länger!)

– Ich habe das bewusst gesagt. Wir waren zu dieser Zeit beide verantwortlich. Übrigens soll es dieses Problem bei der neuen EU-Hygieneverordnung genauso geben. In dieser Zeit wart ihr allein an der Regierung. Wir werden sehen, wie lange es in diesem Fall bis zur Umsetzung dauert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das hat die Konsequenz, dass weder die Veterinäre, die nicht ganz unbescholten sind, noch die Unternehmer nach dem Lebensmittelrecht belangt werden konnten. Die Unternehmer sind wegen Betrugs verurteilt worden. Allein das wirft ein eindeutiges Licht auf die Gegebenheiten.

Lassen Sie mich noch einen Punkt ausführen, bei dem wir überhaupt nicht weitergekommen sind, und zwar trotz klarer Bekenntnisse und trotz klarer Erkenntnisse; das Schlimme daran ist, dass dieser Umstand deutlich macht, wer die Macht in diesem Lande hat: Minister Schnappauf hat mit unserer vollen Unterstützung – ich denke, das geht über alle Fraktionsgrenzen hinweg – gefordert, dass zum Beispiel K-3-Material zur vereinfachten Verfolgbarkeit mit Lebensmittelfarbe gekennzeichnet werden muss. Das wurde von der Fleischindustrie – mir liegt das Wort Fleischmafia auf der Zunge; sage es aber nicht – abgelehnt, und zwar aus dem einfachen Grund, damit sie mit dem K-3-Material weiterhin machen kann, was sie will. Sie will sich in keiner Weise einschränken lassen.

Wenn ich es richtig sehe, lässt sich die Politik das gefallen und gibt in diesen Punkten nach. Also gibt es keine genauen Kontrollen, sondern weiter möglichst viel Freiräume, damit diejenigen, die Lumpereien machen wollen, das auch weiterhin können. Ich denke, wir können das nicht dulden. Ich bin guter Hoffnung, dass der Untersuchungsausschuss auch nach der Erweiterung seines Auftrags weiter Fehler aufdeckt, aus denen wir – nur so macht es Sinn – die entsprechenden Konsequenzen ziehen, um diese Fehler abzustellen, die Kontrollen zu verbessern und die Lebensmittelsicherheit zu erhöhen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege König.

**Alexander König** (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die beiden Vorredner hatten wohl keine Zeit, zum eigentlichen Tages-

ordnungspunkt etwas zu sagen. Es geht um die Erweiterung des Fragenkatalogs für den bestehenden Untersuchungsausschuss „Wildfleisch und Verbraucherschutz“. Es war schon bei der Erörterung des ersten Fragenkatalogs seinerzeit so, dass Herr Kollege Müller eine allgemein politische Rede zum Verbraucherschutz gehalten hat, ohne auf den Fragenkatalog einzugehen.

Dem jetzigen Erweiterungsantrag liegt Folgendes zugrunde: Im Sommer 2006 wurden weitere Funde von Fleisch, bei dem das Haltbarkeitsdatum abgelaufen war, bekannt. Nach diesen Fällen haben sowohl die SPD-Fraktion als auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen länglichen Fragenkatalog entwickelt. Diesen Fragenkatalog haben wir interfraktionell besprochen und seitens der CSU-Fraktion – ich betone das in diesem Zusammenhang ausdrücklich – auf die rechtliche Zulässigkeit nach dem Untersuchungsausschussgesetz bzw. der einschlägigen Rechtsprechung hin überprüft.

Dabei ist – auch das sei einmal gesagt – der „Schuss ins Blaue“ unzulässig, wie wir hoffentlich alle mittlerweile wissen. Es müssen also zumindest tatsächliche Anhaltspunkte für gewisse Sachverhalte gegeben sein, damit Fragen im Sinne derartiger Fragenkomplexe zulässig sind. Demgemäß haben wir in dem ursprünglich vorgelegten Fragenkatalog entsprechende Bereinigungen vorgenommen, wie zum Beispiel die Streichung dieser üblichen allgemeinen Formulierungen wie „Fragen nach anderen bayerischen Firmen“. Ein weiteres Beispiel ist ein ganzer Fragenkomplex zu einer Kontrollsituation auf der Bundesautobahn, der im ursprünglichen Entwurf des Fragenkatalogs vorhanden war, aber einvernehmlich gestrichen worden ist.

Darüber hinaus mussten wir auch bei diesem Fragenkatalog die zeitliche Rückwirkung der einzelnen Fragen prüfen und weiterhin prüfen, ob tatsächlich für den jeweiligen Zeitraum Anhaltspunkte vorhanden sind, die es rechtfertigen, derartige Fragen in einem Untersuchungsausschuss zu stellen. Für Medienvertreter ist es vielleicht von Interesse, dass auch sie hierauf nicht unerheblichen Einfluss haben. Wenn in einzelnen Medien gewisse Behauptungen aufgestellt werden, kann das einen genügenden Anhaltspunkt für zulässige Fragen in einem Untersuchungsausschuss geben. Von daher kommt auch hier der vierten Gewalt – wie wir sie mittlerweile nennen –, den Medien, eine hohe Verantwortung bei ihrer Berichterstattung über derartige Fälle zu.

Des Weiteren haben wir die üblichen Unterstellungen, die man sich offensichtlich nicht ersparen kann sowie vorweggenommene Wertungen oder vorweggenommene Urteile gestrichen und haben im Ergebnis – ich darf das so sagen – ziemlich schnell ein Einvernehmen über den nunmehr vorliegenden ergänzenden Fragenkatalog von insgesamt 31 Fragen erzielt. Wir halten diesen Fragenkatalog für zulässig und stimmen ihm daher zu. Im Wesentlichen betrifft der Fragenkatalog die beiden Fälle Bruner und Reiß; so ist der Name der beiden Firmen, in denen entsprechende Vorkommnisse Mitte des letzten Jahres aufgetreten sein sollen.

Ich will es mir verkneifen, in der Breite auf die Äußerungen des Kollegen Müller oder des Kollegen Sprinkart

zu antworten, die hier bereits vermeintliche kleine Zwischenberichte oder populistische Anmerkungen zu noch nicht vorhandenen Zwischenberichten des derzeitigen Untersuchungsausschusses abgegeben haben. Es ist auch bezeichnend, wenn Sie zu einem Zeitpunkt – ohne es als Frage zu stellen –, zu dem der Untersuchungsausschuss seine Arbeit noch gar nicht abgeschlossen hat und es noch keinen Endbericht gibt, einfach in den Raum stellen, staatliche Stellen seien ihren Aufgaben nicht gerecht geworden, hätten Fehler begangen und und und. Ich denke, derartige Äußerungen sollten einem Endbericht vorbehalten bleiben.

Eines kann ich von unserer Seite wiederholen, weil es kritisch angesprochen wurde – der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses hat es mir eben im persönlichen Gespräch bestätigt –: Nach allem, was wir bisher wissen, und nach allem, was sich bisher im Untersuchungsausschuss zugetragen hat, scheint dieser Untersuchungsausschuss im Ergebnis tatsächlich der überflüssigste zu sein, den dieses Parlament jemals eingesetzt hat. Gleichwohl stimmen wir den Fragen zu, weil sie zulässig sind.

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Damit ist die Rednerliste abgeschlossen. Herr Kollege Müller, Sie haben noch zehn Sekunden – nein, Sie sind schon im Minus.

(Zuruf des Abgeordneten Herbert Müller (SPD))

– Eine Zwischenbemerkung können Sie machen, bitte schön.

**Herbert Müller (SPD):** Ich darf mich trotzdem bemühen, die Zwischenbemerkung kurz zu machen. Herr Kollege König, zu Ihrer letzten Bemerkung, was die Bedeutung des Untersuchungsausschusses angeht: Dazu wurde schon vorhin von Herrn Sprinkart einiges gesagt, was Ihre Reihen bezüglich der Bewertung dieses Ausschusses betrifft und ich nicht zu wiederholen brauche.

Ich wollte folgende Frage stellen: Wie beurteilen Sie den Umstand, dass bei den Sitzungen des Untersuchungsausschusses alle wichtigen Ministerien mit einem akkreditierten Vertreter an jeder Sitzung teilnehmen – es handelt sich um vier oder fünf Vertreter der verschiedenen Ministerien –, aber gleichzeitig – am Anfang ist mir das gar nicht aufgefallen – in den Reihen der Zuschauer fünf, sechs oder sieben Personen sitzen, die immer eifrig mitschreiben. Ich habe dann das letzte Mal gefragt: Wer ist denn das eigentlich? Dann habe ich zur Antwort bekommen, das seien weitere Vertreter des Umweltministeriums. Fünf oder sechs Personen sitzen dort, schreiben mit, obwohl es ein Protokoll gibt. Ich muss Ihnen sagen: Wer Planstellen bei der Lebensmittelkontrolle abgebaut hat und zulässt, dass die betreffenden Mitarbeiter im Ausschuss sitzen, zeigt zum Ersten, dass er sein Geschäft nicht kennt, und zum Zweiten, dass er die Sache offensichtlich sehr wichtig nimmt und die akkreditierten Vertreter des Ministeriums oder der Staatskanzlei für nicht ausreichend hält. Das sollte Ihnen genügen.

(Beifall bei der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege König, bitte.

**Alexander König (CSU)** (vom Redner nicht autorisiert): Herr Kollege Müller, da haben wir es wieder einmal: Ihnen kann man es nicht recht machen. Ist keiner von der Staatsregierung da, beschweren Sie sich und beklagen Sie sich, sie kümmern sich nicht, sie säßen nur im Ministerium rum, es sei keiner da, der eine Auskunft geben könne. Sind zwei da, sind Ihnen zwei zuviel oder zuwenig. Sind drei da, sind Ihnen in jedem Fall drei zuviel. Es zeigt nur, Herr Müller: Man kann es Ihnen nicht recht machen. Sie sollten anerkennen, dass der Ausschuss zumindest seitens des Ministeriums so wichtig genommen wird, dass den Ausführungen dort im Detail gefolgt wird, man sich mit diesen Ausführungen auseinandersetzt und, soweit daraus Schlüsse zu ziehen sind, diese Schlüsse zieht. Wenn Sie das kritisieren, dann stellen Sie sich mit Ihrem Ausschuss selber in Frage.

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir stimmen jetzt ab, nämlich über die Erweiterung des Untersuchungsauftrags – um die geht es nämlich heute. Der federführende Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt auf Drucksache 15/7300 die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmhaltung? – Keine. Gegenstimmen? – Auch keine. Dann ist dem Antrag zugestimmt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

#### **Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge**

**Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u. a. u. Frakt. (SPD) Nachtragshaushalt für den Ausbau der Ganztags Hauptschulen vorlegen (Drs. 15/7388)**

**Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bekenntnis zu zügigem flächendeckenden Ausbau von Ganztags Hauptschulen in einem Nachtragshaushalt verbindlich festschreiben (Drs. 15/7395)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Auch hier haben wir probeweise eine neue Redezeitregelung: pro Fraktion 30 Minuten.

Herr Kollege Pfaffmann, Sie stehen schon bereit. Bitte schön.

**Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich vorausschicken, dass wir die neue Strategie der CSU und der Staatsregierung, Ganztagschulen als

wesentliches und wichtiges Instrument der Schulpolitik zu betrachten, sehr begrüßen.

(Beifall bei der SPD)

Wir können gemeinsam daran arbeiten, dass Ganztagschulen flächendeckend ausgebaut werden. Dazu gehört aber auch eine gewisse Ehrlichkeit, weshalb ich einen Blick in die Historie werfe. Von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, sind wir es nämlich gewöhnt, dass Sie sich jahrelang weigern, ein politisches Thema aufzugreifen, doch irgendwann kommen Sie dann drauf, und dann behaupten Sie, Sie hätten das Thema erfunden.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb will ich an dieser Stelle einen kleinen Rückblick auf die letzten zwei Jahre wagen. In den vergangenen zwei Jahren haben wir nahezu 20 Anträge mit dem Inhalt beraten, mehr Ganztagschulen an Bayerns Schulen zu installieren. Sie haben alle 20 Anträge abgelehnt.

(Karin Radermacher (SPD): Stimmt! Das ist schlimm!)

Wir haben bei jeder Haushaltsdebatte, ob das der Doppelhaushalt war oder der Nachtragshaushalt, Geld beantragt, um die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen zu realisieren. Sie aber haben konsequent jeden dieser Anträge abgelehnt.

An dieser Stelle darf ich auch darauf hinweisen, dass der Bayerische Lehrerinnen- und Lehrerverband vor 17 Jahren – das war im Januar 1990 – erstmals mehr Ganztagschulen gefordert hat. Bereits vor 17 Jahren, das muss man sich vorstellen, hat der Bayerische Lehrerinnen- und Lehrerverband Ganztags Hauptschulen für sinnvoll erklärt. Deshalb ist es wohl mehr als berechtigt, wenn man heute, im Jahr 2007 sagt: Guten Morgen, liebe CSU! Guten Morgen, Sie haben nach 17 Jahren endlich die Wichtigkeit dieser Schulform erkannt.

(Beifall bei der SPD)

Sie versuchen in den letzten Wochen und Monaten sich als die Retter der Hauptschule zu präsentieren. Mit diesem Bild darf ich aufräumen. Im letzten Jahr haben sie die Mittel für unsere Hauptschulen dramatisch gekürzt. Dramatisch! Ich darf Ihnen das noch einmal vor Augen führen: Im Nachtragshaushalt 2006 haben Sie bei den Volksschulen 422 Stellen gestrichen. Im Doppelhaushalt 2007/2008 haben Sie 1660 Stellen bei den Hauptschulen gestrichen. 1660 Stellen!

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da schau her!)

Das können Sie im Kapitel 05 12 auf Seite 308 des Stellenplans nachlesen. Ich sage das, weil die Streichungen hier immer abgestritten werden. Erst vor Kurzem haben Sie die Zuweisung der Lehrerstunden für Ganztagschulen von 19 auf 12 gekürzt. In den letzten zwei Jahren

fand in Bezug auf die Hauptschulen also geradezu eine Kürzungssorgie statt. Die Konsequenz daraus können Sie heute in der Zeitung lesen. Richten Sie Ihren Blick nach Höchststadt: Dort musste eine komplette Schule schließen, und zwar eine Hauptschule, weil die Schule keine Lehrer mehr hatte. Eine ganze Schule musste schließen! Das ist die Konsequenz Ihrer jahrelangen Sparpolitik, meine Damen und Herren von der CSU!

(Beifall bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Weil zehn Lehrer krank waren! Das müssen Sie schon auch sagen!)

– Ja, wenn die Lehrer krank sind, dann müsste es doch eigentlich Ersatz geben. Sorgen Sie für Ersatz für kranke Lehrer, dann muss keine Hauptschule geschlossen werden. An den Hauptschulen geben Eltern Unterricht. All dies sind Folgen Ihrer Politik. Das muss an dieser Stelle auch gesagt werden.

Zu den Ganztags Hauptschulen darf ich auch eine Pressemitteilung des Herrn Kultusministers vom 8. September 2006 zitieren. Auch das ist interessant. Kultusminister Schneider hat dem stauenden Volk in Bayern verkündigt, es gebe 28 % mehr Ganztagsklassen in Bayern. Das sei ein großer Erfolg.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das kommt immer darauf an, wovon man ausgeht!)

Das wäre ein riesengroßer Erfolg, wenn man die Grundzahlen betrachtet. Die Tatsachen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehen aber ganz anders aus. 28 % bedeuten zehn Ganztagsklassen an Grundschulen und zehn Ganztagsklassen an Hauptschulen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das sind nicht gerade viele!)

Das ist eine Steigerung um 28 %. Die Zahl am Gymnasium: Null, und die Zahl an den Realschulen: Null. Wenn man 28 % mehr Ganztagsklassen schafft, indem man 20 Ganztagsklassen bayernweit mehr einrichtet, dann zeigt das doch deutlich, dass die Ganztags schulversorgung in Bayern grottenschlecht war und ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen seit Jahren, Sie wollen die Hauptschulen stärken. Die Wahrheit aber ist, dass Sie die Hauptschulen schwächen, und zwar finanziell und strukturell. Das gilt auch für den Stellenplan, den Sie dramatisch einschränken. Mit der Einführung der R 6, der sechsjährigen Realschule, haben Sie die Hauptschulen an die Wand gefahren, und dafür tragen Sie die volle Verantwortung. Das ist die Realität!

(Beifall bei der SPD)

Aus diesem Grund, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, glaubt man Ihnen auch nicht mehr. Ihre Glaubwürdigkeit ist in Sachen Hauptschule am Ende. Das will ich hier noch einmal sagen. Wir brauchen deswegen zur

Sicherheit und zur Nachhaltigkeit bei der Ankündigung einer flächendeckenden Versorgung mit Ganztagsklassen für die Hauptschulen einen Nachtragshaushalt. Wenn Sie hier reden, dann müssen Sie dafür auch die finanziellen Fakten schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir kennen nämlich Ihr Verfahren mittlerweile: In Pressemitteilungen kündigen Sie an, was Sie alles Gutes tun, aber die Voraussetzungen dafür wollen Sie nicht schaffen. Es muss aber Schluss sein mit der Ankündigungspolitik, es muss Schluss sein mit großen Reden. Wir in diesem Hause wollen wissen, wie viel Geld Sie im Nachtragshaushalt einzustellen bereit sind.

(Beifall bei der SPD)

Erst dann werden Sie glaubwürdig. Zur Glaubwürdigkeit darf ich noch sagen, dass sich die Sachaufwandsträger, die Gemeinden und Kommunen, auf Ihre Äußerungen verlassen können müssen. Derzeit können sie das nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich darf Ihnen sagen, Ihre Glaubwürdigkeit in Bezug auf das G 8, das achtjährige Gymnasium, ist gleich null. Vor der Wahl hieß es, es gibt kein G 8. Nach der Wahl wurde das G 8 eingeführt. Sie haben deshalb bei den Schulträgern keine Glaubwürdigkeit mehr. Gleiches gilt für die Schulen. Auch die Schulen müssen sich auf Ihre Aussagen verlassen können. Wenn Sie sagen, Sie wollen die Hauptschulen stärken, dann streichen Sie gleichzeitig Stellen an den Hauptschulen. Das ist doch keine Verlässlichkeit! Das Gleiche gilt für die Familien und die Schüler. Sie sagen, Sie wollen die Zukunft und eine gute Ausbildung der Schülerinnen und Schüler absichern. Gleichzeitig aber führen Sie das Büchergeld ein und verschlechtern damit die Chancen von Kindern, deren Eltern ein niedriges Einkommen beziehen.

(Beifall bei der SPD)

Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ist Ihre Glaubwürdigkeit nicht mehr gegeben. Wir verlangen deshalb bei der Ankündigung, dass es Ganztagsklassen an allen Hauptschulen geben soll, einen Nachtragshaushalt, über den hier diskutiert wird. Es muss klar aufgezeigt werden, wo die finanziellen Mittel hierfür eingestellt sind. Nur wer bereit ist, ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, handelt nachhaltig, langfristig und verlässlich.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und glaubwürdig!)

Deshalb glauben wir Ihnen nicht mehr.

Zum Nachtragshaushalt selbst möchte ich sagen, dass dort stehen muss, dass die Kosten für die Ganztagsklassen nicht auf die Kommunen abgewälzt werden. Wenn man hier großspurig etwas ankündigt, dann muss man auch dafür sorgen, dass das Geld dafür bereitge-

stellt wird. Was wir außerdem brauchen, ist ein Sonderinvestitionsprogramm zur Ausstattung. Sie können viel verkünden, wenn die Kommunen es bezahlen müssen. Wenn Sie also Ganztagsklassen wollen, was auch wir wollen, dann sorgen Sie für ein Sonderinvestitionsprogramm für die Ausstattung der Schulen. Ich sage Ihnen außerdem: Machen Sie die Kürzungen rückgängig.

(Beifall bei der SPD)

Ganztagsklassen sind nicht nur ein Instrument der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern sie sind auch ein pädagogisches Instrument. Dafür braucht man Lehrerinnen und Lehrer. Das schaffen Sie aber nicht, wenn Sie die Stellen der Lehrerinnen und Lehrer kürzen.

Ein Nachtragshaushalt muss auch die Lehrerversorgung auf der Basis eines Stellenplans berücksichtigen, mit 19 Wochenstunden wie vorher auch, nicht auf der Basis irgendwelcher Mittel irgendwoher. Nehmen Sie Ihre Kürzungen bei den Ganztagschulen zurück, dann werden Sie glaubwürdiger als bisher.

Zum Schluss noch eine Bemerkung. Man ist ja immer wieder versucht, wenn es darum geht, Ganztagsklassen einzuführen, damit auszudrücken, die Hauptschulen seien damit gerettet. Dem ist mitnichten so. Für den Fall, dass Sie sich auf der Strategie ausruhen wollen: Jetzt machen wir Ganztagschulen und dann ist es gut, sage ich Ihnen: Sie sind auf dem Holzweg. Das Problem der Hauptschule ist nicht nur ein Problem der fehlenden Ganztagsklassen, sondern ein ganz grundsätzliches. Das wollte ich zum Schluss noch gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Tolle.

**Simone Tolle (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich auch sehr gewundert, als ich am Montag im Bayerischen Rundfunk von Ihrer Hauptschuloffensive gehört habe. Denn das, was zu hören und zu lesen war, ist ja letzten Endes nichts Neues, wenn wir mal ganz ehrlich sind. Das war ein Marketinggag, aber es ist nichts dahinter.

(Beifall der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Um Sie festzunageln, ist ein Antrag richtig und wichtig, dass da auch Geld fließen muss.

Herr Staatssekretär Freller, der Herr Minister ist leider häufig ein Ankündigungsminister geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich denke an die berufliche Oberschule – außer Plänen haben wir dazu bisher nichts gehört – oder die Hauptschulreform. Im Ausschuss habe ich einen Bericht über die Pläne angefragt. Da hat man vom Ministerium gesagt – –

Bitte verzeihen Sie mir, aber ich komme gerade von einer Besuchergruppe. Die Besucher haben mir gesagt, hier gehe es sehr unhöflich zu. Herr Minister, es geht um Bildung, und Sie unterhalten sich mit einem Kollegen. Ich bitte Sie um die Höflichkeit zuzuhören, auch Sie, Herr Beckstein, Herr Minister Sinner, weil es keinen guten Eindruck macht.

(Beifall auf der Besuchertribüne)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Ich bitte, von Beifallskundgebungen auf der Besuchertribüne Abstand zu nehmen. Das ist nicht gestattet hier im Hause.

**Simone Tolle (GRÜNE):** Dann können Sie sagen: Wir sind ehrlich. Wenn keiner zuhört, dann gibt man es zu Protokoll.

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Frau Kollegin, fahren Sie bitte in Ihrer Rede fort. Ich bleibe dabei, dass von der Besuchertribüne keine Beifallskundgebungen möglich sind, und das nehmen bitte auch Sie zur Kenntnis.

**Simone Tolle (GRÜNE):** Ja, natürlich. Ich wollte es nur sagen, weil es störend ist.

(Manfred Ach (CSU): Das müssen Sie sich aber auch sagen lassen!)

– Ich bemühe mich darum, Herr Kollege Ach.

(Manfred Ach (CSU): Gut, dann stimme ich zu!)

Ich habe es uns allen gesagt, da schließe ich mich selber auch mit ein.

Ich mache weiter. Der Minister ist in vielen Punkten ein Ankündigungsminister geblieben: Für die berufliche Oberschule, vor über einem Jahr angekündigt, ist er uns ein Konzept schuldig geblieben, über die Hauptschulreform soll Ende Juni im Ausschuss berichtet werden.

Herr Kollege Pfaffmann hat in der geschichtlichen Entwicklung des bayerischen Bildungshaushaltes weiter zurückgegriffen. Ich will nur zum Doppelhaushalt zurückgehen. Eineinhalb Monate nach Verabschiedung des Doppelhaushalts schwant Ihnen anscheinend, dass Sie Ganztagschulhaushalten verstärkt ausbauen müssen. Sie reden von 300 Millionen Euro. Da habe ich auch keinen zeitlichen Horizont vernommen. Sie erwecken den Eindruck, die 300 Millionen Euro kämen quasi im nächsten Jahr. Dazu müssen Sie mir auch erst einmal ganz klare zeitliche Vorgaben nennen, Herr Kollege Freller.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei allem, was am Montag an Nebelkerzen geworfen wurde, habe ich eine Hoffnung: dass mit dem Ministerpräsidenten Stoiber auch der Geiz der CSU im Bildungsbereich aus dem Bayerischen Landtag verschwindet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil wir aber nicht wissen, wie es beim nächsten Ministerpräsidenten wird, müssen wir jetzt Nägel mit Köpfen machen. Ein Lob haben Sie nicht verdient, weil eine Offensive zu Ganztagssschulen schon längst hätte gestartet werden müssen.

Ich erinnere dazu auch an ganz viele GRÜNEN-Anträge seit 2003. Wir müssen jetzt mit einem großen Kraftakt das zurückholen, was Sie in den vergangenen vier Jahren versäumt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben Ihnen schon immer gesagt, Herr Staatssekretär, und ich wäre froh, wenn ich diese Sätze nicht so oft sagen müsste: Es wäre schön, wenn Sie einmal gleich auf GRÜNEN-Anträge hörten.

Wir haben eine Ganztagsoffensive gefordert. Sie haben sie immer wieder abgelehnt, zuletzt im Doppelhaushalt 2007/2008. Wenn Sie sich eineinhalb Monate später anders entscheiden, dann muss ich Ihnen sagen, liebe CSU: Sie sind sehr wankelmütig, und wir wissen nicht, was Ihnen in eineinhalb Monaten vielleicht wieder an Rückwärtsbewegung einfällt.

Ihnen gebührt auch deshalb kein großes Lob, weil Sie die Hauptschule bei der Vergabe der IZBB-Mittel, also der Mittel aus dem Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung, benachteiligt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jede vierte Schule ging leer aus. Es handelt sich um eine Summe von 32 Millionen Euro. Ihre Worte, Herr Staatssekretär, wären glaubhafter, wenn Sie diesen Hauptschulen die beantragten Mittel sofort zuweisen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

Es wäre auch glaubhafter, wenn die Investitionskosten für die Kommunen nicht so hoch wären. Sie bezuschussen ja nur 50 %. Ich fordere 90 % Zuschuss für die Kommunen, so wie es bei den IZBB-Mitteln war.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wenn Sie es ernst meinen, dann geben Sie den Hauptschulen die 1660 Stellen zurück, die Sie ihnen weggenommen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn Sie es ernst nehmen, dann geben Sie den Hauptschulen Sozialarbeiter. 32, im letzten Haushalt eingestellt, reichen nicht aus. Das ist eine Lachnummer.

(Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Wenn Sie es ernst meinen, dann greifen Sie meinen Vorschlag auf und geben Sie den Hauptschulen ein Wahlrecht, ob Sie 19 Lehrerstunden wollen oder zwölf Stunden und 6000 Euro Budget. Auch das haben Sie abgelehnt.

Wenn Sie es ernst meinen, dann starten Sie eine Werbeoffensive bei Kommunen, Eltern, Lehrern und Lehrerinnen für die gebundenen Ganztagssschulen. Denn dass Ihnen an dieser Form gelegen ist, Herr Staatssekretär, da muss ich Sie jetzt einmal loben, das haben Sie auch gesagt. Die gebundene Ganztagschule ist eine große Chance für eine pädagogisch wertvolle Schule. Sie ist rhythmisiert wie eine pädagogisch wertvolle Schule und berücksichtigt An- und Entspannungsphasen der Schülerinnen und Schüler. Ich bitte Sie auch, dass Sie die Werbung für diese Form weiterführen, weil das in anderen Ländern oft nicht gemacht wird. Die Chance ist da, eine gebundene Ganztagschule für die Region zu öffnen; sie wird vielleicht auch zu einer Aufwertung der Hauptschule führen.

Eine wirkliche Reform der Hauptschule muss aber anders aussehen. Die beste Reform der Hauptschule ist ihre Abschaffung zugunsten einer neunjährigen gemeinsamen Schulzeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier gehen dann alle gemeinsam in eine gebundene Ganztagschule. Wenn Sie die einrichten wollen, Herr Staatssekretär, dann habe ich nichts dagegen. Aber Ihren Worten müssen Taten im Haushalt folgen. Mit Ihrer Zustimmung zu unserem Antrag signalisieren Sie diese Taten. Mein Antrag formuliert erste notwendige Schritte, und deswegen bitte ich das Hohe Haus: Lassen Sie Ihren Minister nicht im Stich und stimmen Sie zu.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege Sibler, Sie haben das Wort.

**Bernd Sibler (CSU):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Kaum ist die Tinte getrocknet, mit der man den Doppelhaushalt geschrieben hat, schon fordert die Opposition einen Nachtragshaushalt.

(Heiterkeit bei der CSU)

Die Konsequenz, meine sehr verehrten Damen und Herren von den GRÜNEN, haben wir gerade gesehen und gehört.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wo kommen denn die 300 Millionen Euro her?)

Zwar spricht man einerseits von der Abschaffung der Hauptschule zugunsten der Regionalschule. Auf der anderen Seite möchte man aber das Kind irgendwie stärken, wobei man in den Haushaltsberatungen immer das böse Wort „Restschule“ gebraucht hat.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

– Frau Kollegin Werner-Muggendorfer, ich habe von den GRÜNEN gesprochen.

Im Ziel sind wir uns, abgesehen von gewissen Akzentsetzungen und vielleicht auch der Zeitschiene, durchaus einig. Was läuft schon alles zum Thema Ganztagschulen? Im laufenden Schuljahr 2006/2007 wird die Anzahl der gebundenen Ganztagschulen, also der verpflichtenden Form, von 70 auf 90 erhöht. Der Doppelhaushalt schreibt fest, dass die Anzahl in den nächsten Jahren von 90 auf 130 erhöht wird.

Ein weiterer Akzent wird mit den Versuchsformen an der Grundschule gesetzt. Die Anzahl der Plätze an offenen Ganztagschulen, also der freiwilligen Form, betrug im Schuljahr 2005/2006 28 200.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wer bezahlt das?)

– Herr Pfaffmann, ich komme schon noch darauf zu sprechen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Klassen, nicht Schulen!)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Tolle?

**Bernd Sibler (CSU):** Selbstverständlich, sie ist mir eine liebe Kollegin.

**Simone Tolle (GRÜNE):** Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass Herr Minister Schneider als Erster das Wort „Nachtragshaushalt“ in den Mund genommen hat, und zwar am Montag in Form einer Pressemitteilung, und dass die Forderungen nach einem Nachtragshaushalt genau daraus resultieren?

(Zuruf von der CSU: Einen Nachtragshaushalt gibt es seit 50 Jahren!)

**Bernd Sibler (CSU):** Aber Ihnen ist schon klar, dass der Freistaat Bayern im Zuge des Doppelhaushalts zum Jahresende genau diesen Nachtragshaushalt wieder aufstellen wird?

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

– Ich komme schon noch darauf zu sprechen. Darf ich bitte jetzt fertig sprechen? Auch wir haben nicht immer dazwischengeschrien.

(Manfred Ach (CSU): Höflichkeit!)

– Genau. – Auch zum Ende dieses Jahres werden wir wieder einen Nachtragshaushalt beschließen. Aber dass Sie jetzt mit ihrem Antrag einen Nachtragshaushalt auf den Weg bringen wollen, entspricht nicht den parlamentarischen Gepflogenheiten des Hauses.

(Zuruf der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

– Sehr geschätzte Frau Kollegin Radermacher, aber genau diesen Eindruck erwecken Sie.

31 200 Plätze an offenen Ganztagschulen sind es im Schuljahr 2006/2007. 2008/2009 werden es 33 200 und 2009/2010 werden es 35 200 sein. In der offenen, freiwilligen Form kann also überall dort, wo Nachfrage besteht, diese auch befriedigt werden.

Herr Pfaffmann, 750 Euro stellt der Freistaat Bayern für jeden dieser Plätze zur Verfügung; das sind, wenn Sie es hochrechnen, entsprechende Zahlen. Von einer „Kürzungssorgie“ kann man hier also nicht sprechen.

Die Staatsregierung hat zudem im Dezember 2006 beschlossen, die Ganztags Hauptschule schrittweise weiterzuentwickeln. Das Kultusministerium wird dazu im Frühjahr ein mit dem Finanzminister abgestimmtes Konzept vorlegen. Um genau das geht es. Genau das wird Minister Schneider jetzt dann erstellen, und genau diese Dinge werden im Nachtragshaushalt 2008, der im Herbst 2007 beraten wird, entsprechend abgearbeitet sein.

Im Augenblick erhalten Hauptschulen 12 Lehrerwochenstunden und 6000 Euro, um zusätzliches Personal anstellen zu können. Diese 6000 Euro ergeben fünf Zeitstunden, also echte Stunden, und bieten die Möglichkeit, Kooperationspartner an Schulen zu holen. Die Auszahlung dieser Gelder ist gesichert. Diese Maßnahme läuft seit diesem Schuljahr. Geben Sie also den Schulen jetzt Zeit, um dieses Instrumentarium anzuwenden.

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pfaffmann?

**Bernd Sibler (CSU):** Nein, mir läuft sonst die Zeit davon.

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Bitte schön, aber ich muss Sie fragen.

**Bernd Sibler (CSU):** Durch ein zusätzliches Programm im Bereich des Finanzausgleichsgesetzes können Schulen und Gemeinden bei Baumaßnahmen mit mindestens 50 % gefördert werden. Die Bagatellgrenze wurde von 100 000 auf 10 000 Euro abgesenkt, sodass auch kleinere Maßnahmen, insbesondere auch im Hauptschulbereich, berücksichtigt werden können. Für Privatschulen gibt es übrigens etwas Ähnliches. Das IZBB-Programm aus Bundesmitteln ist abgelaufen, wird aber jetzt aus Landesmitteln ergänzt. Wir haben sichergestellt, dass die Gymnasien, die beim IZBB-Programm zunächst nicht zum Zug gekommen sind, im Doppelhaushalt mit 58 Millionen Euro bedacht werden. Dazu kommen die 30 Millionen Euro aus dem Finanzausgleichsgesetz. – Ist das eine Kürzungssorgie?

Die GRÜNEN fordern zusammen mit der SPD, die im Einzelplan 05 bei der Hauptschule gestrichenen Stellen zurückzugeben. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass keine Stellen gestrichen worden sind. Theoretisch wären 732 Stellen weggefallen, 422 Stellen hat man aufgrund des Schülerrückgangs an der Hauptschule vor allem den

Realschulen und den Gymnasien gegeben. 312 Stellen sind an der Volksschule verblieben, und diese Stellen hat man für individuelle Förderungen aufgewertet und zum Ausbau von Ganztagsangeboten verwandt.

Wir werden also letztlich unserer Verantwortung gerecht. Wir werden in den nächsten Jahren den Bedarf an Stellen ermitteln, den Bedarf für den Ausbau der Ganztags Hauptschule erheben und dann in den Nachtragshaushalt einbringen. Wir müssen – die Opposition hat den Vorteil, das nicht tun zu müssen – die Finanzierung immer sicherstellen; da haben wir eine andere Verantwortung als Sie in der Opposition. Wir werden das unter Berücksichtigung der Schülerzahlen auch tun und die Lehrerkapazitäten mit Blick auf die fachlichen Erfordernisse effizient einsetzen. Das werden wir im regulären Nachtragshaushalt 2008 tun, und zwar auf der Basis soliden Datenmaterials, das gerade jetzt entsprechend erhoben wird. Deshalb sind wir nicht wankelmütig, sehr geehrte Frau Kollegin Tolle, sondern setzen unsere Ansätze konsequent fort.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege Pfaffmann, Sie haben gebeten, eine Zwischenbemerkung machen zu dürfen. Bitte schön.

**Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):** Frau Präsidentin, ich stelle erstens fest, dass der Kollege Sibler den Gemeinden mit keinem Wort erklärt, wie er ab dem Schuljahr 2007/2008 die Ganztagsklassen realisieren will, nachdem der Nachtragshaushalt erst Ende des Jahres kommt. Zweitens hat er nicht zur Kenntnis genommen, dass im Stellenplan für die Hauptschulen 1660 Stellen weniger vorgesehen sind. Drittens, Herr Kollege Sibler, lassen Sie es doch, wenn es Ihnen schwerfällt, Ihre Verantwortung zu tragen. Das würden wir machen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege Sibler, wollen Sie darauf antworten?

(Zuruf des Abgeordneten Bernd Sibler (CSU))

Dann nächste Wortmeldung: Herr Kollege Rüth.

**Berthold Rüth (CSU):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Hauptschule ist ein wichtiges Standbein unseres dreigliedrigen Schulsystems. Von dort kommen fleißige junge Menschen, die Handwerksberufe erlernen, die unseren täglichen Bedarf decken. Von dort kommen junge Bäcker, die Brot backen. Von dort kommen junge Metzger, die Fleisch- und Wurstwaren herstellen. Von dort kommen Kfz-Mechaniker, die Autos reparieren. Von dort kommen Installateure, die dafür sorgen, dass die Heizung funktioniert und dass aus den Wasserhähnen Wasser läuft. Ich freue mich, dass Minister Schneider angekündigt hat, die Hauptschule als berufsvorbereitende Schule weiterzuentwickeln und dabei auf die Talente der jungen Menschen intensiv einzugehen.

Aufgrund der kurzen Zeit, die ich zur Verfügung habe, muss ich leider schon zum Schluss kommen. Ich danke dem Kultusministerium für die Initiativen. Ich freue mich auf die Vorstellung der Feinkonzeption im Mai. Damit werden wir eine gute Basis dafür schaffen, dass in den nächsten Jahren bis zu 800 der etwa 1100 bayerischen Hauptschulen auf Ganztagsunterricht umgestellt werden können. Ich darf Sie alle bitten, die Anträge der SPD und der GRÜNEN abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Tolle.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Simone Tolle (GRÜNE):** Herr Kollege Sibler, Sie haben gesagt, es seien gar nicht so viele Stellen abgebaut worden. Herr Kollege Ach ist jetzt weg, aber er kennt sicherlich den Haushalt. Ich lese Ihnen die Zahlen nochmals vor: Bildungshaushalt: Personal Soll A und B: 2006 66 416,20 Stellen, 2008: 64 760,92 Stellen; da beträgt die Differenz leider 1655,28 Stellen. Alles das, was Sie dazwischen in den parlamentarischen Raum werfen, spielt keine Rolle. Hier zählen harte Fakten, und der harte Faktor ist der Haushalt, in dem 1655 Stellen fehlen. Wer die Hauptschule aufwerten will und ihr gleichzeitig Lehrer nimmt, handelt aus meiner Sicht schizophoren.

(Zuruf von der CSU)

Herr Kollege Rüth, Sie haben gesagt, wie viele Kinder die Hauptschulen absolvieren und unsere Gesellschaft bereichern. Sie haben aber nicht gesagt, dass die Anzahl derjenigen, die mittlerweile in Warteschleifen hängen, mittlerweile bundesweit 50 % beträgt, und dass der Kultusminister den Berufsschulen mitgeteilt hat, sie sollten sich auf 30 % einstellen. Deshalb ist eine Reform dringend nötig.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Eine Reform braucht aber Lehrerinnen und Lehrer sowie Sozialarbeiter, damit wir genau diesen Umstand vermeiden. Hier sind Sie eine Antwort schuldig geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Kollege Sibler, Sie haben gesagt, die Finanzierung müssten wir immer nachweisen. Das geben Sie bitte dem Minister Schneider mit!

Wenn er am Montag in der Zeitung Luftblasen loslässt und von 300 Millionen Euro spricht, dann soll er mir auch sagen, wie er das finanziert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kollege Sibler will das auch. Wenn Sie das jetzt nicht tun, bitte ich Sie um mehr Redlichkeit bei Ihren Pressegesprächen. Ich habe Betriebswirtschaft mit Schwerpunkt Marketing studiert. Im ersten Semester hört man bereits in



der ersten Stunde den obersten Grundsatz guter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Wenn Marketing gut sein soll, muss etwas dahinter stecken. Das kann ich bei Ihnen nicht sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Wortmeldung des Abgeordneten Bernd Sibler (CSU))

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege Sibler, eine Zwischenbemerkung oder ein Redebeitrag? Sie können auswählen.

**Bernd Sibler (CSU):** Dann wird es eine Zwischenbemerkung. Frau Kollegin Tolle, rechnen Sie bitte auch die Zahlen dagegen, um die die Schülerzahlen an der Hauptschule zurückgegangen sind. Nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, Frau Tolle, dass genau das Konzept und die Daten, die Sie gefordert haben, von einer Arbeitsgruppe im Kultusministerium und im Finanzministerium erhoben werden. Ich habe es gesagt. Hören Sie bitte zu.

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Frau Kollegin Tolle, wollen Sie darauf eingehen? Eigentlich müssten Sie dazu nach vorne kommen. Vielleicht können wir die Bestimmung aber so ändern, dass man das auch vom Platz aus machen kann. Das wäre vielleicht eine Anregung.

**Simone Tolle (GRÜNE):** Ich nehme das zur Kenntnis, Herr Kollege Sibler. Allerdings muss ich Ihnen schon sagen, dass Staaten mit einem erfolgreichen Bildungssystem den so genannten demografischen Gewinn dafür verwenden, dass sie ihr Bildungssystem verbessern. Ein Beispiel ist das vom Ministerpräsidenten im letzten Bundestagswahlkampf oftmals gescholtene Land Sachsen, das in der Bildungspolitik nur deshalb sehr gut ist und aufgeholt hat, weil es den demografischen Gewinn an der Schule belassen hat. Das würde Bayern auch gut anstehen.

Ich bleibe dabei: Den Worten müssen Taten folgen. Wenn Sie Stellen streichen, werden Sie die Hauptschule nicht aufwerten. Sie werten sie weiter ab, was eigentlich die logische Konsequenz Ihres Handelns in den vergangenen Jahren ist. Ich sage hier klar und deutlich: Wenn Sie nach der Wahl 2008 vielleicht noch die Mehrheit in Bayern haben, werden Sie Hauptschulzentren bauen. Ich bin schon sehr gespannt auf den Tag, an dem Sie den nächsten Wahlbetrug begehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sie werden nicht mehr die Mehrheit haben!)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nun hat Herr Staatssekretär Freller das Wort.

(Eduard Nöth (CSU): Charly, hau hinein!)

**Staatssekretär Karl Freller (Kultusministerium):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Bayern hat die meisten Hauptschüler. Bayern hat die meisten Hauptschulen. Bayern hat die meisten

Hauptsschullehrkräfte. Und da trauen Sie sich, Herr Pfaffmann, hier die bayerische Hauptschule anzugreifen.

(Widerspruch der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Sie haben die bayerische Hauptschule, die die erfolgreichste in ganz Deutschland ist, angegriffen. 38 % der Schüler der achten Jahrgangsstufe – das ist die Jahrgangsstufe, in der europaweit die Schüleranteile der jeweiligen Schularten gemessen werden – besuchen die bayerische Hauptschule. Diese Hauptschule wird seit Jahrzehnten bis zum heutigen Tag von der CSU getragen, gestützt und nachhaltig gestärkt. Herr Pfaffmann, Sie und Ihre Parteifreunde haben die Hauptschule bundesweit zerstört.

(Beifall bei der CSU)

Unsere bayerischen Hauptschüler leiden unter der miserablen Hauptschulpolitik, die SPD und GRÜNE in Deutschland betreiben.

(Widerspruch bei der SPD)

Herr Pfaffmann, es war die Rütli-Schule in Berlin – –

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Herr Staatssekretär, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pfaffmann?

**Staatssekretär Karl Freller (Kultusministerium):** Nein, ich möchte meinen Gedankengang zu Ende führen. Lieber Herr Pfaffmann, vor einem dreiviertel Jahr habe ich von Schülerinnen und Schülern an einer Hauptschule in meiner Heimat einen Brief bekommen. Sie haben mir geschrieben, es tue ihnen so weh, wie in der Öffentlichkeit über die Hauptschule diskutiert wird, nachdem die Rütli-Schule in Berlin in die Schlagzeilen geraten ist. Die Vorfälle an der Rütli-Hauptschule in Berlin hat ein Senator Böger von der SPD zu verantworten. Ich sehe es nicht mehr ein, dass Sie sich hier zum Lebensretter der Hauptschule aufspielen, obwohl Sie eigentlich die Totengräber der Hauptschule sind.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Eine Unverschämtheit ist das! Wir sind hier im Bayerischen Landtag und nicht in Berlin!)

– Ich weiß das. Dann werfen Sie uns aber bitte nicht vor, eine schlechte Hauptschulpolitik zu machen. Ich werde es nicht zulassen, dass die Bildungspolitiker in Bayern, die über Jahrzehnte hinweg stets die Hauptschule befürwortet haben, von Ihnen, Herr Pfaffmann, so hingestellt werden, als ob wir die Hauptschule im Stich lassen würden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist doch so!)

Keiner hat so viel in die bayerische Hauptschule investiert wie wir. Wir lassen die Hauptschule nicht im Stich, lieber

Herr Pfaffmann. Sie wissen doch selber überhaupt nicht einmal, was Sie wollen. Sie erklären den Hauptschulen, dass Sie die Hauptschule wollen. Den Realschulen erklären Sie, dass Sie die Realschule wollen. Denen, die es hören wollen, sagen Sie, Sie wollen die Regionalschule.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Stimmt genau! So ist es, Herr Freller! Schauen Sie nach Rheinland-Pfalz! Dort wird es genauso gemacht! Sie haben keine Ahnung!)

Das ist Ihre Bildungspolitik. Keiner weiß, wo es hingeht.

(Beifall bei der CSU)

Sie merken gar nicht, mit welcher Widersprüchlichkeit Sie Bildungspolitik betreiben. Sie nehmen ausschließlich die Abiturientenquote als Maß der Bildungsabschlüsse eines Landes. Sie übersehen dabei, dass unsere Leistungsträger genauso in den Hauptschulen, in den Realschulen und in den Berufsschulen sind. Sie haben ein total verqueres Bild von Bildungspolitik. Das ist für mich nicht mehr nachvollziehbar.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage nicht, dass bei uns nichts verbessert, verändert oder korrigiert werden müsste. Ich sage auch, dass bei uns manches Geld noch sinnvoller und besser an den Schulen eingebracht werden müsste. Ich habe es aber satt, dass unsere Hauptschulpolitik generell kritisiert wird.

(Zuruf von der SPD: Was sagen Sie zu Herrn Schaidinger?)

Herr Pfaffmann, wir haben investiert und wir werden weiter investieren. Der Minister ist heute auf der Kultusministerkonferenz, sonst wäre er hier und würde Ihnen sicher Ähnliches sagen. Ich sage es auch deshalb, damit kein Missverständnis darüber entsteht, warum er bei dieser Debatte nicht dabei sein kann.

Kultusminister Schneider hat in den letzten Monaten als Hauptschullehrer ganz konsequent eine Bresche für die Zukunft der Hauptschule geschlagen, die aufgrund der rot-grünen Politik in anderen Ländern einen sehr negativen Ruf hat.

(Zurufe von der SPD: Wo denn? – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Stimmt doch nicht!)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Radermacher?

**Staatssekretär Karl Freller** (Kultusministerium): Nein, ich will im Moment keine Zwischenfrage.

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Überhaupt keine?

**Staatssekretär Karl Freller** (Kultusministerium): Nein, überhaupt keine. Ich möchte meinen Gedankengang zu Ende führen. Ich habe Sie auch ausreden lassen. Wir haben Sie während Ihrer Rede auch nicht unterbrochen.

Ich möchte folgenden Gedankengang hier zu Ende bringen. Es gibt Stellenausschreibungen von Firmen in Deutschland, in denen leider der Hinweis fehlt, dass sie auch Hauptschüler suchen. Warum fehlt dieser Hinweis? Weil der Ruf der Hauptschule in Berlin und in anderen von Ihnen regierten Ländern so desolat ist, dass unsere bayerischen Hauptschüler dafür bezahlen müssen. Das muss ein Ende haben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Pfaffmann, Sie können sich aufregen, wie Sie wollen.

(Karin Radermacher (SPD): Der regt sich nicht auf!)

– Sie tun es aber offenkundig. Lieber Herr Pfaffmann, ich möchte Ihre Beiträge gar nicht weiter aufwerten. Mir geht es darum, sehr deutlich darzustellen, was von unserer Seite geplant ist und in den nächsten Jahren vollzogen wird.

Uns ist es wichtig, dass die Hauptschule gestärkt aus der Diskussion über diese Schulart hervorgeht. Wer sagt, dass wir die Hauptschule brauchen, wird auch fordern müssen, dass wir Hauptschüler haben. Wenn alle Welt schreit, dass wir die Hauptschule brauchen, muss damit der Ruf einhergehen, dass wir Hauptschüler brauchen. Unser Anliegen ist es, dass diese Hauptschüler von der Wirtschaft auch gesucht werden. Wir werden alles dafür tun, damit die Hauptschule so weiterentwickelt wird, dass sie soviel an Praxisnähe und Berufsbezogenheit vermittelt, dass es für jeden Handwerksmeister und für jeden Betrieb eine Freude ist, einen Hauptschüler zu nehmen. Wir werden alles tun, damit diese Berufsvorbereitung funktioniert.

Dazu gibt es viele Initiativen, auch aus unserer Fraktion, zum Beispiel von Frau Dodell oder Herrn Waschler. Es gibt viele Anträge aus der Mitte der Fraktion, die sich damit beschäftigen. Wir werden die Hauptschule ganz konsequent im Hinblick auf die Abnehmer weiterentwickeln und auf deren Bedarf ausrichten. Wir haben für die Hauptschule viel Personal eingesetzt. Wir haben aus der Hauptschule weniger Kräfte abgezogen, als es die zurückgehenden Schülerzahlen an der Volksschule erfordert hätten. Der Minister hat im vorletzten Jahr in Kreuth dafür schwer mit der Fraktion gekämpft. Wir haben es geschafft, dass wir eine Fülle von Hauptschullehrern behalten konnten, die eigentlich weggekommen wären, wenn man das Lehrer-Schüler-Verhältnis wie bisher berechnet hätte. Wir haben nicht vor – das möchte ich unmissverständlich sagen –, an der Hauptschule zu sparen. Wir wollen in die Hauptschule investieren.

Die Anträge, die Sie stellen, beziehen sich auf die Ganztagschule. Hierzu möchte ich auch etwas sagen, Herr Pfaffmann. Ich bestreite nicht, dass das Thema Ganz-

tagsschule in der CSU-Fraktion vor sieben oder acht Jahren strittig war, vielleicht aber auch deswegen, weil dieses Thema von Ihnen über viele Jahrzehnte sehr ideologisch besetzt war.

Das hat leider auch zu einer Polarisierung der Diskussion geführt. Ich will hier die CSU gar nicht ausnehmen, die auch Sorge hatte, mit einer Ganztagschule die Erziehungsverantwortung zu sehr an den Staat abzugeben. Wir kennen die Diskussion aus der DDR, wo man den Nachmittagsunterricht leider zur Ideologisierung missbraucht hat. Leider hat der Sozialismus den Ruf der Ganztagschule so ruiniert, dass es bei uns lange Zeit ein reserviertes Denken gegenüber dieser Schulform gab. Dass wir heute eine andere Zeit haben, wissen wir nur zu gut.

Dass wir die Ganztagschule vor dem Hintergrund vieler Arbeits- und Familiensituationen dringend brauchen, liegt auf der Hand. Wir haben in den letzten Jahren viel investiert; ich möchte die Zahlen nennen. Es gilt dabei, sowohl die gebundene als auch die offene Ganztagschule anzusprechen. Für alle in der Zuhörerschaft, die die Begriffe der Kultusministerkonferenz nicht genau kennen, möchte ich erklären: Gebundene Ganztagschule heißt, dass es einen rhythmisierten Pflichtunterricht wie in den angelsächsischen Ländern bis 16.00 oder 17.00 Uhr und am Freitag bis mittags gibt. An der offenen Ganztagschule existiert am Nachmittag ein freiwilliges Betreuungsangebot für die Familien, die den Kindern zu Hause am Nachmittag keine Betreuung gewähren können. Beide Formen sind völlig in Ordnung. Ich möchte allerdings nicht, dass wir die gebundene Ganztagschule zur Pflicht machen, sodass Eltern nicht ausweichen können und ihr Kind nachmittags in die Schule schicken müssen. Das kann es ohne Zweifel nicht sein.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen das schulische Ganztagsangebot, und wir brauchen die Schule mit einem pädagogisch wertvollen Betreuungsangebot am Nachmittag.

(Beifall bei der CSU)

Nun bringe ich Ihnen die Zahlen, damit Sie Bescheid wissen. Wir haben im Augenblick in Bayern 678 offene Ganztagsangebote und 90 gebundene. Wir werden nicht nachlassen, diese Zahlen zu erhöhen. Im Herbst wird es weitere Ganztagsangebote geben. Durch einen Antrag der CSU-Fraktion ist die Finanzierung für 2007 und 2008 bereits abgesichert. Wir werden also nicht aufhören, sondern das Gegenteil tun. Wenn Sie die Zeitungen und die Medienberichte verfolgt haben – ich habe leider in keinem SPD-regierten Land diese Schlagzeilen gefunden –, haben Sie sicher festgestellt, dass wir die Schwerpunkte „Kinder, Bildung, Arbeit“ setzen. Das ist das, was die Politik der Union bestimmt. Das ist absolut wichtig und notwendig für die Zukunft eines Staates. In diesem Zusammenhang ist auch die Entscheidung getroffen worden, dass wir die Ganztagsangebote an den Hauptschulen – auch die gebundenen – so ausweiten werden, dass am Ende von 1000 Schulen mindestens 800 mit diesem Angebot ausgestattet sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Hauptschulpolitik der CSU ist überzeugend. Wenn Sie glauben, sie angreifen zu müssen, dann tun Sie es bitte, aber Sie werden hören müssen, dass Sie daneben liegen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pfaffmann.

**Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Staatssekretär, mit Verlaub, so viel Blödsinn in einer Rede habe ich schon lange nicht mehr gehört.

(Widerspruch bei der CSU)

Ich will das auch begründen. Sie sagen, wir wären die Totengräber der Hauptschule. Herr Staatssekretär, können Sie uns sagen, ob Sie oder wir in diesem Land in den letzten 20 Jahren regiert haben? Wenn wir die Totengräber sind, müssten wir Verantwortung haben. Nein, Sie haben zu verantworten, dass die Bevölkerung die Hauptschule als Restschule betrachtet. Das hat nichts damit zu tun, dass wir hier die Hauptschule schlechtreden würden. Wenn Ihnen möglicherweise entgangen ist, dass ich nicht die Hauptschulen angegriffen habe, sondern Ihre Politik, dann sage ich es noch einmal: Es geht nicht um das Schlechtreden der Hauptschule, sondern darum, dass Sie die Hauptschulen mit Ihrer Politik an die Wand fahren.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem Sie großspurige Worte darüber verloren haben, was Sie alles für die Hauptschulen tun, frage ich Sie: Wenn Sie etwas für die Hauptschulen tun wollen, warum um Himmels willen haben Sie im Nachtragshaushalt 422 Stellen für Hauptschullehrer gestrichen? Warum haben Sie im Stellenplan 2007/2008 1660 Stellen weniger vorgesehen, obwohl die demografische Entwicklung im Jahr 2007 noch gar nicht greift? Herr Kollege Sibler, Sie wissen doch genau, dass die demografische Entwicklung mit einem Schülerrückgang erst 2009/2010 zum Tragen kommt. Ich frage Sie: Warum streichen Sie 2007 1660 Stellen? Wenn das Ihre Unterstützung der Hauptschule ist, dann kann dieses Land darauf verzichten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatssekretär Freller, Sie haben gesagt, Sie hätten zehn Jahre die Ganztagschule nicht eingeführt, weil wir sie ideologisch besetzt hätten. Wollen Sie damit etwa sagen, dass Sie deswegen keine sachgerechte Politik machen, weil die Opposition hier im Hause dagegen ist? Das ist ein Schlag ins Gesicht der Hauptschüler, sonst nichts. Was Sie hier abliefern, ist nichts als Schönrede und Wegdiskutieren. Die Probleme wollen Sie nicht sehen. Im Gegenteil: Sie hören nicht damit auf, die Hauptschulen an die Wand zu fahren. Das zeigt der Haushalt, und das zeigt die gesamte Politik.

(Zurufe von der CSU)

– Da können Sie herumschreien, wie Sie wollen, es ist, wie es ist. Fragen Sie Ihre Bürgermeister und Kreisräte. Fragen Sie den Städtetag und den Gemeindetag. Fragen Sie die Eltern, die Schüler und die Lehrer. Die sagen Ihnen in dieser Frage alle das Gleiche, auch wenn Sie ständig etwas anderes daherreden.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Herr Staatssekretär, Entschuldigung. Sie haben sich so schüchtern gemeldet, dass ich das übersehen habe. Herr Staatssekretär, bitte.

**Staatssekretär Karl Freller (Kultusministerium):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte ausdrücklich der Aussage von Herrn Kollegen Pfaffmann widersprechen, dass wir bei gleichbleibenden Schülerzahlen die Lehrerstellen an der Hauptschule zusammengestrichen hätten. Wir haben die Stellen in erheblich geringerem Maße reduziert, als es bei den zurückgehenden Schülerzahlen an sich angemessen gewesen wäre. Im Gegenteil: Wir haben sogar die Hälfte der Stellen, die man uns hätte nehmen können, gerettet, um damit eine Individualisierung des Unterrichts an den Hauptschulen durchzusetzen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Nun liegen mir wirklich keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass wir zur Abstimmung kommen können. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 15/7388 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/7395 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Wir haben dasselbe Abstimmungsverhältnis wie vorher. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg, u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Energetische Sanierung staatlicher Liegenschaften (Drs. 15/7389)**

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt hat. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Paulig.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das Umweltministerium ist nicht da!)

**Ruth Paulig (GRÜNE):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ja, der Vertreter des Umweltministeriums ist nicht da. Die energetische Sanierung staatlicher Liegenschaften macht man doch mit links.

Wie ist es um das Thema Klimaschutz in der CSU-Fraktion bestellt? Welche Bedeutung hat der Klimaschutz? Wir haben heute viele große Worte gehört, aber jetzt wird es konkret.

Im November hatten wir ein Konzept zum Klimaschutz vorgelegt. Das war unser Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/6691. Ein Punkt war die energetische Sanierung der staatlichen Gebäude. Sie haben das Ganze abgelehnt; denn das waren für Sie viel zu viele Forderungen. Heute stellen wir eine einzelne Forderung zur namentlichen Abstimmung. Wenn die großen Reden, die Sie heute in der Aktuellen Stunde zu schwingen versucht haben, in irgendeiner Weise glaubwürdig sein sollen, dann haben Sie heute unserem Antrag zuzustimmen. Sie haben die Gelegenheit dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Das ist ja köstlich.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Hintersberger (CSU))

– Jeder darf individuell entscheiden, ob er unserem Antrag zustimmt. Herr Hintersberger, Sie sind ganz besonders dazu eingeladen, diesem Antrag zuzustimmen. Die Glaubwürdigkeit jedes einzelnen Mitglieds der CSU-Fraktion und der gesamten Politik steht hier auf dem Spiel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Jahresbericht 1997 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs steht, dass jährlich 200 Millionen DM an Energiekosten bei staatlichen Gebäuden anfallen und dass man, wenn man endlich sanieren würde, im Durchschnitt 31 Millionen Mark einsparen könnte. Das war 1997, vor zehn Jahren. In diesem Bericht – ich würde Sie einfach darum bitten, ihn einmal zu lesen – weist der Rechnungshof darauf hin, dass er genau dieses schon in seinem Bericht 1984 angemahnt habe. Seit 23 Jahren also mahnt der Oberste Rechnungshof - ORH - die energetische Sanierung der staatlichen Gebäude an. Das ist bis jetzt nur in einem minimalen Ausmaß geschehen; das wissen Sie ganz genau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man hat im Jahr 1985 eine Arbeitsgruppe zur „Energieverbrauchserfassung und Energieverbrauchskontrolle“, abgekürzt „ADVE“, eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe hat von 1985 bis 1996 getagt, elf Jahre lang. Gute Leistung! Das Ergebnis war, dass Gebäude mit 88 % des Gesamtenergieverbrauchs erfasst wurden. Grob gesagt, sind von insgesamt 14 000 überprüften Gebäuden des Freistaats etwa 8000 wegen erheblicher Kosten beim Wärmeverbrauch und erheblicher Stromkosten zu sanieren. Die Überprüfung durch den ORH habe ergeben, dass 30 % wegen des Wärmeverbrauchs dringend energetisch zu sanieren sind, und fast 50 % – 45,8 % der erfassten

Gebäude - wegen des hohen Stromverbrauchs. Bis heute Fehlanzeige!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern heute in unserem Antrag im Interesse des Klimaschutzes ganz konkret: Legen Sie bis zum Jahresende eine gezielte Planung vor, wie Sie die Sanierung bewältigen wollen, listen Sie den Energiebedarf der Gebäude auf sowie die angestrebten Energiestandards. Sie müssen demnächst ohnehin einen Energiepass erstellen, ich hoffe den bedarfsorientierten Energiepass. Schätzen Sie die notwendigen Investitionen ab und legen Sie einen konkreten Zeit- und Finanzierungsplan bei. Das ist heute unsere Forderung.

Unsere zweite Forderung ist überfällig: Führen Sie bis 2015 bei den circa 8000 Gebäuden die notwendige Sanierung durch. Das ist für den Klimaschutz notwendig, und dann wird Umweltminister Schnappauf vielleicht glaubwürdig, wenn er hier sagt, die Bayerische Staatsregierung, die Politik müsse ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Jetzt haben Sie dazu die Möglichkeit. Führen Sie die Sanierung vorbildhaft durch und stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die energetische Sanierung im Interesse des Klimaschutzes ist das eine; die Verknüpfung von Ökologie und Ökonomie ist das andere. Die Abhängigkeit von fossilen und nuklearen Energieträgern wird dadurch reduziert und der Staatshaushalt saniert; denn gerade angesichts der steigenden Kosten der fossilen Rohstoffe ist eine derartige Sanierung die Sparquelle der Zukunft, wenn Sie sich nicht dumm und dämlich zahlen wollen, um die 8000 oder 9000 Gebäude angemessen zu heizen. Heizen Sie nicht die Luft auf, verbreiten Sie nicht weiter heiße Luft, sondern sanieren Sie diese Gebäude und somit den Staatshaushalt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie tragen damit auch dazu bei, Arbeitsplätze zu sichern und auszubauen, der Bauwirtschaft den notwendigen wirtschaftlichen Schub zu geben, neue Energietechnologien einzusetzen und ihre breite Anwendung zu fördern. Damit haben Sie auch die Chance für eine regionale Wertschöpfung. Alles spricht für ein Handeln der Staatsregierung in diesem Bereich. Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Vielen Dank, Frau Kollegin. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hintersberger.

**Johannes Hintersberger (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Paulig, es ist doch völlig unstrittig, dass die Energiefrage eine der zentralen ökologischen und ökonomischen Herausforderungen heute und morgen darstellt. Auch die Notwendigkeit von Energieeinsparungen ist unstrittig.

Machen Sie doch daher aus unstrittigen gemeinsamen Anliegen nicht immer einen Popanz.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Selbstverständlich ist es auch unstrittig, dass Energieeinsparungen bei öffentlichen Gebäuden eine wesentliche Rolle spielen, weil ein Viertel der Energie heute in diesem Bereich verbraucht wird. Neben der Effizienzsteigerung bei den technischen Anlagen ist vor allem die Verringerung des Energiebedarfs im Gebäudebestand eines der größten Energieeinsparpotenziale. Das ist unstrittig.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Tun Sie halt mal was!)

Entscheidend ist, dass wir die energetische Sanierung des Gebäudebestands als ein wichtiges Aufgaben- und Handlungsfeld betrachten, und zwar hinsichtlich der Energie- und CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale. Liebe Kollegin von den GRÜNEN, deshalb haben wir in den letzten Jahren – und diesen Aspekt wollen Sie nicht sehen – diese Aufgaben engagiert angepackt und viele Maßnahmen bereits wirksam durchgeführt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Was ist mit der Universität Regensburg?)

Es steht außer Frage, dass es dabei nicht bleiben darf und zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden müssen. Frau Kollegin Paulig, Sie verstehen es hervorragend, durch Ihre Anträge und Redebeiträge ein solches Thema gegenüber den Menschen, die im Einzelfall ebenfalls solche Maßnahmen durchführen wollen und müssen, als absolut unglaubwürdig erscheinen zu lassen. Sie zerreden derartige gemeinsame Maßnahmen immer wieder und stellen damit das gesamte Bemühen infrage. Warum? – Ich will kurz vier Aufgabenfelder exemplarisch darstellen, auf denen in den letzten fünf bis sechs Jahren sehr wohl Energie- und CO<sub>2</sub>-Einsparmaßnahmen durchgeführt worden sind.

Erstens. Gerade in den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD hat sich Bayern dafür stark gemacht, dass das Gebäudesanierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau auf insgesamt 5,6 Milliarden Euro für vier Jahre erheblich aufgestockt worden ist. Die Aufstockung dieses Programms geht auf einen wesentlichen Impuls des Freistaates Bayern zurück. Es dient nicht nur der Umwelt- und Ressourcenschonung, sondern gibt auch durch die zusätzlichen Investitionen der Wirtschaft, insbesondere dem mittelständischen Handwerk, spürbare Impulse. Es dient daher auch der Sicherung von Arbeitsplätzen in der Region.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und die Länder tun was?)

– Kollege Dürr, es ist richtig, das ist ein Umweltprogramm des Bundes. Gerade der Freistaat nimmt aber bei der Vergabe der Mittel dieses KfW-Programms einen Spitzenplatz ein.

(Ludwig Wörner (SPD): Und die staatlichen Gebäude?)

Die meisten Mittel aus diesem Programm werden in Bayern vergeben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber nicht vom Staat!)

Gut ein Drittel aller Solarkollektoren in der Bundesrepublik wird mittlerweile in Bayern installiert. Ob Ihnen das passt oder nicht, das ist eine Tatsache.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Man kann also nicht so tun, als wäre hier in Bayern ein weißer Fleck.

Zweitens. Mit der Fortsetzung des CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramms für kommunale Liegenschaften

(Ulrike Gote (GRÜNE): Thema!)

wird der Freistaat Bayern den Anreiz für Städte und Kommunen weiterhin verstärken, durch Energieeinsparmaßnahmen einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

In den letzten sechs Jahren sind dementsprechende Maßnahmen in den bayerischen Kommunen und Städten mit 2,8 Millionen Euro über dieses Programm gefördert worden.

Ein dritter Punkt. Was die staatlichen Liegenschaften angeht, meine Damen und Herren, so ist bei den Verbrauchszahlen aller 6000 energierelevanten staatlichen Liegenschaften selbstverständlich, was Sie in Ihrem Antrag als neuen Antragsimpuls darstellen und in der Begründung ausführen, dass nämlich kontinuierlich Erfassungen erhoben, analysiert, Verbesserungsvorschläge erarbeitet und umgesetzt werden. Tun Sie nicht so – das ist das Fadenscheinige an Ihrem Antrag –, als ob nichts getan worden wäre, als ob hier ein weißer Fleck auf der bayerischen Umweltschutzlandkarte wäre. Das ist nicht redlich, das ist nicht ehrlich, das ist falsch. Sie erweisen dem gemeinsamen Bemühen einen Bärendienst, wenn Sie mit solchen Verlautbarungen in der Öffentlichkeit einen ungunstigen Zwiespalt fördern.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

– Lassen Sie mich diese zwei Maßnahmen noch ausführen.

Seit Ende der Neunzigerjahre wurden in diesem Bereich 90 Millionen Euro ausschließlich in die energetische Sanierung der staatlichen Liegenschaften investiert.

(Ludwig Wörner (SPD): Die zeigen Sie mir!)

Für alles Weitere verweise ich auf den 4. Energiebericht der Bayerischen Staatlichen Hochbauverwaltung. Lesen Sie den Bericht von Ende 2005. Dort werden sehr ausführ-

lich die verschiedenen Maßnahmen und Auswirkungen sowie das Einsparpotenzial beim CO<sub>2</sub> dargestellt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Die Altbauten interessieren!)

Ein vierter Punkt. Auch zum Einsatz regenerativer Energien in staatlichen Gebäuden verbreiten Sie, dass in diesem Bereich nichts getan werde. Lassen Sie mich die folgenden Punkte nennen: Bis heute wurden in den letzten Jahren über 150 solarthermische Anlagen mit einem CO<sub>2</sub>-Einsparungspotenzial von circa 1700 Tonnen per annum, rund 160 Fotovoltaikanlagen, CO<sub>2</sub>-Einsparung rund 960 000 Tonnen pro Jahr, rund 90 Biomasseanlagen, CO<sub>2</sub>-Einsparung 3300 Tonnen pro Jahr, auf den Weg gebracht.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Es geht um die Sanierung der staatlichen Liegenschaften!)

– Hören Sie zu, lesen Sie die Zahlen nach. Sie wurden am 20.11.2006 aktualisiert und im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz und im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit schriftlich vorgelegt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist nicht Inhalt des Antrags!)

Sie suggerieren der Öffentlichkeit, als würde nichts passieren. Das ist polemisch, fadenscheinig und unglaubwürdig. Ich möchte das in einzelnen exemplarischen Zahlen auf den Punkt bringen, auch wenn Ihnen das nicht passt.

Weiter wurden 17 Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen mit einem Energieertrag von 380 000 Megawattstunden per annum auf den Weg gebracht.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Am Thema vorbei!)

Man kann nicht so tun, als wären diese Dinge nicht existent, als ob es keine aktiven, effizienten, engagierten Möglichkeiten gebe.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Genau hinschauen!)

In der Auffassung, dass dies, liebe Kollegin Paulig, vor dem Hintergrund der massiven Klimaveränderungen, die wir heute in der Aktuellen Stunde zum Thema gemacht haben, zu wenig ist, sind wir einig. Das Thema im Rahmen einer soliden und umsetzbaren Maßnahmenpolitik aufzugreifen, ist im Endeffekt die seriöse und redliche Aufgabe, die wir alle in diesem Hohen Hause haben und deren Erfüllung die Bürger von uns erwarten. Sie erwarten kein Gezänk und keine polemischen Vorwürfe, ob Sie das wahrhaben wollen oder nicht. Von daher enttäuscht es mich, Frau Kollegin Paulig und Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, dass Sie unser Angebot, diesen Antrag und dieses Thema solide, aber dementsprechend effizient in der Umsetzung in den Sachausschüssen des Bayerischen Landtags zu behandeln, ausgeschlagen haben.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE) – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Machen Sie einen eigenen Antrag!)

– Kollege Dürr, Sie stellen sich damit noch viel mehr ins Abseits, als ich eigentlich gemeint habe.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das kann man nicht sagen!)

Wir könnten das Thema in den Fachausschüssen und auch im Haushaltsausschuss besprechen. Wir dürfen nicht so tun, als könnten diese Dinge im luftleeren Raum ohne Finanzierung umgesetzt werden. Wir könnten das Thema ordentlich, redlich, seriös, ehrlich und haushalterisch auf den Weg bringen. Das will die CSU.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Mit Ihrer Zweidrittelmehrheit ablehnen!)

Das wird die CSU mit den zuständigen Ministerien auf den Weg bringen, nicht jedoch in der polemischen Art, wie das bei diesem Antrag der Fall ist.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Dann sagen Sie doch Ja!)

Wir lehnen Ihren Schaufensterantrag ab.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:**  
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wörner.

**Ludwig Wörner (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das war genauso viel heiße Luft, wie aus den Fenstern der bayerischen Gebäude strömt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Hintersberger, wenn der Freistaat Bayern und vor allem die CSU-Landtagsfraktion das Energiesparen, wie wir heute wieder gehört haben, ernst nähmen, hätten Sie seit 2004 unseren Anträgen zustimmen müssen. Wir haben gefordert, mehr Mittel in den Haushalt einzustellen, um die energetische Sanierung der staatlichen Gebäude – nur über diese reden wir – voranzubringen. Herr Kollege, Sie haben Äpfel mit Birnen verglichen. Wahrscheinlich war Ihr Vortrag vom Ministerium geschrieben. Wenn Sie diesen Aussagen aufsitzen und deshalb die Neubauten mit den Altbauten verwechseln, muss man sich nicht wundern, dass Sie einem Trugschluss unterliegen, der eine Fehlinterpretation nach sich zieht.

(Beifall bei der SPD)

Die staatlichen Liegenschaften bestehen zu 95 % aus Altbauten und zu 5 % aus Neubauten. Es ist unstrittig, dass der Freistaat Bayern bei den Neubauten all das unternimmt, was er auch von den Privaten fordert. Unstrittig ist aber auch, dass am wenigsten Geld für die Sanierung des Altbaubestandes ausgegeben wurde, obwohl man damit am meisten Energie sparen könnte. Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat das belegt.

Wir sagen: Nähmen Sie die Diskussion von vornhin ernst und nähmen Sie die Aussagen Ihres Ministers ernst bzw.

nähmen Sie den Umweltminister ernst, müssten Sie dem Antrag zustimmen. Offensichtlich ist der Umweltminister politisch so schwach, dass er nicht einmal mehr die Macht hat, die energetische Sanierung für die staatlichen Gebäude durchzusetzen, mit der man eine Vorbildfunktion ausüben, den Mittelstand fördern und sehr wohl sehr viel Geld sparen könnte.

Herr Kollege Hintersberger, für eine energetische Untersuchung wurden bereits 150 000 Euro ausgegeben, die von der Obersten Baubehörde durchgeführt wurde. Wir hören jedoch nichts davon. Wir möchten gerne wissen, was das Ergebnis ist, um endlich die 30 Millionen Euro, die gefordert werden, einsetzen zu können, um mit der Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes voranzukommen und damit einen wesentlichen Beitrag zum bayerischen Klimaschutz leisten zu können. Der Freistaat Bayern wäre Vorbild. Er sollte nicht nur von den Bürgern fordern und die Bürger loben.

Im Übrigen, Herr Kollege Hintersberger, die Bürgerinnen und Bürger haben – auch wenn Sie es nicht gerne hören – das EEG der vormaligen Bundesregierung genutzt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben dazu nichts beigetragen. Im Gegenteil, es gab genügend CSU-Landräte, die anfänglich das Anbringen von Solardächern behindert haben. Es hat des vehementen Einsatzes von uns allen bedurft, um zu überzeugen. Dort sind nach wie vor die ewig Gestrigen zuhause. Wir meinen, die Vorbildfunktion des Staates muss vorangetrieben werden. Dazu gehört der Antrag der GRÜNEN. Wir werden ihm zustimmen.

Ich bin verwundert, dass Sie den Antrag in Ihrer polemischen Art ablehnen. Sie waren polemisch, Herr Kollege Hintersberger, nicht Frau Kollegin Paulig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:**  
Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Paulig.

**Ruth Paulig (GRÜNE):** Kolleginnen und Kollegen! Herr Hintersberger, es war schon beeindruckend, wie Sie versucht haben, von unserem Antrag abzuweichen. Sie verweisen auf das KfW-Bundesprogramm. Genau dies nehmen die Privatbürger und -bürgerinnen in Anspruch. Damit sanieren sie ihre eigenen Gebäude. Das ist so richtig, und das wird gemacht. Das entbindet die Staatsregierung aber nicht davon, die staatlichen Gebäude energetisch zu sanieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie verweisen auf das Programm für die Kommunen. Die Kommunen tun etwas. Wir führen dazu beispielsweise Ende März einen Kongress durch. Das entbindet aber wiederum nicht die Oberste Baubehörde, in ihrem Bereich aktiv zu werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sprechen davon, dass die Erfassung kontinuierlich erfolgt. Sie haben völlig Recht – darauf habe ich in meinem Beitrag hingewiesen. 1985 wurde eine Arbeitsgruppe Energieverbraucherfassung und Energieverbrauchskontrolle eingerichtet. Sie hat elf Jahre getagt. 1996 hat sie einen Bericht herausgegeben. Danach waren gerade zwei Gebäude saniert, nämlich ein Regierungsgebäude und eine Landbauschule – nachzulesen im Bericht des Obersten Rechnungshofs.

Was unternimmt die Staatsregierung in ihren eigenen Gebäuden? Was unternimmt sie hinsichtlich der energetischen Sanierung? – Das kann ich Ihnen sagen. Meine Kolleginnen und Kollegen haben für alle Bezirke Anfragen gestellt. Das Ergebnis ist erbärmlich. Pro Regierungsbezirk geht das bei ein bis zwei Projekten voran.

Ich muss Ihnen doch ein paar schöne Beispiele nennen. Ich führe das Gebäude der Universität Würzburg am Witelshausplatz an. Meine Kollegin Ulrike Gote war gestern an der Universität Würzburg. Wissen Sie, zu was man die uralten Doppelfenster gebrauchen kann, vor allem im Winter? – Als Kühlschrank. So ist es. Man legt Obst und Gemüse dazwischen, damit es frisch bleibt. So sieht die Wärmedämmung bei den Fenstern der Universität Würzburg aus.

(Zustimmung bei den GRÜNEN – Engelbert Kupka (CSU): Damit spart man sich den Kühlschrank!)

– Damit spart man sich schon einmal den Kühlschrank. Das ist ein vernünftiges Programm. Wir sollten abwägen, wie wir die energetische Sanierung umsetzen. Sehr richtig.

Ein zweites Beispiel ist die Universität Regensburg. Sie haben gesagt, dass es 17 Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen gibt. An der Universität Regensburg hat man für diese eine besondere Methode der Nutzung erfunden. Dort funktioniert nämlich die Wärmeableitung nicht. Bei dieser KWK-Anlage fehlt nämlich der Wärmeabnehmer. Daher wird sie einfach ein halbes Jahr lang abgeschaltet. So kann man energetische Sanierung bei staatlichen Gebäuden natürlich auch betreiben. Beide Beispiele zeigen auf, wie weit das im Argen liegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen in der Tat eine Trendwende. Wir brauchen die Nutzung der vorhandenen Einsparpotenziale. Hierzu müssen wir investieren. Das Geld ist aber gut angelegt und schafft Impulse für die Bauwirtschaft. Die Einsparmöglichkeiten betragen im Wärmesektor zwischen 40 und 80 %, im Stromsektor zwischen 30 und 50 %. Dort müssen wir tätig werden. Dort kann die Bayerische Staatsregierung endlich die gewünschte Vorbildfunktion einnehmen. Die Bayerische Staatsregierung muss ihre Ankündigungen endlich umsetzen; denn von Sonntagsreden und schönen Worten haben wir in der Tat genug.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie können sich auch nach 23 Jahren – der Rechnungshof hat das vor 23 Jahren zum ersten Mal angemahnt – immer noch nicht für eine vernünftige Sanierung und eine Trendwende entschließen. Stellen Sie doch einen eigenen Antrag. Sie sind in der Regierung. Ich meine, es wäre an der Zeit, dass Sie die Dinge anpacken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:**  
Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Beckstein.

**Staatsminister Dr. Günther Beckstein** (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst eine Vorbemerkung machen und dann ganz konkret auf die Problematik Energieeinsparung im staatlichen Hochbau eingehen.

Zunächst die allgemeine Vorbemerkung. Ich halte es für wichtig – sowohl für die Staatsregierung insgesamt als auch für mich und mein Haus –, deutlich zu machen, dass wir den Klimawandel und die nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik als zentrale Aufgaben ansehen. Ich sage sehr klar, dass derjenige, der ein Bild zeichnet, als ob nichts geschehen würde, ein Zerrbild darstellt und polemisiert, ohne dass es ihm um den Ernst der Sache geht. Selbstverständlich haben wir eine Menge getan. Es wäre gut gewesen, Frau Kollegin Paulig, wenn Sie vorher bei der Obersten Baubehörde nachgefragt hätten, was die Leute dort machen. Das sind hoch engagierte, motivierte Leute. Klar ist, dass nicht die gesamte Arbeit von Politikern erledigt wird. Wir haben Arbeitskreise mit Vertretern der Bauämter und der Obersten Baubehörde, in denen hart gearbeitet wird. Ich bitte um Verständnis, wenn ich sage: Ich halte es für wenig angemessen, dass man über die Betroffenen, ohne sie überhaupt zu fragen, in dieser Weise herzieht.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch von den GRÜNEN)

– Ich werde Ihnen detailliert sagen, was gemacht wird. Sie haben leider davon keine Ahnung, weil Sie sich mit den aktuellen Themen nicht befasst haben.

Ich sage aber auch sehr klar – ich rede gar nicht darum herum –: Wir wissen, dass die bestehenden Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft sind. Selbstverständlich weiß jeder, dass dies auch etwas mit Geld zu tun hat. In der Vergangenheit war die erste Priorität, einen Haushalt ohne Neuverschuldung zu erreichen. Wir konnten deswegen nicht ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation energetische Sanierungen durchführen. Deshalb muss man sehen, wie die Lage ist.

In meinem Zuständigkeitsbereich haben wir die Belange des energieeffizienten Bauens und der energetischen Gebäudesanierung ebenso wie das Thema erneuerbare Energien in Neubauten und die Einbeziehung der privaten Haushalte mittels Energieberatung intensiv behandelt. Derzeit geben wir wieder eine neue Broschüre dazu heraus – vor wenigen Wochen habe ich eine solche vorgestellt. Darin bieten wir privaten Eigentümern unter Einbeziehung von Ingenieuren, Architekten, aber auch



Kaminkehrern, Hilfe an. Wir lassen uns aber auch selbstverständlich selbst in die Verantwortung nehmen. Ich will auch anfügen, dass wir in die Erwägungen auch Möglichkeiten der Verkehrslenkung sowie der nachhaltigen Siedlungsentwicklung einbeziehen.

Ich bin froh, dass wir in Kürze eine Kabinettsklausur haben, die einerseits eine Bestandsaufnahme, andererseits aber auch das, was wir in der Zukunft machen dürfen, zum Inhalt hat. Ich will auch ausdrücklich sagen: Es wäre sinnvoll gewesen, ein derartiges Thema nicht nur in Fünf- und Zehn-Minuten-Beiträgen im Plenum zu diskutieren. Derjenige, der dieses Thema ernst nimmt, wird es lange und ausführlich diskutieren, und zwar auch mit den Fachleuten. Ich möchte Herrn Poxleitner und die Leiter der Arbeitsgruppe dabei haben. Man muss ernsthaft darüber diskutieren, andernfalls ist das eine Schaufensterdiskussion, aber keine ernsthafte Sachbehandlung.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Nun einzelne Punkte, die Sie nicht wissen, weil Sie sich nicht damit beschäftigt haben. Der Einsatz regenerativer Energietechnik wird grundsätzlich bei jeder baulichen Maßnahme in staatlichen Gebäuden realisiert, sofern nicht technische oder nutzungsbedingte Gründe entgegenstehen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wir sprechen von Altbauten!)

In staatlichen Gebäuden mit deutlich überhöhtem Verbrauch wird durch die Bauverwaltung die Messung und Optimierung der technischen Anlagen veranlasst - unter Refinanzierung der Mittel durch Einsparungen. Wenn die Maßnahme allein durch Einsparungen im Energiebereich wirtschaftlich sinnvoll durchgeführt werden kann, dann kann diese Maßnahme mit Mitteln des Betriebes finanziert werden. Das Intracting muss bei jedem Gebäude geprüft werden.

Wir haben intensiv versucht, Contracting-Modelle auf den Weg zu bringen. Wir sagen Externen: Investiert in die energetische Sanierung; die Refinanzierung erfolgt über Energieeinsparungen. Die ersten Modelle sind gescheitert, weil die Wirtschaft keine Angebote gemacht hat. Wer Erfahrung hat, weiß: Dort, wo es darum geht, einen Heizkessel auszubauen und auszutauschen, funktioniert dies. In dem Augenblick aber, wo beispielsweise auch die Sanierung der Außenhaut eines Gebäudes oder der Austausch der Fenster erfolgt, funktioniert dies in aller Regel nicht.

In der Zwischenzeit haben wir aber neue Contracting-Modelle, deren Refinanzierung eine längere Laufzeit hat. Wir haben vier Gebäudepools mit etwa 100 Einzelgebäuden auf den Weg gebracht. Es wäre schön gewesen, wenn Frau Paulig dazu etwas gesagt hätte. Scheinbar hat sie das aber nicht zur Kenntnis genommen. Gut wäre es aber, die Erfahrung mit Contracting-Modellen im Ausschuss anzusprechen. Dies hat nämlich auch für die kommunale Ebene eine große Vorbildfunktion.

Nicht alle Leute werden sagen: Geld spielt keine Rolle. Gerade Privatpersonen werden fragen, ob sich das wirtschaftlich überhaupt rentiert. Wir sind gern bereit, im Detail darzustellen, welche Erfahrungen wir mit dem Contracting gemacht haben. Im Moment beraten wir über eine zweite große Contracting-Tranche und hoffen, die Ausschreibung in den nächsten Wochen vornehmen zu können. Einzelheiten will ich im Hinblick auf die Zeit nicht darstellen.

Wir haben in rund 20 staatlichen Gebäuden ein Energiemanagement. Im Einzelplan 03 B sind in Zusammenarbeit mit der ARGE der Energieagenturen in Bayern eine Analyse erstellt und Nutzungsabläufe und Anlagebetrieb optimiert worden. Wir prüfen Vorschläge für wirtschaftliche Sanierungsmaßnahmen und führen Informationsveranstaltungen für die Nutzer durch. Wir sind dabei, ein typisches Verwaltungsgebäude aus den Siebzigerjahren zu sanieren, das aufgrund seiner PCB-Belastung erneuert werden muss. An diesem Beispiel wollen wir zeigen, wie die Altbausanierung mit einer Energiesanierung verbunden werden kann.

Die Oberste Baubehörde hat sich an einem pädagogisch-wissenschaftlichen Forschungsprojekt zur Untersuchung von Heizungssanierungen an Schulen beteiligt. Viele Schulen sind kommunale Gebäude. Dort ist eine viel großflächigere Möglichkeit gegeben als im eigenen Bereich.

Wir haben Untersuchungen von Wettbewerbsarbeiten bei Wettbewerbsverfahren für staatliche Baumaßnahmen im Hinblick auf energetische Aspekte eingeführt.

Wir haben außerdem einen eigenen Arbeitskreis an der Obersten Baubehörde geplant. Daran sind der staatliche Hochbau, Experten für das Baurecht, Vertreter des Städtebaus und des Wohnungsbaus beteiligt, außerdem Vertreter des Umweltministeriums, des Wirtschaftsministeriums und der kommunalen Spitzenverbände. Auf den Internetseiten des Innenministeriums haben wir ein zentrales Energieportal „Gebäude und Energie“ veröffentlicht.

Wir haben energetische Sanierungen im Gebäudebestand durchgeführt. Wir haben außerdem Maßnahmen mit einem dringenden energetischen Sanierungsbedarf, die die Bauverwaltung Ende der Neunzigerjahre zusammengestellt hat, aufgelistet. Sie haben vorhin darauf Bezug genommen. Sie haben aber nicht erwähnt, dass wir in diesem Bereich Maßnahmen mit einem Kostenvolumen von über 90 Millionen Euro durchgeführt haben. Wir haben dabei jedoch festgestellt, dass Sanierungen allein aus energetischen Gründen heute in aller Regel wirtschaftlich noch nicht darstellbar sind. Wir führen deshalb energetische Maßnahmen dann aus, wenn wir Sanierungen durchführen. Bei den öffentlichen Gebäuden besteht ohnehin ein erheblicher Modernisierungsbedarf. Wenn irgendeine Sanierung durchgeführt wird, prüfen wir gleichzeitig sorgfältig die Möglichkeit einer energetischen Sanierung. Wir müssen hier an die Wirtschaftlichkeit denken. Wir haben eine Rangliste der Maßnahmen aufgestellt, die mit relativ begrenzten Mitteln zu einem hohen Energieeinspareffekt führen.

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Wörner?

**Staatsminister Dr. Günther Beckstein** (Innenministerium): Ja.

**Ludwig Wörner** (SPD): Herr Minister, ich gehe davon aus, dass Sie mir zugehört haben. Ich habe festgestellt, dass wir mehr Geld brauchen, um die tollen Arbeiten, die zweifellos in Ihrem Haus geleistet worden sind, umzusetzen. Können Sie uns zusagen, dass die genannten zusätzlichen 30 Millionen Euro in den nächsten Jahren zur Verfügung gestellt werden? – Nur das ergibt einen Sinn. Tolle Arbeiten für den Papierkorb reichen nicht aus. Sehen Sie das anders? –

(Beifall bei der SPD)

**Staatsminister Dr. Günther Beckstein** (Innenministerium): Herr Kollege Wörner, wenn wir mehr Geld haben, können wir natürlich mehr machen. Ich möchte jedoch betonen, dass das, was unter finanziellen Gesichtspunkten gemacht werden kann, bereits heute gemacht wird. Das ist unbestreitbar. Aber: Wenn wir ein Vorbild sein wollen, müssen wir auch über die „Ohnehin-Maßnahmen“ hinausgehen und Maßnahmen, die unter wirtschaftlichen Aspekten noch nicht hundertprozentig sinnvoll sind, auf den Weg bringen. Das liegt an den Prioritäten, die wir setzen, aber auch an den Prioritäten, die zum Beispiel in Hochschulen und Universitäten gesetzt werden.

Frau Kollegin Paulig, wir können nicht einerseits den Universitäten und Hochschulen mehr eigene Verantwortung übertragen, ihnen aber andererseits vorschreiben, wie sie ihr Geld zu verwenden haben. Deshalb ist es nicht seriös, Beispiele aus den Hochschulen und Universitäten zu bringen. Sie sollten vielmehr auf die Bereiche eingehen, in denen wir selbst die haushaltsmäßige Verantwortung haben, wo wir unter Umständen unwirtschaftliche Maßnahmen auf den Weg bringen oder die Wirtschaftlichkeit erhöhen können.

Ich sage noch einmal: Bei den „Ohnehin-Maßnahmen“ werden energetische Gesichtspunkte – übrigens über das EEG hinaus – berücksichtigt. Wir bemühen uns darum, vorbildlich zu sein und haben viele Experimente durchgeführt. Hier gab es auch Maßnahmen, die nicht extrem erfolgreich waren. Sie haben vorhin ein Beispiel genannt. Ich räume sofort ein, dass diese Maßnahme nicht hundertprozentig gelungen ist. Die Hintergründe habe ich Ihnen in einer Antwort auf eine Schriftliche Anfrage mitgeteilt.

Es gab jedoch auch Beispiele, bei denen wir hervorragende Erfolge erzielt haben. Bei den Maßnahmen, die nicht ohnehin erfolgen, ist klar, dass wir nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgehen und das zur Verfügung stehende Geld dort verwenden, wo der größte Einspareffekt möglich ist. Wenn wir für solche Maßnahmen mehr Geld bekämen, wäre das sinnvoll. Das hängt jedoch von den Prioritäten ab, die im Haushalt gesetzt werden.

Eine letzte Bemerkung: Ich glaube, wir tun uns keinen Gefallen, wenn wir ohne Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit und die Kosten sanieren. Das wäre nicht vorbildlich. Wir müssen vielmehr in Anbetracht auf die hohe Verantwortung, die wir in Bezug auf Umweltgesichtspunkte haben, prüfen, wie wir Sanierungen verantwortungsbewusst gestalten. Diese Maßnahmen müssen sich nicht in fünf, sechs oder zehn Jahren rentieren. Bei Gebäuden, die erst in einiger Zeit umgebaut werden müssen, sollte jedoch nicht jetzt eine Sanierungsmaßnahme durchgeführt werden.

Ich möchte deutlich sagen, dass das Personal der Obersten Baubehörde mit hoher Fachkenntnis und hohem persönlichen Engagement den Vorbildcharakter über Bayerns Grenzen hinaus sicherstellt. Deswegen wäre es sinnvoll gewesen, wenn der Landtag dieses Thema detailliert beraten hätte. Das wäre ein ernsthafter Ansatz gewesen, bei dem sich eine Diskussion gelohnt hätte. Wenn das Motto jedoch nur „Schaufenster“ heißt, mit Zehn-Minuten-Beiträgen, springen wir zu kurz.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns im Ältestenrat darauf verständigt, dass hier im Plenum keinerlei Handys gebraucht werden. Herr Kollege Gabsteiger, da Sie ein „Wiederholungstäter“ sind, nenne ich Sie namentlich. Ich bitte Sie, darauf zu achten, dass hier keine Handygespräche geführt werden. Die Handys sollen ausgeschaltet sein.

Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich Frau Kollegin Paulig das Wort.

**Ruth Paulig** (GRÜNE): Herr Staatsminister Dr. Beckstein, ich hoffe, dass Sie mit den Wirtschaftlichkeitsberechnungen nicht so lange warten, bis das Barrel Öl 200 Dollar kostet. Bereits 1997 hat der Rechnungshof auf eine Einsparungsmöglichkeit von 15 % hingewiesen. Von den damaligen Energiekosten in Höhe von 200 Millionen DM ließen sich 31 Millionen DM jährlich einsparen.

Zum Personal: Sie haben sicherlich kompetentes und engagiertes Personal. Aber leider darf dieses Personal nicht immer das, was es will. Was es zu tun hat, bestimmt der politische Kopf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zu Ihren Aufstellungen zum Energieeinspar-Contracting. Für ganz Bayern finden sich im letzten Haushalt vier Modellprojekte für insgesamt fünf Millionen Euro. Das ist Ihr großer Wurf beim Energieeinspar-Contracting. Damit kommen wir nicht weit. Setzen Sie sich dafür ein, dass im Haushalt mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Sie haben mir leider nicht gesagt, wie viel Prozent der 8000 bis 9000 Gebäude, die energetisch zu sanieren sind, derzeit bereits saniert sind. Seit 23 Jahren wird dieses Thema vom Rechnungshof angemahnt. Ich habe die Befürchtung, dass wieder einmal die Maxime gilt: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis. Läuft's dann immer noch recht dumm, wechsle ich das Ministerium.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Es antwortet darauf noch einmal Herr Staatsminister Dr. Beckstein.

**Staatsminister Dr. Günther Beckstein** (Innenministerium): Herr Präsident, Frau Kollegin Paulig! Ich bin selbstverständlich gerne bereit, mit meinen Mitarbeitern diese Diskussion im Ausschuss zu führen. Leider wollen Sie dies nicht.

Darum muss ich sagen: Da helfen auch flotte Sprüche nicht. Ich hebe hervor: Wer eine sachlich intensive Diskussion haben will, muss sich dieser stellen. Ich fordere Sie auf, in den Ausschuss zu kommen und dort diese Diskussion zu führen. Dann bin ich bereit, mit Ihnen jedes einzelne Projekt durchzugehen. Ich fordere Sie auf, mit den Mitarbeitern der Obersten Baubehörde, die dabei sind, die Probleme jeder einzelnen Sanierung zu besprechen – was kostet es und was bringt es –; das ist eine seriöse Art und Weise, mit dem Thema umzugehen. Etwas anderes ist es, einen Schaufensterantrag zu stellen und ohne Kenntnis des Geschehenen zu behaupten, es sei nichts geschehen.

Ich sage Ihnen sehr deutlich: Es ist falsch, den Eindruck zu erwecken, in den letzten zehn Jahren wäre nichts geschehen. Das ist falsch und unanständig.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Paulig?

**Dr. Günther Beckstein** (CSU): Wir haben in den letzten Jahren durchgesetzt, dass bei allen ohnehin erfolgten Maßnahmen die energetische Sanierung mit berücksichtigt wird. Wir haben 90 Millionen aufgewendet, um die Liste, die damals aufgestellt worden ist und die Vorhaben, bei denen die Maßnahmen nicht ohnehin durchgeführt werden, auf den Weg zu bringen. 90 Millionen sind in diesen Zeiten eine Menge Geld. Es wäre deutlich mehr notwendig.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Eine Zwischenfrage, Frau Kollegin Paulig?

**Ruth Paulig** (GRÜNE): Ich bitte darum.

Nachdem ich durch Ihren Redebeitrag nicht überzeugt worden bin, Herr Beckstein, lade ich Sie als stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses ein, in einer der nächsten Sitzungen den Bericht zu geben. Vielleicht wissen wir dann mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Diese erfolgt – wie bekannt gegeben – in namentlicher Form. Die Urnen sind wie üblich auf ihren Plätzen aufgestellt. Die Abstimmung beginnt – vier Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16.02 bis 16.06 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit für die namentliche Abstimmung ist abgelaufen. Damit ist die namentliche Abstimmung abgeschlossen. Wie üblich wird das Stimmergebnis außerhalb der Sitzung ermittelt. Wir fahren mit der Beratung der Dringlichkeitsanträge fort.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Renate Dodell, Joachim Unterländer u. a. u. Frakt. (CSU)**

**Kinder brauchen kompetente Eltern und sollen es selbst werden – Vorbereitung auf Partnerschaft und Elternschaft gesellschaftlich breit verankern (Drs. 15/7390)**

und den nachgezogenen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Kinder brauchen Krippen – Handeln statt „Prüfen“ (Drs. 15/7398)**

sowie den nachgezogenen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Dr. Simone Strohmayr, Joachim Wahnschaffe u. a. u. Frakt. (SPD)**

**Kinder brauchen starke Eltern (Drs. 15/7402)**

Erste Rednerin ist Frau Dodell.

**Renate Dodell** (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Kinder und Familie – ein, nein, ich sage, das Megathema der Gegenwart und der Zukunft – ist nicht mehr in der Schublade der Sozialpolitik, sondern ein Thema, das die gesamte Gesellschaft erfasst. Es wächst die Erkenntnis, dass es trotz aller Spaßgesellschaft, trotz aller Singlegesellschaft ohne Familie und ohne verlässliche und gute menschliche Beziehungen nicht geht. Die CSU-Landtagsfraktion hat sich dieses Thema in einer großen Bandbreite schon immer zu eigen gemacht und mit vielen Initiativen bewiesen, dass sie eine zukunftsorientierte und ausgewogene Politik für Kinder und Familien macht, so etwa jüngst das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, jetzt das Erziehungsgeld, unser Antragspaket zur frühkindlichen Erziehung und Bildung und viele andere Beispiele.

Letzte Woche hatten wir in diesem Plenarsaal einen Kinderkongress. Über 500 Teilnehmer dieses Kongresses haben uns bestärkt, diesen Weg weiter zu gehen. Einen wichtigen Punkt greifen wir heute erneut auf und bringen ihn inhaltlich voran: Kinder brauchen starke Eltern. Kinder

brauchen Eltern, die Vertrauen in ihre eigenen, mehr aber noch in die Kräfte ihrer Kinder haben. Viele Eltern sind äußerst verunsichert. Sie möchten bei der Erziehung ihrer Kinder alles richtig machen, vielfach fehlt ihnen aber das natürliche Vorbild, an dem sie sich abschauen können, wie Kindererziehung ganz praktisch aussieht. Was Großfamilien früher leisteten, muss heute durch Angebote der Eltern- und Familienbildung ersetzt werden.

Dieser Aufgabe tragen wir bereits mit einem Antrag aus unserem Antragspaket „Gesamtkonzept für Eltern- und Familienbildung entwickeln“ Rechnung, das mittlerweile finanziert und auf den Weg gebracht ist.

Wir wollen die Erziehung unserer Kinder weder verstaatlichen noch ausschließlich Institutionen anvertrauen, sondern wir vertrauen auf die Eltern.

Wir wollen starke Eltern, die sich kompetent und nicht überfordert fühlen. Und ich stelle auch die Frage: Warum ist das so wichtig? – Neuere Untersuchungen der Bindungsforschung haben klar belegt, dass liebevolle und stabile Beziehungen – also eine gute Bindung, beispielsweise zwischen Kleinkindern und ihren Eltern oder anderen Bezugspersonen wie Großeltern, Tagesmüttern – dass stimmige Bindungen, auch zwischen Schulkindern und Pädagogen, für die persönliche Entwicklung und den Lernerfolg entscheidend sind. Fast noch wichtiger aber sind diese Beziehungen dafür, ob man später selbst gute Bindungen eingehen kann. Gelingende Partnerschaft und Elternschaft sind jetzt und in Zukunft wichtig.

Wir erkennen, dass wir Kinder und Jugendliche schon viel früher als bisher, vielleicht auch anders, auf diese wichtige Aufgabe vorbereiten müssen. Ich habe immer wieder die Forderung nach dem Elternführerschein gehört und, dass es für alle eine Ausbildung gibt, nur nicht für Eltern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da ist sicher etwas dran. Das allein würde bei weitem aber noch nicht ausreichen. In unserem Dringlichkeitsantrag schlagen wir deshalb einige Maßnahmen vor, die aus unserer Sicht diesen Prozess erleichtern und fördern. Und wir sind der Auffassung, dass dieser Prozess breit gesellschaftlich verankert werden muss.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich nenne einige konkrete Punkte: Wir haben in unserer heutigen Gesellschaft viele Einzelkinder. Diesen Kindern fehlt die Erfahrung mit Geschwistern, mit Kleinkindern; anderen Kindern fehlt die Erfahrung mit Großeltern. Wir meinen deshalb, wir sollten schon in die Kindertagesstätten Senioren und Familien mit Kindern jedes Alters einbeziehen, um mehr generationsübergreifende Erfahrungen möglich zu machen.

Wir wollen, dass bestehende Angebote der Eltern- und Familienbildung und das, was wir jetzt neu auf den Weg bringen, stärker mit der Arbeit der Kindertageseinrichtungen vernetzt und koordiniert wird. Wenn ich an dieser Stelle kurz auf die Anträge der Opposition eingehen darf: Ich finde den ersten Punkt des SPD-Antrags richtig. Aber im zweiten Punkt verfallen Sie wieder in Ihre alte Methode.

Wenn wir über Eltern reden, dann reden Sie über Kinderbetreuung, weil Sie die außerhäusliche Betreuung bevorzugen. Das Gleiche gilt für den Antrag der GRÜNEN. Deshalb lehnen wir beide Anträge ab.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Weil Sie nicht verstehen, dass beides zusammengehört!)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wir zwar wissen und das auch in Erziehungs-, Bildungs- und Lehrpläne hineingeschrieben haben, dass Persönlichkeitsbildung und Herzensbildung ganz wichtig sind,

(Renate Ackermann (GRÜNE): Oh, oh!)

wir müssen aber stärker darauf drängen, dass diese Ziele umfassend verwirklicht und umgesetzt werden.

Ein Punkt liegt mir ganz besonders am Herzen, und der ist sehr wichtig. Ich habe drei inzwischen erwachsene Söhne. Ihnen habe ich von Anfang an beigebracht, wie man kocht, wäscht, bügelt und putzt. Meine Söhne machen das auch ganz eigenständig. Ich meine, wir müssen sehr viel stärker als bisher lebenskundliche und lebenspraktische Fragestellungen in allen Schularten und in allen Unterrichtsfächern aufgreifen.

(Beifall eines Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage das ganz bewusst: Es schadet keinem Gymnasiasten, wenn er einen Knopf annähen und eine Suppe kochen kann. Es schadet ihm nicht!

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ja glauben Sie denn, dass das im G 8 möglich ist?)

Es schadet keinem Schüler, wenn im Fach Mathematik beispielsweise das Thema Verschuldung aufgegriffen wird oder die Fragen: „Wie viel Taschengeld habe ich, wie komme ich damit zurecht, wie verhält sich die Höhe meines Taschengeldes zu meinen Wünschen?“

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus?“ – Ich weiß, da und dort wird das von guten Lehrern praktiziert. Wir müssen das aber sehr viel stärker zum Thema machen, als das bisher der Fall war. Ich sage dazu auch ganz bewusst, weil auch der Schule nur ein begrenzter Zeitraum zur Verfügung steht: Wir müssen den Mut haben, da und dort noch mehr auf reines Fakten- und auf Detailwissen verzichten, und solchen Fragen einen größeren Stellenwert einräumen.

Wir müssen auch sehr genau prüfen, beispielsweise jetzt bei der Neukonzeption der Hauptschule, wo es sinnvoll und richtig ist, das Unterrichtsfach Erziehungskunde wieder einzuführen. Vielleicht in einer anderen Art als

früher. Es gibt gute Möglichkeiten, doch wir dürfen das nicht aus dem Auge verlieren.

Wichtig ist uns auch, dass wir gerade an den Schulen die guten Wege, die wir eingeschlagen haben,

(Renate Ackermann (GRÜNE): Das Büchergeld!)

weitergehen. Gute Beispiele gelungener positiver Kommunikation oder gewaltfreier Konfliktlösung an Schulen, Streitschlichterprojekten möglichst an jeder Schule, das ist die Vorbereitung auf Partnerschaft. Solche Formen müssen wir verstärken und auch schulartübergreifend auf den Weg bringen.

Dafür ist es wichtig, das sage ich ganz offen, dass wir diese Überlegungen in der Ausbildung unserer Erzieherinnen und Erzieher, unserer Pädagoginnen und Pädagogen und unserer Lehrkräfte verstärkt aufgreifen, gleichgültig, ob es die Ergebnisse der modernen Bindungsforschung sind oder ob es sich um Fragen handelt, wie Eltern und Pädagogen künftig im Sinne der Kinder besser zusammenarbeiten. Das gilt auch für lebenspraktische und lebenskundliche Themen, die wir in der Ausbildung unserer Erzieher und Pädagogen stärker verankern müssen.

Wichtig ist, und das ist ein eigenes Kapitel, liebe Kolleginnen und Kollegen, welche Rolle die Medien in all diesen Fragen spielen. Wenn ich mir heute im öffentlich-rechtlichen Fernsehen das Familienbild ansehe, dann muss ich feststellen: Es ist mangelhaft. Im Grunde bekommen wir nur Kaputt geliefertes. Es geht überhaupt nicht darum, dass wir nur eine heile Welt aufbauen, die es in dieser Reinform auch gar nicht gibt. Aber wir brauchen gute Vorbilder, wie Familie gelingen kann. Das ist doch unzweifelhaft, und deshalb würde ich mir vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen wünschen, dass man sich das bewusster macht und diesen Auftrag sieht. Noch besser wäre es, wenn wir an einem guten Sendeplatz, beispielsweise am Sonntag Vormittag, eine ähnliche Sendung hätten wie „Die Sendung mit der Maus“, eine Sendung also mit einer guten Konzeption, in der wir aktuelle Fragen der Erziehung aufgreifen und sie so darstellen, dass die Familien sie auch annehmen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt nennen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir fordern einen Cluster „Erziehung und Bildung“.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Cluster?)

Der Begriff Cluster ist für den einen oder anderen vielleicht negativ besetzt. Ich habe auch schon Stimmen gehört, die gesagt haben: Nun wollt ihr die Kinder auch noch in einen Wirtschaftscluster hineinpresse. – Das wollen wir beileibe nicht. Ich verstehe unter einem Cluster eine Plattform, bei dem alle an einem Thema Beteiligten zum Wohle und zum Fortschritt desselben zusammengeführt werden und zusammenarbeiten. Genau deshalb fordern wir einen Cluster „Erziehung und Bildung“, damit sich die Gesellschaft auf derselben Augenhöhe wie die Cluster für

Nanotechnologie, für Biotechnologie, für Medizintechnik oder in anderen Bereichen dem Menschen, vor allem dem jungen Menschen widmet und zuwendet.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Sind Sie bei Ihrem Kinderkongress zu diesem Ergebnis gekommen?)

Wissenschaftler, Praktiker, Kommunen, professionell und ehrenamtlich Tätige sollen zusammengebunden werden, um gemeinsam an einer so wichtigen Frage wie Erziehung und Bildung zu arbeiten. Das ermöglicht uns, dass das Thema Kinder und Familie, letztendlich aber das Thema Mensch, ins Zentrum unserer Politik zu rücken. Dieses Thema ist genau so wichtig wie das Thema Innovation und Wettbewerb oder wie alle anderen Themen. Ich mag den Begriff „Human Ressource“ eigentlich nicht besonders, aber dieser Begriff umschreibt treffend, dass eine Gesellschaft dann zukunftsfähig ist, und die Zukunft erfolgreich meistern kann, wenn die Menschen gut und werthaltig erzogen worden sind, und wenn die Menschen kompetent sind für die Aufgaben, die auf sie zukommen, wenn die Menschen gut gebildet sind. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Ackermann.

**Renate Ackermann (GRÜNE):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als ich den überaus revolutionären CSU-Antrag

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und bei der SPD)

gelesen habe, da habe ich mich erst einmal gefragt, was das jetzt eigentlich soll.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Ein Cluster!)

Aber dann ist es mir eingefallen: Sie haben heute Abend ein Gespräch mit der Bundesfamilienministerin, und da müssen Sie irgendetwas vorweisen. Deshalb müssen wir heute diesen Antrag über uns ergehen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn es denn überhaupt ein Antrag wäre! Es ist aber noch nicht mal einer. Denn das, was Sie da hineinschreiben, können wir überhaupt nicht beschließen. Wir können nicht beschließen, dass Kinder starke Eltern brauchen. Wo wollen Sie das denn anordnen? Mir fehlen die Worte für so eine Formulierung. Es steht hier:

Der Landtag wolle beschließen: Kinder brauchen starke Eltern.

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Und, noch schlimmer: Im nächsten Absatz schreiben Sie:

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert zu prüfen – –

Das heißt, es wird überhaupt noch nichts gemacht und auch noch nichts beschlossen, sondern erst einmal soll die Staatsregierung prüfen, ob Kinder starke Eltern brauchen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Sie müssen den ganzen Antrag lesen! Grauensvoll!)

Dieser Antrag ist ein absolutes Armutszeugnis, sogar für Ihre Fraktion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich schlage Ihnen stattdessen vor, endlich einmal Ihre Hausaufgaben zu machen. Es geht nämlich darum, gesellschaftliche Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Kinder starke Eltern haben können, dass sie stark sein können.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Dafür schaffen Sie aber keine Voraussetzungen, sondern Sie schwächen die Eltern, wo Sie nur können, indem Sie so handeln, wie Sie handeln. Das werde ich Ihnen jetzt gleich anhand Ihres eigenen Antrags vorstellen.

Sie schlagen zum Beispiel vor, dass man in Kindertageseinrichtungen Senioren und Familien mit Babys einladen sollte, übersetzt: Sie schlagen vor, dass man Omas und Opas sowie Frauen mit Neugeborenen in den Kindertageseinrichtungen zur Betreuung von Kindern einsetzen soll.

(Renate Dodell (CSU): Nein, eben nicht! Aber ihr kapiert es ja gar nicht!)

Ehrenamt, danke! Das ist so etwas Erbärmliches. Stellen Sie lieber Erzieherinnen ein, die gut qualifiziert sind.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Sie fordern, der Bildungs- und Erziehungsplan solle weiterentwickelt werden. Ja, setzen Sie ihn doch endlich einmal um, dann sind wir schon einen Schritt weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Mit einem vernünftigen Personalschlüssel!)

Sie fordern, schulübergreifend soll Partnerschaft in Kindertagesstätten und Schulen gestärkt werden. Mit Erzieherinnenmangel und mit Lehrermangel werden Sie schul-

übergreifend überhaupt nichts machen, weil Sie nämlich keine Kapazitäten dafür haben.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Ich sage Ihnen etwas: Durch die Einführung haben Sie nicht nur die Schulen geschwächt, sondern Sie haben auch die Ehrenamtlichen sowie die Vereine und Verbände geschwächt. Denn die Kinder haben keine Zeit mehr, dorthin zu gehen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Aber Sie fordern doch die Ganztagschulen!)

Sie begeben sich mit Ihrer blödsinnigen Politik Ihres eigenen Nachwuchses.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Sie haben über Monate hinweg nichts verstanden!)

– Bei diesem Antrag ist es eine Ehre, nichts zu verstehen. Der ist absolut blödsinnig.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Ich will mich aber jetzt nicht länger bei Ihrem Antrag aufhalten, denn das lohnt sich nicht. Wir haben Ihrem Antrag, der ein Prüfantrag ist, einen Antrag entgegengestellt, bei dem wir Sie zum Handeln auffordern. Sie sollen nämlich handeln, nicht prüfen, und deshalb fordern wir Sie auf, bei den Elternbeiträgen für Kinderkrippen durch staatliche Zuschüsse endlich dafür zu sorgen, dass die Elternbeiträge nicht so hoch sind, dass die Eltern sich die Beiträge nicht leisten können. Ich habe eine Beitragsaufstellung mitgebracht. Die Beiträge sind so hoch, dass sie sich kein Mensch leisten kann. Vielleicht ist das ja auch gewollt.

Unser Antrag geht dahin, dass diese Elternbeiträge abgesenkt werden auf das Niveau des Elternbeitrags in Kindergärten.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Sie machen sich jetzt immerhin Gedanken über Kinder – wir tun das schon länger. Deshalb haben wir immer wieder gesagt: Wir müssen Kinder in den Mittelpunkt stellen. Wir brauchen eine Stärkung im frühkindlichen Bereich, wir brauchen Betreuungsmaßnahmen, wir brauchen frühkindliche Bildung, wir brauchen Kinderkrippen. Wir brauchen kein Spargesetz, wie Sie es mit dem Bay-KiBiG herausgebracht haben. Wir brauchen einen fließenden Übergang zur Grundschule, wir brauchen keine riesigen Eingangsklassen mit 31 Kindern, wie in West-Mittelfranken flächendeckend vorhanden. Wir brauchen eine neunjährige gemeinsame Schulzeit und keine frühe Selektion.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir brauchen Ganztagschulen und wir brauchen einen Unterricht, der die Kinder mitnimmt und in den Mittelpunkt stellt, der kleine Klassen und gut ausgebildete Lehrer hat. All das verhindern Sie systematisch, und zwar in jedem Bereich.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Ihr Wunschzettel fürs Christkind, als Dringlichkeitsantrag getarnt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie durch Ihre Spargesetze letztendlich die Grundlagen für eine vernünftige Bildung und Erziehung schon längst zerstört haben. Stellen Sie endlich die Kinder in den Mittelpunkt! Tun Sie etwas, reden Sie nicht nur und hören Sie endlich auf mit Ihren scheinheiligen Schaufensteranträgen. Stimmen Sie unserem Antrag zu, dann haben Sie heute wenigstens etwas geschafft.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Ums Wort gebeten hat Frau Staatsministerin Stewens. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

**Staatsministerin Christa Stewens** (Sozialministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Ackermann, Sie sollten sich hier nicht in Formalismen verlieren, sondern Sie sollten auf den Kern dieses Antrags der CSU-Fraktion stoßen. Leider Gottes, nehme ich an, nachdem ich Ihre Rede gehört habe, sind Sie damit ein Stück weit überfordert.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Worum geht es denn bei den Problemen? Wir diskutieren landauf, landab, dass wir zurzeit Eltern haben, die in der Erziehungskraft und in der Erziehung ihrer Kinder ein Stück weit überfordert sind.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Völlig unumstritten!)

Es gibt Unsicherheiten bei der Erziehung, aber ich sage gleichzeitig: Bitte nicht verallgemeinern. Wir haben in vielen Bereichen gelingende Erziehung und gute Elternschaft.

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Frau Staatsministerin, gestatten Sie – –

**Staatsministerin Christa Stewens** (Sozialministerium): Nein, ich habe nur fünf Minuten. Da kann ich keine Zwischenfragen zulassen.

Aber wir wissen natürlich auch, dass auf der anderen Seite Verwahrlosungstendenzen bei unseren Jugendlichen, bei unseren Kindern immer stärker zunehmen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Und bei den Eltern!)

Vor diesem Hintergrund zielt dieser Antrag darauf ab, dass wir auf der einen Seite mehr tun im Bereich der Kinderbetreuung, der Bildung der Eltern, der Stärkung der Familienbildung und der Erziehungskraft unserer Eltern und dass wir auf der anderen Seite unsere Kinderbe-

treuungseinrichtungen zu Bildungseinrichtungen für die Eltern umbauen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Guter Ansatz, aber dazu braucht man Geld!)

Den Kern dieses Antrags haben Sie überhaupt nicht gesehen. Deshalb meine ich, wir sollten uns alle darüber im Klaren sein, dass frühkindliche Bildung ungeheuer wichtig ist.

Frau Kollegin Ackermann, dann nennen Sie die Kinderkrippenbeiträge. Wissen Sie, wo die Krippenbeiträge am höchsten sind? – In der Landeshauptstadt München.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Hört, hört!)

Wissen Sie, warum wir hier die höchsten Kinderkrippenbeiträge haben? – Hören Sie ruhig mit Geduld zu. Weil in München 30 % über die Jugendhilfe laufen und weil die Landeshauptstadt wie folgt vorgeht: In der Kalkulation der Elterngebühren werden die ausfallenden Elterngebühren in die Elterngebühren der zahlenden Eltern eingerechnet.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist ja wie bei den Studiengebühren! – Christa Steiger (SPD): Wissen Sie, wie viele Krippen es in München gibt?)

Vor diesem Hintergrund, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind ausgerechnet in der Landeshauptstadt München – es tut mir leid, Herr Kollege Beyer, wenn sie es ungern hören, aber es ist so – die Elterngebühren bei Kindergärten, Horten und Krippen am höchsten. Da sollten Sie sich nicht an den Freistaat wenden, sondern an den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München. Er wäre eigentlich der richtige Adressat.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Aber da gibt es eine soziale Staffelung!)

– Ich glaube schon, dass das weh tut, aber es ist halt so.

Dann möchte ich Ihnen noch etwas sagen.

Sie haben in Ihrem Antrag die für die Eltern beitragsfreien Kindergärten wieder aufgeführt.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Das ist eine schöne Geschichte, die würde ich gerne machen. Ich habe den Kommunen gesagt, ich bin einverstanden. Aber ich habe es nicht gemacht, denn ich habe das Geld nicht, Herr Kollege Wahnschaffe.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Sie hätten es schon, wenn Sie es richtig einsetzen würden!)

Wenn ich das Geld hätte, würde ich es in die Qualität der Betreuung investieren, sprich den Personal-Kind-Schlüssel verbessern. Sie kennen alle die Probleme, die wir zugegebenermaßen haben. Ich habe im letzten Jahr circa 100 Veranstaltungen zum Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz durchgeführt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir wissen doch, dass wir, wenn wir zusätzliche finanzielle Mittel hätten, in die Qualität in die Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen investieren sollten,

(Zurufe von der SPD)

das heißt, individuell in jedes Kind.

Hören Sie mit Ihrer Forderung auf, wir sollten elternbeitragsfreie Kindergartenplätze schaffen! Damit habe ich nämlich die frühkindliche Bildung überhaupt nicht verbessert; damit habe ich nicht die Qualität verbessert, sondern den 70 % der Eltern, die nicht unter die wirtschaftliche Jugendhilfe fallen, den Elternbeitrag ersetzt. Deswegen sollten Sie sich hier Ihre Politik exakt überlegen. Denn die Kinder haben davon nichts. Ich habe es durchaus der CSU-Fraktion und Frau Kollegin Dodell zu verdanken, dass ich gerade im Bereich der Qualität und der Förderung der Elternbildung sowie der Erziehungskraft auf den unterschiedlichsten Gebieten 1 Million Euro mehr investieren kann. Dafür ein herzliches Dankeschön; denn da helfen wir jedem einzelnen Kind und den Familien für eine gelingende Elternschaft.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Zu einer Zwischenbemerkung: Frau Kollegin Ackermann. Bitte.

**Renate Ackermann (GRÜNE):** Frau Staatsministerin, nur zur Erhellung der Elternbeiträge für Krippen: In Bamberg werden im Monat 295 Euro für einen Krippenplatz plus 40 Euro für ein Mittagessen verlangt. Zeigen Sie mir die allein erziehende Mutter – und gerade die sind darauf angewiesen –, die sich pro Monat 330 Euro für einen Krippenplatz leisten kann! Sie sagen, in München seien die Beiträge noch höher. Ich bezweifle dies, denn ich habe Zahlen aus München vorliegen, die darunter liegen. Zum anderen: Warum sind sie so teuer? – Weil es woanders überhaupt keine Krippen gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Frau Staatsministerin, Sie können gerne darauf antworten, bitte schön.

**Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium):** Ich habe nur noch 30 Sekunden Zeit.

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nein, das hat nichts mehr mit der Redezeit zu tun. Sie haben zwei Minuten Zeit, Sie können jetzt darauf antworten.

**Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium):** Liebe Frau Kollegin, in München erreichen die Elternbeiträge für Krippenplätze bis zu fünf Stunden bis zu 421 Euro. Ich möchte Ihnen nochmals kurz etwas sagen: Ich persönlich bin wirklich nicht der Ansicht, dass man derart hohe Elternbeiträge verlangen sollte, weil man auch die Situation unserer Eltern bedenken sollte. Ich habe mich übrigens mit Oberbürgermeister Ude über dieses Thema ausgetauscht. Er sagte, in Münchens Krippen seien vorrangig Kinder von Eltern, die beide beispielsweise Ärzte und Rechtsanwälte seien.

(Zuruf von den GRÜNEN: Die können es sich leisten!)

– Deswegen, so Oberbürgermeister Ude, könnten in München für die Krippenplätze etwas höhere Elternbeiträge verlangt werden.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Deswegen hat die Landeshauptstadt München ebenso wie viele andere Kommunen die Beiträge nach den Einkommen der Eltern und gleichzeitig nach der Anzahl der Kinder gestaffelt. Ich möchte Ihnen aber nochmals sagen: Die Plätze für Kinder unter drei Jahren werden vom Freistaat doppelt gefördert. Es besteht für die Kommunen keineswegs ein Anlass, so hohe Elternbeiträge zu verlangen.

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Frau Kollegin Kamm, es gibt nur *eine* Zwischenbemerkung.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Entschuldigen Sie, Frau Kollegin. Ich darf Sie auf die Geschäftsordnung aufmerksam machen. Wir waren nicht mehr in der Debatte, sondern bei der Zwischenbemerkung. Ich weiß nicht, warum Sie mich in der Führung der Sitzung immer ermahnen müssen. Jetzt hat Frau Kollegin Dr. Strohmayer das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Dr. Simone Strohmayer (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! „Kinder brauchen starke Eltern“, so lautet der erste Satz in Ihrem Antrag. Da gebe ich Ihnen durchaus recht. Die Erziehungsarbeit der Eltern ist wichtig; denn Kinder lernen nicht nur in der Schule, sondern auch in den Familien, das ist unbestritten. Es ist wichtig, die Familien zu stärken, damit sie die Erziehungsarbeit leisten können. Aber mir zeigt schon Ihr Umgang mit diesem Thema, allein die Art, wie Sie Ihren Antrag gestellt haben, – –

(Zuruf der Abgeordneten Renate Dodell (CSU))

Ich stelle zunächst fest: Er ist ein Dringlichkeitsantrag. Es ist jetzt auch klar geworden, warum Sie einen Dringlichkeitsantrag gestellt haben: Sie haben eine „Kinderkonferenz“ gebraucht, um sich über dieses Thema überhaupt klar zu werden,

(Beifall bei der SPD)



über ein Dauerthema, das Sie seit Jahren beschäftigen müsste und das wichtig ist. Sie versuchen heute in einer Plenarsitzung, einen Dringlichkeitsantrag mit 11 Spiegelstrichen abzuhandeln. Da kann ich doch nur mit Herrn Dr. Beckstein sprechen, der vorhin gesagt hat: Wir brauchen eine ehrliche, eine ernsthafte Auseinandersetzung. Schaufensteranträge helfen uns nicht weiter.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Antrag hätte in den Ausschuss gehört. Dort hätten wir sicherlich über den einen oder anderen Spiegelstrich debattieren können. Mit Sicherheit stecken in dem Antrag gute Ansätze. Aber hier ist mit Sicherheit der falsche Ort, um über dieses Thema ernsthaft und ehrlich zu reden.

(Beifall bei der SPD)

Schade ist auch, dass Sie die Staatsregierung nicht zum Handeln aufgefordert haben, sondern wieder einmal nur prüfen lassen, sodass es auch in Zukunft nicht zu Handlungen kommt und wir nicht weiterkommen.

Elternbildung ist wichtig. Wir brauchen – das hat die Ministerin angesprochen – ein niederschwelliges Angebot. Es ist wichtig, Kindergärten zu Familienzentren auszubauen. Das hat die SPD im Übrigen seit Jahren gefordert.

(Beifall bei der SPD)

Aber Sie haben das immer abgelehnt. Jetzt sind Sie selbst darauf gekommen, dass wir derartige Familienzentren brauchen; das ist schon einmal positiv.

Ich möchte allerdings auch fragen: Was haben Sie in den letzten Jahren getan? Sie, die Sie in der Regierungsverantwortung sind, haben die Familienberatung zuerst gekürzt und dann wieder etwas draufgelegt. Es gibt in Bayern, wohin man auch kommt, zu wenig Erziehungsberatungsstellen; die kommen mit ihrer Arbeit kaum nach. Auch die Jugendhilfe wurde in den letzten Jahren auf nahezu allen kommunalen Ebenen gekürzt. Sie haben auf Bundesebene das kommunale Entlastungsgesetz – KEG – gefordert. Ich warte darauf, wie lange es dauern wird, bis Sie eine neue Initiative starten werden.

(Beifall bei der SPD)

Frau Stewens, Sie haben richtig gesagt, Familien bräuchten Hilfe, Familien bräuchten niederschwellige, aufzusuchende Angebote. Eine Möglichkeit hierfür ist, Kindergärten in Familienzentren umzuwandeln; auch das wollen Sie jetzt. Das ist positiv. Aber es ist natürlich eine Ironie, dass Sie das jetzt fordern, da Sie die Kinderbetreuungseinrichtungen durch das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz derart geschwächt haben.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen jetzt zusätzliche Lasten aufzubürden, wird ohne ehrliche Finanzausstattung nicht möglich sein.

(Beifall bei der SPD)

Wichtig wird es sein, dass zukünftig die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe besser klappt. Wir brauchen Schulsozialarbeit, Ganztagschulen und vieles mehr.

Ich möchte aber auch daran erinnern, dass wir auch an diejenigen denken müssen, die die Erziehungsarbeit nicht mehr leisten können. Schon über ein Drittel aller Kinder wird heute in außerehelichen Beziehungen geboren. Es gibt viele Doppelverdiener-Ehen; denn in vielen Familien müssen beide Partner arbeiten. Es gibt zunehmend viele Familien mit sozialen Problemen, Krankheiten, psychischen Belastungen und Drogenproblemen. Es ist festzustellen, dass der Druck auf die Familie allgemein zunimmt. Vernachlässigung und Misshandlung sind in diesem Zusammenhang ein Aspekt; Sie haben ihn selber angesprochen.

Wir stärken Eltern am Besten, indem wir die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf endlich so gestalten, dass die Eltern nicht mehr so unter Druck stehen und nicht mehr so kämpfen müssen.

Frau Dodell, Sie haben davon gesprochen, dass wir die Eltern nicht überfordern sollen. Das ist richtig. Wir wollen die Eltern nicht überfordern. Denken Sie aber doch einmal daran, wie heute Familie und Beruf miteinander vereinbart werden können.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage Sie: Wer soll denn in den Familien die Erziehungsarbeit leisten, wenn oft keine erwachsene Person anwesend ist? Ich kenne viele berufstätige Väter und Mütter, die alle darüber klagen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ihre private Angelegenheit ist, dass sie zu wenig Zeit für ihre Kinder haben, um Erziehungsarbeit zu leisten, dass die Kinder Nachmittage lang vor dem Fernseher oder am Computer sitzen. So sieht doch die Realität aus. Daran darf man einfach nicht vorbeischaun.

(Beifall bei der SPD)

Um hier etwas zu ändern, müssen wir die Rahmenbedingungen verändern. Ganz wichtig ist dabei aus meiner Sicht ein Anspruch auf Kinderbetreuung für Kinder im Alter von null bis 14 Jahren. Das bedeutet keine Zwangsbetreuung, wie Sie es immer darstellen. Ein Anspruch heißt, dass alle die, die Betreuung brauchen, auch Kinderbetreuung bekommen sollen. Das bedeutet nicht, dass jedes Kind zwangsweise betreut werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen ausreichend Betreuungsplätze insbesondere für Kinder im Alter unter drei Jahren und für Kinder im Alter über sechs Jahren. Ich bringe immer wieder gern das Beispiel aus dem Landkreis Augsburg. Dort gibt es für 1,9 % der Kinder im Alter unter drei Jahren eine Kinderbetreuung. Bei einer Umfrage haben wir aber festgestellt, dass 37 % aller Eltern Kinderbetreuung wünschen. So sieht die Realität bei uns in Bayern aus. Daran müssen wir endlich etwas ändern.

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Unterländer?

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Ja, gerne.

**Joachim Unterländer (CSU):** Frau Kollegin Strohmayr, teilen Sie meine Auffassung, dass für eine Stärkung der Eltern im Erziehungsprozess ein Ausbau der Kinderbetreuung allein nicht reicht, sondern dass man dazu den Eltern Unterstützung geben muss? – Dann wäre Ihre Aussage nämlich zu kurz.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das hat sie doch aufgelistet! Da haben Sie nicht aufgepasst!)

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Herr Unterländer, da haben Sie mir nicht zugehört. Ich habe sehr wohl gesagt, dass beides notwendig ist. Auf der einen Seite muss die Möglichkeit gegeben sein, dass die Kinder eine Betreuung bekommen, wenn sie sie benötigen. Auf der anderen Seite ist aber auch Erziehungsberatung notwendig.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Erst die Mittel für die Erziehungsberatungsstellen kürzen und dann sagen, wir brauchen sie! – Joachim Unterländer (CSU): Das ist die Unwahrheit!)

Ich glaube, Sie haben vorhin mit Frau Stewens geredet, als ich das gesagt habe. Ich kann es Ihnen aber gerne schriftlich zukommen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Weiter brauchen wir eine qualitätsorientierte Betreuung. Bildungspläne sollen nicht nur geschaffen oder erneuert werden, sondern sie müssen in erster Linie umgesetzt werden. Die Bedingungen dafür, dass sie umgesetzt werden können, müssen geschaffen werden. Wir brauchen in den Kinderbetreuungseinrichtungen mehr Personal. Das ist der wichtigste Faktor. Wir brauchen mehr frühkindliche Bildung, mehr Sprachförderung, wir müssen Schule und Kindergärten verzahnen. Wir müssen Lehrer in die Kindergärten und Erzieher in die Schulen schicken. Das könnte mit Sicherheit ein Weg sein, um eine bessere frühkindliche Bildung zu erreichen.

Wir müssen die Erzieherausbildung reformieren. Ich glaube aber auch, dieses Thema gehört in den Ausschuss. Wir sollten darüber im Detail im Ausschuss reden.

Letztendlich glaube ich, dass wir für Bildung Zeit brauchen. Wir wollen den Kindern nicht immer etwas Neues eintrichtern, sondern sie müssen es auch begreifen. Ganz wichtig sind Ganztagsbetreuungsangebote oder Ganztagschulen.

Natürlich muss auch die Elternarbeit in den Betreuungseinrichtungen intensiviert werden. In der Betreuungseinrichtung „KIDS“ in Günzburg, die von der Wirtschaft mitfinanziert wird, wird das hervorragend gemacht. Dort liegt in jeder Gruppe ein kleines Heft aus, in dem die Eltern

jeden Tag sehen können, was mit der Gruppe gemacht wurde. Das ist beispielhaft, aber das kann auch nur dort geleistet werden, wo der Personal-Kind-Schlüssel angemessen ist.

Wir brauchen eine kostenlose Kinderbetreuung. 8 bis 10 % der Kinder besuchen keinen Kindergarten. Natürlich können wir mit Kostenlosigkeit erreichen, dass auch diese Kinder einen Kindergarten besuchen und sich so auf die Schule vorbereiten können. Kinderbetreuung ist Bildung, und der Zugang zu Bildung muss kostenfrei sein.

Zum Inhalt Ihres Antrags. Ich glaube nicht, dass es richtig ist, für jedes Problem ein Fach zu installieren. Ich erinnere daran, dass Sie selbst das Fach Erziehungslehre abgeschafft haben. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir in den Schulen mehr Zeit für Lebenskunde, für das Erlernen von Konfliktfähigkeit, für gewaltfreie Lösungen, für Herzensbildung usw. haben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Frau Kollegin, einen Augenblick bitte. Bei diesem Thema wäre es wirklich angenehm, wenn sich alle, die hier im Plenarsaal sind, den Rednerinnen und Rednern zuwenden würden. Ich möchte Sie noch einmal darum bitten, wer etwas zu besprechen hat, möge bitte nach draußen gehen. Im Übrigen darf ich noch anmerken, dass zu Beginn der Sitzung die Höflichkeit angesprochen worden ist. Das gilt für alle Rednerinnen und Redner, und nicht nur für bestimmte, die hier am Pult stehen.

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Wir brauchen an der Schule mehr Zeit. Ich habe es schon angesprochen. Ganztagschulen wären eine Möglichkeit, dieses Problem zu lösen. Es gibt auch andere Ansätze, um Kinder selbstbewusst zu machen. Individuelle Förderung ist sicher ein Stichpunkt, der in diesem Zusammenhang ganz wichtig ist.

Ihr Antrag hat mich ein bisschen an die „Bräute-Schule“ vergangener Jahre erinnert. Ich glaube aber, das wäre ein Schritt in die falsche Richtung. So möchte ich das nicht verstanden haben.

Bei vielen Ihrer Forderungen kann man sich fragen, ob sie zielführend sind. Sie haben die Staatsregierung nur zur Prüfung aufgefordert. Wir wären dankbar, wenn über die Prüfung im Ausschuss auch berichtet würde, damit wir über den einen oder anderen Punkt inhaltlich diskutieren können. Wir werden uns im Übrigen bei Ihrem Antrag ebenso wie beim Antrag der GRÜNEN enthalten.

(Beifall bei der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Für eine Zwischenbemerkung hat sich Frau Kollegin Kamm gemeldet.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Meine Zwischenbemerkung kommt jetzt etwas zu spät, weil Frau Stewens nicht mehr im Saal ist.

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Frau Kollegin, Sie können nur zum Beitrag von Frau Kollegin Dr. Strohmayer eine Zwischenbemerkung machen.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Frau Kollegin Strohmayer, schätzen Sie ebenso wie wir die Situation in den Kommunen als dramatisch ein? Bei den Kinderkrippen gibt es lange Wartelisten. Bei den jetzigen Rahmenbedingungen haben die Kommunen Schwierigkeiten, eine ausreichende Anzahl von Kinderkrippen zu schaffen. Wie schätzen Sie die Bemühungen der Staatsregierung und die Einsicht der Staatsregierung in diese Probleme ein?

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Frau Kollegin Dr. Strohmayer, möchten Sie darauf antworten?

**Dr. Simone Strohmayer (SPD):** Sie haben noch ein wichtiges Thema angesprochen. Ich glaube, dass die Bemühungen der Staatsregierung leider nicht ausreichend sind. Wir haben in den vergangenen Monaten erleben müssen, dass die Staatsregierung total uneinsichtig ist. Die CSU hat die Änderungsanträge, die wir zum Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz eingebracht haben, im Ausschuss immer nur abgelehnt. Sie negiert die Situation. Der Druck auf die Kommunen ist enorm. Viele wissen nicht, wie sie Kinderbetreuungseinrichtungen schaffen können. Vermehrt stelle ich bei Betreuungseinrichtungen für kleine Kinder fest, dass sie mit dem Faktor, den ihnen das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz zumisst, den Qualitätsansprüchen überhaupt nicht zurecht kommen. Hier muss schnellstmöglich eine Änderung erfolgen. Ich kann nur alle Anwesenden auffordern, dass wir schnellstmöglich im Ausschuss darüber debattieren.

(Beifall bei der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Jetzt hat sich noch Frau Kollegin Stierstorfer zu einem Redebeitrag gemeldet. Das ist jetzt eine große Kunst, Sie haben nur mehr 55 Sekunden, Frau Kollegin.

**Sylvia Stierstorfer (CSU)** (von der Rednerin nicht autorisiert): Frau Dr. Strohmayer, Sie haben viele unserer Punkte aufgegriffen. Das zeigt doch die Richtigkeit und Wichtigkeit des Dringlichkeitsantrags. Ich kann nicht verstehen, dass Sie diesen Antrag mit einer Bräuteschule vergleichen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer (SPD))

Wenn Sie mit jedem zweiten Wort die Betreuung ansprechen, dann haben Sie den Antrag nicht richtig verstanden. Hier geht es letztlich um die Partnerschaft und die Stärkung der Eltern, damit sie ihrer Erziehungsverantwortung gerecht werden können. Für uns ist es wichtig, dass wir uns generationenübergreifend stärker vernetzen und dass wir unser Angebot mit dem Fach Erziehungskunde in der Schule ergänzen. Das sind unsere Schwerpunkte. Hier geht es um die Stärkung der Eltern und nicht nur darum, Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer (SPD))

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Frau Kollegin Dr. Strohmayer, das war eine Zwischenbemerkung; darauf können Sie schlecht antworten, aber Sie haben noch Redezeit. Zunächst hat sich aber zu einer weiteren Zwischenbemerkung Frau Kollegin Dodell gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Renate Dodell (CSU):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sowohl Frau Kollegin Dr. Strohmayer als auch Frau Kollegin Stierstorfer haben das Stichwort der „Bräuteschule“ aufgegriffen. Die „Bräuteschule“ ist als Rückschritt betrachtet worden. Ich sage, das ist ein inhaltlich ein Schritt in die richtige Richtung, nämlich in die Zukunft.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Da kann der Seehofer reingehen!)

Es schadet überhaupt nicht, wenn junge Menschen heute in lebenskundlichen und lebenspraktischen Fähigkeiten ausgebildet werden, sodass sie ihr eigenes Leben meistern können. Dazu gehören nämlich nicht nur geistige Höhenflüge, sondern auch die Praxis des Alltags. Das müssen wir jungen Menschen vermitteln, weil erst dann die Grundlage dafür vorhanden ist, dass man Erziehung und familiäre Gemeinschaft meistern kann. In diesem Sinne ist es bedauerlich, dass sich die SPD – wie so oft – auf die Enthaltung zurückzieht. Da braucht man keine Position zu beziehen, aber man hilft auch sich selbst und der Sache nicht weiter.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Frau Kollegin Stierstorfer, wollen Sie dazu noch etwas sagen? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Frau Kollegin Dr. Strohmayer für einen Beitrag ans Rednerpult bitten.

(Joachim Unterländer (CSU): Wie lang?)

– 1 Minute und 36 Sekunden, Herr Kollege.

**Dr. Simone Strohmayer (SPD):** Ich finde es immer wieder interessant, dass Sie einfach nicht verstehen wollen, dass zur Stärkung der Eltern auch ein gutes Betreuungsangebot gehört. Ich sage extra, es gehört „auch“ dazu. Natürlich gehören Elternbildung und Betreuung dazu. Beide Themen sind gleichberechtigt. Das wollen Sie nicht verstehen. Sie wollen den Einrichtungen jetzt, nachdem Sie sie geschwächt haben, noch zusätzliche Aufgaben aufbürden. Das geht doch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Schaffen Sie doch in den Betreuungseinrichtungen und Schulen erst einmal die Situation, dass die Kinder das lernen können, was sie nach Ihrem Antrag lernen sollen. Schaffen Sie doch erst einmal dafür die Bedingungen.

(Beifall bei der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Zwischenbemerkung: Herr Kollege Prof. Dr. Waschler.

**Prof. Dr. Gerhard Waschler** (CSU): Frau Kollegin Dr. Strohmayr, können Sie erklären, warum Sie eigentlich so aufgeregt sind?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Ich fahre in der Rednerliste fort. Frau Kollegin Ackermann hat sich gemeldet.

(Unruhe)

**Renate Ackermann** (GRÜNE): Dass der Begriff der Bräuteschule heute schon zum zweiten Mal gefallen ist, zeigt mir, in welchem Jahrhundert Sie noch leben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich fordere Sie auf: Gendern Sie endlich die Bräuteschule! – Oder ist die Bräuteschule das neue Erziehungscluster der CSU?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Übernehmen Sie endlich dort Verantwortung, wo Sie Verantwortung haben, nämlich beim Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, bei den Kinderkrippen und in der Schule, und lassen Sie die Eltern in Ruhe. Die sind kompetent und brauchen Sie nicht dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 15/7390 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/7398 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 15/7402 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben damit die Beratung der Dringlichkeitsanträge für heute beendet. Die nicht mehr aufgerufenen Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 15/7391, 15/7392, 15/7393 mit dem Änderungsantrag auf Drs. 15/7405 und 15/7394 werden den Ausschüssen überwiesen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 4 a auf:

### **Erste Lesungen zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen**

Die zur Überweisung anstehenden Gesetzentwürfe sind in der Anlage 2 aufgeführt. Die Liste enthält zu jedem Gesetzesvorhaben auch einen Zuweisungsvorschlag hinsichtlich des als federführend angesehenen Ausschusses. Gibt es dazu noch Änderungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zu Beschlussfassung über die Zuweisungen.

Wer mit der Überweisung der in der Anlage 2 zur Tagesordnung enthaltenen Gesetzentwürfe an die zur Federführung vorgeschlagenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Die Gesetzentwürfe werden damit diesen Ausschüssen zur Federführung zugewiesen.

(siehe Anlage 2)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 4 b auf:

### **Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (Drs.15/7252) – Erste Lesung –**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Herr Staatsminister Dr. Beckstein, bitte.

**Staatsminister Dr. Günther Beckstein** (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zur Begründung des Gesetzentwurfs einige Bemerkungen machen. In der ersten Regelung des Gesetzentwurfs in Nummer 1 des § 1 ist vorgesehen, dass ein Vierter Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs nach Ansbach verlegt wird – eine Maßnahme zur Stärkung der Regionen. München wird dadurch nicht ärmer; Ansbach wird allerdings deutlich gestärkt. Ich glaube, das ist eine richtige und notwendige Maßnahme. Der zeitliche Ablauf ist mit dem Präsidium des Verwaltungsgerichtshofs abgesprochen, sodass die Verlegung in einer vernünftigen Weise umgesetzt werden kann.

§ 1 Nummer 2 des Gesetzentwurfs betrifft grundlegende Fragen des Widerspruchsverfahrens, das vor Erhebung einer Verwaltungsklage durchzuführen ist. Wir haben hierzu in den vergangenen Jahren in Mittelfranken einen Pilotversuch durchgeführt. Ich weise darauf hin, dass auch in vielen anderen Bundesländern die Frage des verwaltungsgerichtlichen Vorverfahrens unterschiedlich bewertet wird. Ich weiß auch, dass das Vorverfahren in

der Anwaltschaft sehr unterschiedlich gesehen wird. Ich war in diesem Bereich selbst viele Jahre lang tätig. Neulich war ich mit Freunden von der Nürnberger Anwaltskammer zusammen. Die Meinungen waren sehr unterschiedlich. Es gab Leute, die gesagt haben, das ist Zeit- und Geldverschwendung, weil insbesondere dann, wenn der Widerspruch gegen den Verwaltungsakt einer großen Stadt eingelegt wird, die Begründung der Widerspruchsbehörde zumeist nicht wesentlich vom Ausgangsbescheid abweicht.

Es gibt andere, die sich sehr differenziert und zum Teil sehr positiv äußern.

Wir haben nach dem Pilotversuch nur eine Evaluierung. Ich will an diesem Punkt ganz deutlich machen, dass ich mich nicht sklavisch an die Ergebnisse der Evaluierungskommission gehalten habe, die sich zum Teil auf eine eingeschränkte Datengrundlage gestützt haben. Ich habe versucht, deutlich zu machen, dass wir in bestimmten Bereichen das Widerspruchsverfahren beibehalten wollen, nämlich im Wesentlichen im Landwirtschaftsrecht, in Teilen des Subventionsrechts, im Sozialrecht und neuerdings im Zusammenhang mit den Rundfunkgebühren. Wir wollen allerdings in diesen Bereichen das Widerspruchsverfahren als fakultativ vorsehen, ähnlich dem Gedanken der Sprungrevision, dass es also möglich ist, dass sich der Widerspruchsführer – also derjenige, der ein Rechtsmittel einlegt – überlegt, ob er das verwaltungsintern über einen Widerspruch geprüft haben will oder ob er gleich an das Gericht geht. In manchen Fällen – ich nenne als Stichwort die Zweitwohnungssteuer – wissen die Leute, dass sie das Verfahren in jedem Fall bis zum Bundesverwaltungsgericht – in manchen Fällen bis zum Bundesverfassungsgericht – treiben wollen. Dann sind solche Verfahren nur hinderlich. Das Bundesjustizministerium hat uns ausdrücklich erklärt, dass das fakultative Widerspruchsverfahren von der Ermächtigungsgrundlage der Verwaltungsgerichtsordnung erfasst wird.

In anderen Bereichen wird nach unseren Vorstellungen das Widerspruchsverfahren abgeschafft. Ich hoffe, dass wir das sorgfältig und auch zügig beraten. Ich habe auch dem Kollegen Weinhofer schon gesagt: Ich halte es für durchaus möglich, dass das eine oder andere Rechtsgebiet wie mit einer Schablone verändert wird. Wir nehmen jedenfalls die Anregungen der Henzler-Kommission auf und straffen das Widerspruchsverfahren, wie das im überwiegenden Teil der Bundesländer auch geschieht.

Ich habe gehört, dass der Ausschuss eine sorgfältige Anhörung durchführen will. Wenn das geschieht, kann davon ausgegangen werden, dass das alles sachgemäß beraten wird. Ich hoffe, dass die Beratung so sachgemäß, aber auch so zügig erfolgt, dass wir zum 1. Juli wissen, wie das insgesamt in der neuen Weise durchgeführt werden wird. Der Vorschlag der Staatsregierung dazu liegt auf dem Tisch.

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. Ich eröffne die Aussprache. Es wurde eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion vereinbart. – Herr Kollege Schindler, bitte.

**Franz Schindler (SPD):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Staatsminister, Sie erwarten eine sachgemäße Beratung. Ich sichere Ihnen diese, soweit das in meinen Möglichkeiten steht, ausdrücklich zu. Ich darf darauf hinweisen, dass die SPD-Fraktion dem Pilotprojekt zugestimmt hat, als es hieß, dass getestet und dann vorurteilsfrei und ergebnisoffen evaluiert werden soll, wie sich die probeweise Abschaffung des Widerspruchsverfahrens im Regierungsbezirk Mittelfranken im Vergleich zum Regierungsbezirk Schwaben auswirkt. Wir haben dem zugestimmt, waren allerdings gegen die Verlängerung der Testphase um ein weiteres Jahr; wir halten sie auch nach wie vor für nicht erforderlich.

Ich möchte mich ausdrücklich für den sehr umfangreichen, detailreichen Evaluierungsbericht bedanken, der nun vorgelegt worden ist. Herr Staatsminister. Ich stelle aber fest, dass die Empfehlungen dieses Berichts nicht mit dem Inhalt Ihres Gesetzentwurfs übereinstimmen, insbesondere nicht in den Kernaussagen. Ich darf aus der Zusammenfassung des Berichts zitieren:

Beim Verwaltungsgericht Ansbach führte die probeweise Abschaffung des Widerspruchsverfahrens zu einem sprunghaften Anstieg der Klageeingänge in den vom Pilotprojekt betroffenen Rechtsgebieten ... Die probeweise Abschaffung des Widerspruchsverfahrens führte bei globaler Betrachtung zu keinem spürbaren Beschleunigungseffekt ... Langfristig dürfte die Laufzeit eher noch weiter steigen ...

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

So heißt es in der Zusammenfassung des Berichts.

Für die Bürger/Betroffenen erhöhte sich zugleich die geschätzte Kostenbelastung ... durch den Zwang zur sofortigen Klage erheblich. Auch aus Staatssicht sind insgesamt betrachtet keine wesentlichen Einsparpotenziale erkennbar.

Im Abschlussbericht heißt es daher zusammenfassend:

Das Widerspruchsverfahren erfüllt überwiegend seine Funktionen. Der Widerspruch hat sich in Schwerpunktbereichen als „bürgerfreundlicher“ und meist auch schneller

– und ich füge hinzu: als kostengünstiger –

Rechtsbehelf bewährt.

Jetzt muss man erklären, warum man dennoch in vielen Rechtsgebieten das Widerspruchsverfahren abschaffen will. Wenn ich die Begründung zum Gesetzentwurf richtig gelesen habe, ist es genau die gleiche Begründung, mit der man damals den Versuch begonnen hat. Sie wollen die Vorgaben der Henzler-Kommission erfüllen, und zwar unabhängig davon, was im Pilotprojekt festgestellt worden ist. In der Testphase wurde festgestellt, dass es zum Beispiel im Städtebaurecht und in anderen

Gebieten des Baurechts sehr wohl sinnvoll ist, das Widerspruchsverfahren aufrechtzuerhalten. Dennoch heißt es im Gesetzentwurf, dass man dieser Empfehlung nicht folgen will. Aus rechtspolitischen Erwägungen will man angebliche Hemmnisse für das Wirtschaftswachstum beseitigen. Wenn das so ist, hätte man sich den Riesenaufwand, der in den vergangenen zwei Jahren betrieben worden ist, ersparen können. Wir werden aber noch Gelegenheit haben, in den Ausschüssen detailliert darüber zu beraten.

Der Vorschlag, das Widerspruchsverfahren in manchen Rechtsbereichen fakultativ aufrechtzuerhalten, ist interessant; in anderen Ländern wird auch über die Möglichkeit diskutiert, entweder Widerspruch oder Klage zu erheben. Es stellt sich aber die Frage, warum man diese fakultative Möglichkeit nicht für alle Rechtsgebiete vorsehen will. Das könnte auch eine Lösung des Problems sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alles in allem sichere ich eine sachgemäße Beratung zu. Es muss aber klar bleiben, dass die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens eine Verkürzung des Rechtswegs darstellt, dass nicht bewiesen worden ist, dass das Widerspruchsverfahren irgendjemanden in seiner freien Entwicklung und Entfaltung hemmt, sondern dass ganz im Gegenteil bewiesen wurde, dass es eine notwendige Selbstkontrolle der Verwaltung ist, dass die Zahl der Widersprüche, denen abgeholfen worden ist, doch in vielen Rechtsbereichen nennenswert hoch ist. Es bedarf daher schon einer ganz guten Begründung, wenn man Widerspruchsverfahren in weiten Bereichen gänzlich abschaffen will, wie es vorgeschlagen wird.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Guttenberger.

**Petra Guttenberger (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Schindler, es ist richtig, dass wir uns im Landtag parteiübergreifend auf ein Pilotprojekt in Mittelfranken geeinigt haben und dass wir dabei untersuchen wollten, was für die Beibehaltung des Widerspruchsverfahrens spricht und was dagegen. Es sollte untersucht werden, ob es damit zu einer Deregulierung kommt, die für die Bürgerinnen und Bürger günstig ist, oder nicht. Es ging nicht darum, wie Sie es jetzt darstellen, dadurch besonders viele Mitarbeiter einzusparen. Da habe ich etwas ganz anderes in Erinnerung.

Wir haben uns bei diesem Thema sehr viel Mühe gemacht und gesagt, wir wollen sehen, welche Daten in Schwaben im Vergleich zur Pilotphase in Mittelfranken erhoben werden. Wir haben damals festgestellt: Gegen das Widerspruchsverfahren wird immer wieder angeführt, dass es das Verfahren unnötig verlängert, dass es einer raschen Gerichtsentscheidung und damit auch einer raschen Schaffung von Rechtssicherheit entgegensteht. Für das Widerspruchsverfahren sprachen die Argumente der Selbstkontrolle der Verwaltung und die Tatsache, dass es ein kostengünstigeres und schnelleres Rechtsmittel ist.

Eine ganz wichtige Frage war, ob durch ein Widerspruchsverfahren Rechtsfrieden geschaffen wird, oder ob Rechtsfrieden genau durch dieses Verfahren eben nicht geschaffen wird.

Es ging darum, diese Argumente abzuwägen. Wir haben vom 01.07.2004 bis zum 30.06.2006 die Datenerhebung vonstatten gehen sehen mit den entsprechenden Zwischenberichten – vielen Dank an das Innenministerium –, und wir wollen diese konkreten Daten umfassend und ohne zeitlichen Druck ausgewertet wissen. Deshalb hat die CSU-Landtagsfraktion einer weiteren Verlängerung bis zum 30.06.2007 zugestimmt.

Die Erhebung ist abgeschlossen. Die Auswertung ist abgeschlossen. Ich begrüße die Stärkung des VG Ansbach, Herr Minister. Wir begrüßen auch, dass für die Rechtsbereiche, wo sich anhand der Zwischenberichte abgezeichnet hat, sich das Widerspruchsverfahren bewährt, im Gesetzentwurf vorgesehen ist, es in fakultativer Form zu belassen, sei es der Bereich der Kommunalabgaben, des landwirtschaftlichen Subventionsrechts oder des materiellen Sozialrechts. Denn es zeigt sich, dass Massenverfahren wie im Ausbildungs- und Förderrecht ansonsten zu einer starken Überlastung der Verwaltungsgerichte führten.

Wir sind der Ansicht, dass das ein richtiger Ansatz war. Wir sehen aber auch, dass für die Bereiche Baurecht, Wasserrecht, Immissionsrecht und viele andere die gänzliche Abschaffung vorgesehen ist.

(Zuruf von der SPD: Gewerberecht!)

– Auch Gewerberecht, Herr Kollege.

Wir werden diesen Vorschlag einer eingehenden Überprüfung und Diskussion unterziehen. Der beste Weg für eine solche Überprüfung und eine Diskussionsgrundlage ist die Anhörung der Sachverständigen. Wir werden die Ergebnisse dieser Anhörung und der Anhörung der Verbände, die wir ergebnisoffen weiter verfolgen, unserer Entscheidung zugrunde legen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Klingt gar nicht schlecht!)

Deshalb ist der Gesetzentwurf für uns ein guter wichtiger erster Schritt, aufgrund dessen wir in der Anhörung sehen werden, welche weiteren Schritte dem folgen werden.

(Beifall bei der CSU – Rainer Volkmann (SPD): Da mache ich mir keine Sorgen!)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Stahl. Bitte schön.

**Christine Stahl (GRÜNE):** Herr Präsident, meine Herren und Damen! Wir haben uns im langen Probelauf des Projekts „Abschaffung des Widerspruchsverfahrens“ auf einiges eingestellt. Wir haben aber nicht mit einem solchen Sowohl-als-auch-Gesetzentwurf gerechnet. Hier

übertreffen Sie wirklich noch Ihre Beschlussunfreudigkeit zum Ladenschlussgesetz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage mich, ob Sie niemandem weh tun oder ob Sie ohne Gesichtsverlust aus dem Vorhaben aussteigen wollten, von dem Sie schon zur Halbzeit wussten - nämlich als die Zahlen zu einem Antrag der SPD und einer Schriftlichen Anfrage der GRÜNEN vorlagen -, dass es nicht so funktionieren wird, wie sich das Herr Henzler vorgestellt hat, der wirklich bar jedes internen Verwaltungswissens ist.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Woher denn auch?)

Er handelt ausschließlich nach Wirtschaftsinteressen und nimmt ansonsten weder auf die besonderen Bedingungen, noch auf die Bedürfnisse der Bürger Rücksicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der Gesetzentwurf ist weder Fisch noch Fleisch. Ich bin in freudiger Erwartung auf die Stellungnahmen, die es bei der Anhörung geben wird. Ich halte diese Anhörung für sehr sinnvoll, weil Sie Beratungsbedarf haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viel Mühe hat sich die Verwaltung mit der Evaluierung des Probelaufs gegeben. Ich bedanke mich ganz herzlich bei der Verwaltung für diese Arbeit und möchte, dass das im Protokoll aufgenommen wird. Ich möchte der Verwaltung aber auch mein großes Bedauern ausdrücken, denn ihre Arbeit ist für den Kamin. Herr Kollege Schindler hat vorgelesen, dass man bereits im Voraus wusste, wie dieser Bericht auszusehen hat und der Gesetzentwurf aussehen soll. Der Probelauf plus Verlängerung hat gezeigt, dass wir in vielen Bereichen das obligatorische Widerspruchsverfahren brauchen und nicht das „Wer will, der kann“.

Meine Herren und Damen, in der letzten Ausgabe der Bayerischen Verwaltungsblätter finden wir eine Reihe von Aufsätzen zu dem Thema „Widerspruchsverfahren“. Den Titel eines Aufsatzes möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Er hat mich zum Schmunzeln gebracht. Er lautet: „Statistik als Wille und Vorstellung“. Für mich heißt das: Was nicht passt, wird passend gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach all diesen Einschätzungen werden künftig Ressourcen weder besonders geschont noch wird die Belastung abnehmen. Im Gegenteil. Mit Zahlenmaterial wird belegt, dass die Belastung der Gerichte zunehmen wird. Es handelt sich um einen „Verschiebebahnhof“, genauso wie wir es befürchtet haben.

Kürzere Verfahrenszeiten, wie hier angesprochen wurde, wird es nicht geben, weil die Verfahren unter Umständen vor den Gerichten sehr viel länger dauern werden.

Dort, wo das Widerspruchsverfahren als Alternative zur Klageerhebung bestehen bleiben soll, wird es eine Reihe von Umsetzungsproblemen geben. Auch diesen müssen wir uns in der Anhörung zuwenden. Das geht bis zu dem Punkt, wie eine wasserdichte Rechtsbehelfsbelehrung aussehen soll. Ich bin gespannt, was wir bzw. Sie sich einfallen lassen werden.

Der Gesetzentwurf ist nicht besonders bürgerfreundlich und wirkt schon aus diesem Grunde nicht deregulierend denn er wird Nachfragen ohne Ende produzieren, und er wird Unsicherheit schaffen. Wir freuen uns auf die Anhörung und auf die Regelung, Beratung und Lösung der dort sicherlich auftauchenden Fragen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen als dem federführenden Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keine Gegenstimmen. So beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend „Energetische Sanierung staatlicher Liegenschaften“, Drucksache 15/7389, bekannt. Mit Ja haben 48 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 101, keine Enthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache darauf aufmerksam, dass in den Postfächern der sehr dicke Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses liegt, dessen Überschrift so viele Zeilen hat, dass wir das bis 18 Uhr nicht schaffen würden, diese vorzulesen. Ich will den Bericht deshalb „Staatsministerin Monika Hohlmeier“ nennen. Das Haus hat die Bitte, den Bericht aus den Postfächern zu holen, damit er nicht per Post verschickt werden muss.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 c auf:

**Gesetzentwurf der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**zur Änderung des Gesetzes über die Vergabe von Bauaufträgen im Freistaat Bayern (Bayerisches Bauaufträge-Vergabegesetz – BayBauVG) (Drs. 15/7215)**  
**– Erste Lesung –**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Runge. Bitte.

**Dr. Martin Runge** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unser Gesetzentwurf ist Teil eines Initiativpaketes zu den Themen Vergaberecht und öffentliche Aufträge. Anlass sind zum einen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Berliner Tariftreuregelung und zum anderen die beiden neuen EU-Vergaberichtlinien und deren Umsetzung, besser gesagt Nichtumsetzung.

Das europäische Vergaberecht gibt, konkretisiert und klargestellt durch die beiden neuen Vergaberichtlinien, der öffentlichen Hand sehr wohl die Möglichkeit, soziale und umweltbezogene Aspekte bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu berücksichtigen. Dies kann entweder als Ausschreibungsbestandteil, als Zuschlagskriterium oder als Ausführungsbedingung geschehen. Allerdings sind hierfür entsprechende Rechtsgrundlagen auf nationaler Ebene nötig.

Das Bundesverfassungsgericht hat im letzten Jahr im Falle der Berliner Tariftreuregelung für den Bau in seinem Urteil klargestellt, dass der Landesgesetzgeber solche Rechtsgrundlagen durchaus festsetzen darf, sofern vom Bundesgesetzgeber nicht ausreichend von den einschlägigen Gesetzgebungstiteln Gebrauch gemacht wurde, was beim Vergaberecht gegeben ist.

Ich stelle das Urteil zu Berlin nochmals verkürzt dar. Die Verfassungsrichter haben zwei ganz wesentliche Dinge gesagt. Zum einen: Eine Tariftreuregelung stellt eben keinen unzulässigen Eingriff in die negative Koalitionsfreiheit dar. Zum anderen: Sehr wohl dürfen auch die Länder hierfür die gesetzlichen Grundlagen schaffen.

Wir haben das Bayerische Bauaufträgevergabegesetz. Darin ist die Tariftreue-Nachunternehmer-Erklärung bzw. -regelung dergestalt eingedampft worden, dass jetzt eine Differenzierung vorzufinden ist. Im Gesetz steht: Für den Hochbau machen wir das generell, für den Tiefbau aber nur bei Aufträgen des Freistaates. Der Grund hierfür war die Furcht vor der Argumentationskette: Negative Koalitionsfreiheit – marktbeherrschende Stellung im Tiefbau, deshalb dürfen wir das nicht machen. Das Verfassungsgericht hat jetzt aber entschieden: Wir dürfen sehr wohl.

Selbstverständlich gilt es auch insgesamt, die Bestimmungen des genannten Gesetzes zu reaktivieren. Ich verweise auf die Bekanntmachung der Staatsregierung vom 8. Februar 2006, in der steht: Oberhalb der EU-Schwellenwerte brauchen die Auftraggeber die Tariftreue nicht mehr abzufragen.

Bedauerlicherweise konnte der heute auf der Tagesordnung stehende Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zum Mindestlohn, Herr Hallitzky, Kolleginnen und Kollegen, nicht mehr behandelt werden. In diesem Fall ging es um einen gesetzlichen Mindestlohn. Hierzu eine Anmerkung im Kontext zu unserem Antrag. Mindestlöhne, egal ob sie gesetzlicher Art sind oder über allgemeinverbindlich erklärte Tarife – das kann entweder über den Tarifausschuss oder mit einer Ministerverordnung geschehen –, beispielsweise umgesetzt über das Entsendegesetz, machen Tariftreuregelungen keineswegs entbehrlich, da mit Tariftreueerklärungen mehr Verbindlichkeit einkehrt. Öffentliche Auftraggeber können dann

auch dezidiert Bieter ausscheiden, was in den anderen Fällen eben schwer möglich ist.

Meine Damen und Herren von der Staatsregierung und von der CSU-Fraktion, interessant ist das grundsätzliche Verhalten der Staatsregierung zum Thema Tariftreue. Wir hatten im Beschäftigungspakt zum ersten Mal die schon benannte Tariftreue-Nachunternehmer-Erklärung. Dann gab es von der Regierung Schröder im Jahre 2002 einen Vorstoß für ein bundesweites Tariftreuegesetz. Dieses Gesetz ist dann aber im Bundesrat gescheitert. Wort- und Rädelführer war die Bayerische Staatsregierung. Eine Begründung lautete damals, der Gesetzesbeschluss würde durch die Einbeziehung des öffentlichen Personennahverkehrs zu unabsehbaren Mehrkosten für die Kommunen führen. Interessant ist aber: Aus dem bayerischen Wirtschaftsministerium gibt es eine Vergabeempfehlung öffentlicher Personennahverkehr an die Kommunen. Zu allererst wird dort die Tariftreue benannt. Damit wird auch angegeben. Wie man es gerade braucht: Einmal ist es schädlich, ein anderes Mal ist es gut, ein anderes Mal ist es wieder etwas ganz Besonderes.

In diesem Zusammenhang erwähne ich unsere beiden anderen Initiativen, die wir demnächst hier behandeln werden, nämlich zum einen den Antrag auf Ausweitung der Tariftreuregelung auf andere Branchen, zum anderen einen Antrag auf eine wirklich saubere Übernahme der beiden EU-Vergaberichtlinien in nationales bzw. bayerisches Recht. Wir bitten um wohlwollende Beratung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Richter. – Ich sehe ihn nicht. Damit ist die Wortmeldung verfallen.

(Zuruf: Nein, er ist da!)

– Lieber Herr Kollege Richter, wenn Sie schon in der hintersten Reihe sind, dann erinnern Sie sich an meine Anregung, als nächster Redner doch bitte schon weiter vorne zu sein. Heute haben wir zwar noch genügend Zeit; ansonsten sollten wir die Zeit aber nicht mit langen Gängen, sondern allenfalls mit langen Reden vergeuden.

**Roland Richter** (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung zum Bayerischen Bauaufträgevergabegesetz vom 2. Mai 2000 war notwendig, weil durch das Vergaberechtsänderungsgesetz vom 28. August 1998 die bayerische Tariftreueerklärung als vergabefremder Aspekt zumindest bei Vergaben ab dem EG-Schwellenwert formalrechtlich in einem Landesgesetz zu regeln war.

Der wesentliche Inhalt des Gesetzes ist, dass Bauaufträge des Freistaates nur an Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich verpflichten, ihre Arbeitnehmer nach den in Bayern für Tarifparteien geltenden Lohntarifen zu entlohnen und dies auch bei ihren Nachunternehmern sicherzustellen. Weiter werden die kommunalen Auftraggeber und die sonstigen der Aufsicht des Freistaates Bayern



unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts ermächtigt, dies im Hochbau ebenfalls zu verlangen. Im Hochbau ist eine Marktbeherrschung wegen der großen Bauvolumina privater Auftraggeber nicht anzunehmen. Damit entspricht die gesetzliche Regelung weitgehend der bisherigen bayerischen Tariftreueerklärung. Lediglich der kommunale Straßen- und Tiefbau musste von der Ermächtigung ausgenommen werden, da in diesem Bereich sonst, wie in Berlin, von einer marktbeherrschenden Stellung ausgegangen werden musste. So weit zu den Fakten.

Maßgeblichen Einfluss auf die Ausgestaltung des Gesetzentwurfs hatte ein Beschluss des Bundesgerichtshofs – BGH – vom 18. Januar 2000 in einem Verfahren gegen die Berliner Tariftreueerklärung, die der bayerischen entspricht, und zum Berliner Vergabegesetz, das dort bereits im Jahr zuvor erlassen wurde. Der BGH hatte die Berliner Tariftreueerklärung im Straßenbau wegen der marktbeherrschenden Stellung für rechtswidrig erklärt und das Berliner Vergabegesetz dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt, weil er darin einen Verstoß gegen das Tarifvertragsrecht sah.

Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Juli 2006 hat sich nun eine neue Situation ergeben. In dem Urteil wird die Tariftreueerklärung des Berliner Vergabegesetzes mit dem Grundgesetz und mit dem übrigen Bundesrecht als vereinbar angesehen. Damit wird den Ländern gestattet, eine gesetzliche Regelung zur Tariftreue bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen vorzunehmen. Durch diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat der Freistaat die Möglichkeit, sein Gesetz dahingehend zu ändern, dass der Freistaat und alle Auftraggeber, die den Regelungen dieses Gesetzes unterliegen, auch bei Bauleistungen für Tiefbauten den Auftragnehmer zur Zahlung von Tariflöhnen verpflichten können.

Im Gesetzentwurf des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Gesetzes über die Vergabe von Bauaufträgen im Freistaat Bayern soll das Gesetz nun dahingehend geändert werden, dass zukünftig Tariftreueeregungen nicht nur bei öffentlichen Aufträgen für Hochbauten, sondern auch für Tiefbauten gelten. Die Diskussion wird sehr komplex werden. Ich freue mich schon auf die Gesetzesberatungen im entsprechenden Ausschuss.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:**  
Nächste Wortmeldung: Kollege Schieder.

**Werner Schieder** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Vorlage des Gesetzentwurfs der GRÜNEN gibt mir Gelegenheit, in der Ersten Lesung zunächst einmal auf Folgendes klarstellend hinzuweisen: Die SPD-Fraktion hat im Januar 2000 zu diesem Thema einen umfangreichen Gesetzentwurf eingereicht. Ich habe ihn damals federführend bearbeitet; deswegen spreche ich jetzt zu diesem Thema. Die Staatsregierung folgte dann im Mai 2000 mit einem eigenen Gesetzentwurf nach. Ich will damit deutlich machen, dass es die SPD-Fraktion

war, die den Vorstoß für eine gesetzliche Regelung der Tariftreue gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich sagte, die Staatsregierung ist mit einem eigenen Gesetzentwurf nachgefolgt. Leider Gottes hatte dieser Gesetzentwurf von Anfang an erhebliche Mängel. Ich will auf drei Dinge hinweisen. Erstens. Dieser Gesetzentwurf der Staatsregierung ist in vielen Bereichen, wie schon vorher die Tariftreueerklärung im Verwaltungswege, ein Papiertiger. Das wird häufig nicht wirklich vollzogen, da es keine wirkliche Verbindlichkeit hat. Im Übrigen sind die Baubehörden oft überfordert oder haben das Personal nicht, um zu kontrollieren. Bei den Kommunen, die das Gesetz anwenden, ist es ähnlich. Der Gesetzentwurf der SPD war viel konsequenter, stringenter und auch verbindlicher. Ich bedauere, dass er nicht Gesetz geworden ist. Im Bausektor wäre inzwischen vieles besser geworden.

Zweitens. Meine Damen und Herren, wir waren von Anfang an der Meinung, dass dieses Gesetz über Tariftreue in Bayern für alle öffentlichen Aufträge gelten muss, sowohl für die Aufträge des Freistaates Bayern als auch für die Aufträge der Kommunen. Diesem Weg, der in unserem Gesetzentwurf so formuliert war, ist die CSU oder die Staatsregierung leider nicht gefolgt. Sie haben für die Kommunen lediglich eine Ermächtigung hineingeschrieben, dass sie das machen dürfen. Das ist bedauerlich, weil viele Kommunen in Bayern das Gesetz gar nicht anwenden. Eine Vorschrift, in der den Kommunen gesagt wird, ihr dürft es machen, müsst es aber nicht, bedeutet in der Praxis, dass diejenigen Kommunen, die das Gesetz anwenden, dies entsprechend lasch tun.

Ein dritter Punkt. Wir waren von Anfang an der Meinung, dass dies für den Freistaat Bayern und für die Kommunen, also für alle öffentlichen Aufträge, gelten muss, auch für den Tiefbau. Wir waren der Meinung, dass das Urteil des BGH in Bezug auf die Regelung im Land Berlin keinen Bestand haben wird. Wir haben deshalb vorgeschlagen, diese Regelung auf alle Aufträge, auch auf den Tiefbau, auszudehnen. Unser Gesetzentwurf enthielt bereits die Regelung, die mit dem Änderungsantrag der GRÜNEN vorgeschlagen wird.

Für die SPD kann ich in Aussicht stellen, dass wir dieser Änderungsregelung zustimmen werden. Damit wird ein im Grundgedanken richtiges, aber dennoch relativ schlechtes Gesetz, das nur beschränkt wirksam und durchgreifend ist, ein bisschen besser gemacht. Eine kleine Verbesserung ist immer noch besser als keine. Die bessere Alternative wäre jedoch der Gesetzentwurf der SPD, den wir damals eingebracht haben. Er würde eine bessere Regelung für die Arbeitnehmer bringen.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:**  
Nächste Wortmeldung: Herr Staatsminister Dr. Beckstein.

**Staatsminister Dr. Günther Beckstein** (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte in knapper Weise zu diesem Gesetzentwurf der GRÜNEN Stellung nehmen. Der wesentliche Inhalt dieses Gesetzentwurfs ist die Ausdehnung der Unternehmerklärung zur Tariftreue auf die Kommunen. Ich habe dazu drei Punkte, die ich kurz ansprechen will.

Erstens. Es wurde eine derartige Regelung treffen, müssen wir an das Konnexitätsprinzip denken. Dies kann nicht unerhebliche Auswirkungen haben.

Zweitens. Es wurde gegen das Berliner Vergabegesetz, das beim Bundesverfassungsgericht nicht beanstandet worden ist, ein Vorabentscheidungsverfahren nach Artikel 234 Absatz 2 und 3 des EG-Vertrages beim EuGH eingereicht, dessen Ausgang ungewiss ist.

Drittens. Der entscheidende Punkt ist für mich jedoch das kommunale Selbstverwaltungsrecht. Ich bin dafür, dass die Kommunen im Bauvergabewesen selbst feststellen sollen, dass sie Tariftreue bei Nachunternehmen verlangen. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut. Wir sollten dies den Kommunen nicht aufzwingen. Die Kommunen sollten das vielmehr selbst entscheiden.

Herr Kollege Dr. Runge, Sie haben daran erinnert, dass sich Bayern im Jahr 2002 im Bundesrat gegen die Ausdehnung ausgesprochen habe. Wenn mein Gedächtnis nicht völlig trügt, haben wir damals keine Einwendungen gegen das Baurecht oder das Bauauftragsvergaberecht erhoben, sondern bei einem anderen Thema. Beim Bauauftragsrecht hätte ich es durchaus für sinnvoll gehalten, wenn jeder darauf verzichten würde, nicht nur die Kommunen und die öffentliche Hand. Eine zwangsweise Ausdehnung auf die Kommunen scheint mir nicht sinnvoll zu sein. Ich bitte deshalb um freundliche und wohlwollende Beratung, aber dann schließlich um die Ablehnung des Gesetzentwurfs.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie als federführendem Ausschuss zu überweisen. – Damit besteht Einverständnis.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden.**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Dann übernehmen wir diese Voten.

(siehe Anlage 3)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung zum Neunten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Neunter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Drs. 15/6821) – Zweite Lesung –**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise darauf hin, dass wir bis 18.00 Uhr geladen haben. Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion verständigt. Vielleicht spricht auch noch der Minister. Sie haben noch zehn Minuten, um eine namentliche Abstimmung zu beantragen. Diese könnte aber dann erst bei der nächsten Sitzung stattfinden, wenn die Sitzung über 18.00 Uhr hinausgeht. Ich stelle Ihnen die Einteilung Ihrer Redezeit anheim. Der erste Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Stockinger.

**Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger** (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich werde mich bemühen, meine Redezeit so einzuteilen, dass alle Fraktionen zu diesem Tagesordnungspunkt in angemessener Zeit zu Wort kommen können.

Kolleginnen und Kollegen, im Jahre 2001 haben sich Bund und Länder auf eine Reform der Medienordnung verständigt. Initiatoren waren auf Länderseite zum einen Rheinland-Pfalz und zum anderen der Freistaat Bayern. Ausgangspunkt war die zunehmende Konvergenz der Medien aufgrund der Digitalisierung der Übertragungstechnik. Ein weiterer Ausgangspunkt war die Konvergenz hinsichtlich der immer stärkeren Überschneidung zwischen den klassischen Rundfunkempfangsgeräten und so genannten neuartigen Rundfunkempfangsgeräten, zum Beispiel dem Handy-TV oder dem Computer als Empfangsgerät sowohl für Hörfunk als auch für Fernsehprogramme.

Darüber hinaus wurden vonseiten der Normunterworfenen unklare Zuständigkeiten und eine zersplitterte Rechtsordnung in Bezug auf das Rundfunk- und Telemedienrecht beklagt. Vor diesem Hintergrund sollte sich die Neuverteilung streng an den Vorgaben des Grundgesetzes orientieren. Telekommunikationsrecht und Wirtschaftsrecht sind Sache des Bundes. Alle sonstigen inhaltlichen Fragen sind von den Ländern zu regeln.

Der erste, bereits abgeschlossene Reformschritt war die Verabschiedung des Jugendmedienschutzstaatsvertrages. Der heute zur Abstimmung anstehende Neunte Rundfunkänderungsstaatsvertrag ist der zweite Reformschritt, der schwerpunktmäßig der Integration der Telemedien in das Rundfunkrecht unter Beachtung der oben erwähnten Vorgaben dient. Langfristig – so ist geplant – soll dieser Staatsvertrag zu einem Medienstaatsvertrag fortentwickelt werden.

Der Neunte Rundfunkänderungsstaatsvertrag benennt den Rundfunkstaatsvertrag künftig neu als Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien. Auf diese Weise haben wir einen wichtigen Schritt zur Klarstellung erreicht und können deshalb zustimmen, dass der Mediendienste-Staatsvertrag aufgehoben wird. Durch diesen Neunten

Rundfunkänderungsstaatsvertrag wird auch das Telemediengesetz des Bundes überflüssig. Ein neues Telemediengesetz wird an dem Tag in Kraft treten, an dem dieser Neunte Rundfunkänderungsstaatsvertrag in Kraft treten wird.

Inhaltlich ist noch darauf hinzuweisen, dass die Gremienaufsicht innerhalb der ARD gestärkt werden konnte. Bislang hatte jede einzelne Anstalt der ARD die Gremienaufsicht durch die entsprechenden Rundfunkräte. Eine gemeinsame Stimme der aufsichtsführenden Gremien oder Gremienmitglieder im Hinblick auf Veranstaltungen der ARD, zum Beispiel die Beschäftigung des Herrn Harald Schmidt oder des Herrn Günther Jauch – der dann Gott sei Dank abgesagt hat –, gab es bislang nicht.

An dieser Stelle möchte ich besonders erwähnen, dass es in den vergangenen beiden Jahren, in denen der Bayerische Rundfunk den Vorsitz der ARD innehatte, insbesondere das Verdienst des Verwaltungsratsvorsitzenden, unseres Landtagspräsidenten Alois Glück, und des Vorsitzenden des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks, Herrn Bernd Lenze, war, die Gremienaufsicht im Rundfunkstaatsvertrag zu verankern. Wir meinen, dass dies ein weiterer Schritt zur positiven Aufsicht über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist.

Trotz all dieser Bemühungen glaube ich, dass wir künftig die Anknüpfung der Gebühren an das Bereithalten eines Rundfunkempfangsgerätes überprüfen müssen. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir die Rundfunkgebührenpflicht für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkteilnehmer auf eine neue Basis stellen können. Ich rufe alle in diesen Hause auf, daran mitzuwirken.

Die klare Unterscheidbarkeit der Nutzungsmöglichkeiten wird immer mehr aufgehoben – ich habe das eingangs schon gesagt – und damit natürlich auch die bislang vorhandene Eindeutigkeit als Anknüpfungspunkt für Rundfunkgebühren. So gesehen kann auch die Grundgebühr von 5,52 Euro für die Nutzer von internetfähigen PC's nur eine vorübergehende Lösung darstellen.

Im Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur, der federführend war, wurde vonseiten der CSU und der SPD Zustimmung empfohlen, die GRÜNEN haben sich enthalten. Im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten ist eine Zustimmung durch die CSU bei einer Enthaltung sowie durch die SPD festzustellen und ebenfalls eine Ablehnung durch die GRÜNEN. Im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben CSU und SPD zugestimmt und die GRÜNEN abgelehnt. Im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen haben bei der Endberatung ebenfalls CSU und SPD zugestimmt und die GRÜNEN abgelehnt. Ich bitte Sie, dem Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung zum Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag stattzugeben.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:**  
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Peter Hufe.

**Peter Hufe (SPD)** (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass bei diesem wichtigen Medienthema die versammelte Presse anwesend ist, um aus dem Landtag zu berichten, was wir über die Zukunft der Medien insgesamt entscheiden. Man hat bei den Staatsverträgen, die alle Ministerpräsidenten unterschrieben haben, immer nur die zwei Möglichkeiten abzulehnen oder zuzustimmen. Entweder ist das Glas halb leer oder halb voll.

In diesem Fall sehen wir das Glas als halb voll an, weil die positiven Elemente in diesem Staatsvertrag überwiegen. Nach dem Staatsvertrag heute, Herr Minister, ist vor dem nächsten Staatsvertrag. Bei den nächsten Staatsverträgen werden wichtige Knackpunkte auf uns zukommen. Wir werden darüber beraten müssen, was das Verfassungsgericht mit dem Urteil betreffend die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten – KEF – gemacht hat. Wir werden darüber beraten müssen, welches neue Verfahren der Gebührenerhebung wir in Zukunft den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes vorschlagen wollen. Nach dem, was sich jetzt abzeichnet, kann ich mir nicht vorstellen, Herr Minister, dass wir eine Steuerfinanzierung hinbekommen. Vielleicht mag ein runderneueres Gebührenmodell möglich sein, ich glaube aber, dass wir einen Anknüpfungspunkt brauchen. Ich sage das jetzt schon einmal, weil wir wenig Gelegenheit haben, im Vorfeld der Unterschriften durch die Ministerpräsidenten über die Zukunft der Medienordnungen in Deutschland zu diskutieren. Es wäre auch zu überlegen, ob man nicht ein Verfahren finden kann, bei dem die Landtage vorher beteiligt werden und dann das Ergebnis der Landtagsberatungen den Ministerpräsidenten mitgeteilt wird.

Wir werden überlegen müssen, wie das nächste Gebührenfinanzierungsmodell aussieht, wo und ob Anknüpfungspunkte bei den Geräten oder bei den Haushalten oder wo auch immer bestehen. Wir werden darüber nachdenken müssen, wie wir die EU-Richtlinie umsetzen, die vom Parlament beschlossen worden ist, aber noch nicht durch die Kommission ist; der Rat berät noch, es wird aber darauf hinauslaufen, eine gestiegene Verantwortung der Gremien anzunehmen. Auch vor dem Hintergrund der geschichtlichen Entwicklung haben wir in der Bundesrepublik Deutschland es geschafft, die EU-Kommission davon zu überzeugen, dass unser Modell des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, unser duales System erhaltenswert ist und erhaltenswert bleiben sollte.

Ich glaube, dass wir mit dieser Skizzierung für die nächsten eineinhalb Jahre – soweit es diesen Landtag noch so lange gibt – ein großes Aufgabenpaket haben, das uns in der Medienpolitik dazu aufrufen wird, viel und intensiv darüber nachzudenken, wie Medienpolitik und die Medien insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland aufgestellt sein sollten und wie wir für unsere Bürgerinnen und Bürger die Transparenz, aber auch die Praktikabilität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und des dualen Systems in der Zukunft gewährleisten können.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:**  
Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Gote.

**Ulrike Gote (GRÜNE):** Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stockinger, ich muss Sie gleich zu Beginn meiner Rede korrigieren: Die GRÜNEN haben in allen Ausschüssen diesen Rundfunkänderungsstaatsvertrag abgelehnt. Ich habe mich lediglich bei der Einzelabstimmung zu einzelnen Paragraphen enthalten bzw. sogar zugestimmt.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Das ist zutreffend. Ich habe mich vorhin versprochen.)

Nachdem wir – wie bei allen Staatsverträgen – auch bei diesem Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag keine Chance haben, im Rahmen der Behandlung im Landtag Änderungen oder Verbesserungen der Vorlage durch Änderungsanträge zu erzielen, werde ich mich jetzt darauf beschränken, Ihnen darzulegen, warum wir diesen Neunten Änderungsstaatsvertrag ablehnen.

Der vorliegende Änderungsstaatsvertrag führt zu grundlegenden Änderungen im Medienbereich; das haben Sie ausgeführt. Die Entwicklung bei den Telediensten und Mediendiensten hat dazu geführt, dass dieser Bereich und damit die zu beachtenden Regelungen sowohl für die Anbieter als auch für die Nutzerinnen und Nutzer immer unübersichtlicher wurden. Die Abgrenzung der genannten Bereiche wird immer schwieriger. Deshalb ist auch eine Neuordnung grundsätzlich sinnvoll.

Mit dem Telemediengesetz des Bundes, das der Bundestag gegen die Stimmen der GRÜNEN am 18. Januar 2007 beschlossen hat, wird nun der Versuch unternommen, den bisherigen Mediendienstestaatsvertrag der Länder und das Teledienstegesetz des Bundes zusammenzulegen. Das wäre – wie gesagt – grundsätzlich sinnvoll, wenn es dem Ziel gerecht würde, eine bessere Übersichtlichkeit zu erreichen. Die neuen gesetzlichen Regelungen müssen im Rundfunkänderungsstaatsvertrag nachvollzogen werden. Grob gesagt sind in Zukunft für die Inhalte die Länder und für die technischen Fragen der Bund zuständig.

Das Telemediengesetz ist allerdings der Großen Koalition gründlich misslungen. Die Unsicherheit, ob ihr Angebot Rundfunk, Telemedium oder Telekommunikation ist, bleibt für die Diensteanbieter weiterhin bestehen. Die Große Koalition ignoriert außerdem aktuelle Definitionen zu Rundfunk- und Internetdiensten der EU-Fernsehrichtlinie, auch wenn über diese noch nicht abschließend beraten ist. Das Telemediengesetz ist also schon heute – obwohl es noch nicht einmal in Kraft ist – veraltet und muss gleich wieder überarbeitet werden. Das hätte vermieden werden können, wenn man bereit gewesen wäre, den Zeitplan des Inkrafttretens des Gesetzes und des angehängten Rundfunkstaatsvertrages mit den Ländern der bei uns zur Zustimmung ansteht, neu auszuhandeln. Jetzt sollen also überhastet Neuregelungen nachvollzogen werden, die der Realität nicht standhalten werden. Das alleine wäre für uns schon Grund genug für die Ablehnung des Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrages.

Beim Thema Datenschutz nimmt der Rundfunkstaatsvertrag ebenfalls auf das neue Telemediengesetz Bezug. In diesem wurde aber die Chance verpasst, einen einheitlichen Datenschutz im Medienbereich zu schaffen und das Internet im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Nutzerinnen und Nutzer verbraucherfreundlicher zu machen. Der Datenschutz wird untergraben, indem die Herausgabe persönlicher Daten an die Polizei durch Diensteanbieter auch zur vorbeugenden Gefahrenabwehr erlaubt wird. Ich bin froh, dass gegen diese Verletzung der Persönlichkeitsrechte bereits Verfassungsbeschwerden angekündigt wurden, und ich hoffe, dass das Verfassungsgericht diesen erneuten Versuch von CDU/CSU und SPD, unschuldige Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht zu stellen, abwehren wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden jedenfalls diesen Übergriff nicht durch Zustimmung zum Rundfunkänderungsstaatsvertrag in vorauseilendem Gehorsam legitimieren. Der Neunte Rundfunkänderungsstaatsvertrag hat aber noch weitere Schwachpunkte: Mit einer Änderung im ARD-Staatsvertrag soll durch Einführung der sogenannten Gremienvorsitzendenkonferenz – Sie haben es schon erwähnt – die Gremienkontrolle in der ARD verbessert werden. Der Einstieg in die Gremienkontrolle auf ARD-Ebene ist zwar eine Verbesserung, aber noch nicht wirklich zufriedenstellend, weil die Aufsicht nur von den Vorsitzenden ausgeübt wird. Wir wollen nicht, dass die ARD-Aufsicht zu einer Aufsicht der Vorsitzenden der Rundfunkräte verkommt und dass das, was auf ARD-Ebene abläuft, weiterhin für die Allgemeinheit und insbesondere für die Kontrollgremien undurchsichtig bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Blick auf den zunehmend schärferen Wind, der dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf europäischer Ebene entgegenweht, kann es fatale Folgen haben, bei der Kontrolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht noch weitergehende Regelungen zu etablieren.

Ich erinnere an die Diskussion über Rundfunkgebühren für internetfähige Computer. Sie wissen, dass wir die Erhebung dieser Gebühren kritisiert haben und eine grundlegende Reform der Rundfunkgebühr fordern. Der vorliegende Rundfunkänderungsstaatsvertrag geht dieses Problem nicht an. Es ist aber notwendig, schnell zu einer Reform zu kommen, die zukunftsfest ist und die nicht in kürzester Zeit durch die technische Konvergenz der Empfangsgeräte ad absurdum geführt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erfreulich ist in diesem Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag die Klarstellung in § 9a über die Informationsrechte des Rundfunks. Damit wird eine Rechtsunsicherheit in der Frage beseitigt, ob Presse und Rundfunk gleiche Informationsrechte und Auskunftsansprüche haben. Jetzt ist eindeutig klargestellt, dass dies so ist. Ich darf an dieser Stelle an unseren Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Pressegesetzes erinnern, den wir

in der letzten Plenarsitzung in Erster Lesung behandelt haben. Darin geht es genau um diesen Punkt.

(Eberhard Sinner (CSU): Schnellmerker!)

Es geht um die Sicherung des Informationsanspruchs für Rundfunk, Fernsehen und Telemedien. Wir sind der Meinung, dass die jetzt im Rundfunkänderungsstaatsvertrag getroffene Klarstellung im Landesrecht nachvollzogen werden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sehen, Kolleginnen und Kollegen, mit Ausnahme des letzten Punktes, kann ich nicht viel Positives an diesem Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag finden. Wir lehnen ihn deshalb ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Jetzt hat sich Herr Kollege Hufe noch einmal zu Wort gemeldet.

**Peter Hufe (SPD)** (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Gote, hier will ich kurz widersprechen, weil es einfach nicht stimmt, dass wir bei diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag die Internetgebühren beschließen. Die Gebühren sind in den Staatsverträgen schon lange beschlossen. Es ist allerdings so, dass die Internetgebühren mit diesem Zeitpunkt fällig werden. Dass die Gebühren erhoben werden, steht in den Staatsverträgen schon lange drin.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Man hätte das aber ändern können!)

– Man hätte es ändern können, aber wir wissen, wie Staatsverträge sind.

Die Ablehnung dieses Staatsvertrages war bei den GRÜNEN offensichtlich nicht so eindeutig, denn in Nordrhein-Westfalen beispielsweise haben die GRÜNEN dem Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag zugestimmt. Der Vertrag kann also nicht ganz so furchtbar sein.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Der Einstieg in die Gremienkontrolle, den wir jetzt mit diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag schaffen, ist ein erster Schritt, der, und da gebe ich Ihnen recht, verbessert werden muss. Es ist aber falsch, dies zu kritisieren, weil es erst ein erster Schritt ist. Ihre Kritik ist sozusagen wagemutig, denn wenn man die positiven und die negativen Seiten dieses Rundfunkänderungsstaatsvertrages gegenüberstellt, dann frage ich mich, wie Sie zu einer grundsätzlichen Ablehnung kommen. Ich glaube, die Verbesserungen überwiegen bei Weitem. Die SPD-Fraktion hat dem Rundfunkänderungsstaatsvertrag deshalb zugestimmt, wie in allen Landesparlamenten, was im Übrigen in einigen Landesparlamenten die GRÜNEN ebenfalls getan haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Nächste Wortmeldung: Herr Minister Sinner.

**Staatsminister Eberhard Sinner** (Staatskanzlei): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank für die breite Zustimmung in den Ausschussberatungen. Wenn SPD und CSU sich einig sind, dann muss es natürlich die GRÜNEN geben, den Geist, der stets verneint.

(Margarete Bause (GRÜNE): Gut, dass es die GRÜNEN gibt!)

Wenn ich es richtig verfolge, dann haben Sie als Hauptbegründung lediglich die Tatsache angeführt, dass noch nicht alles geregelt wurde, was eigentlich zu regeln ist. Sie haben bei den Vorrednern, den Herren Kollegen Stockinger und Hufe gehört, dass es sehr viel Positives gibt. Das brauche ich nicht zu wiederholen. Ihre Auffassung, man hätte alles, was derzeit in Europa diskutiert wird, einbeziehen können, ist eine ziemliche Missachtung des Diskussionsprozesses auf europäischer Ebene. Ich selbst bin Vertreter aller 16 Länder im Kulturministerrat. Wir haben dort einen general approach erreicht. Das Parlament hat eben erst Stellung genommen, und wir werden die audiovisuelle Fernsehrichtlinie während der deutschen Präsidentschaft verabschieden. Das heißt, wir haben erst dann die Möglichkeit, Vorgaben hierzu in ein Gesetz aufzunehmen. Ich kann Sie aber beruhigen, der Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde in Brüssel notifiziert, weil Brüssel in dieser Sache mitzureden hat. Wir sind deshalb in der Tat auf einem sicheren Boden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben durchaus vor, ein neues Gebührenmodell zu machen. Frau Kollegin Gote, es hilft aber nichts, hier zu sagen, wir wollen ein neues Gebührenmodell. Da würden wir schon einmal gern Ihre Vorschläge hören, denn so einfach ist die Sache nicht. Man wird den PC einbeziehen, denn wenn keine Gebühr dafür erhoben würde, würde jeder auf den PC als Fernseher umsteigen. Das kann ich Ihnen technisch sehr schnell vorführen. Wenn dies der Fall wäre, hätten Sie das ganze Gebührenmodell sehr schnell ausgehöhlt.

Wir haben in Europa noch einiges vor. Das Beihilfverfahren ist auch mit massiver bayerischer Unterstützung zu einem Ende gebracht worden. Hier haben wir eine Verhandlungslösung erreicht, die einer Entscheidung seitens des Europäischen Gerichtshofs vorzuziehen ist. Wir haben ein ganzes Paket, welches wir in den nächsten Rundfunkstaatsverträgen aufgreifen müssen. Das bezieht sich beispielsweise auch auf die Gremienkontrolle. Die müssen wir weiterentwickeln.

Meine Damen und Herren, ich könnte noch mehr hinzufügen, denn wegen der Konvergenz der Medien aufgrund der Technik und wegen der Digitalisierung wird die Technik immer schneller sein als das Recht, welches der Technik oft nur mühsam folgen kann. Ein Rundfunkstaatsvertrag wird deshalb immer unvollendet sein. Es liegen noch viele Aufgaben vor uns. Ich biete dem Parlament an – hier nehme ich Ihre Anregung, Herr Hufe, gerne auf – die politischen Weichenstellungen gemeinsam zu diskutieren. Wir können uns hier im Landtag eine Meinung

bilden, und ich lade die GRÜNEN dazu ein. Mehr Wissen kann nicht schaden. Vielleicht kommen auch Sie dann zu einer anderen Beurteilung. Sie könnten sich dann positiver einbringen und vielleicht auch dem nächsten Rundfunkstaatsvertrag zustimmen. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Minister Sinner, vielen Dank, vor allem für die Disziplin, die Sie hier zum wiederholten Mal gewahrt haben, sodass wir noch zur Abstimmung kommen können.

Der Abstimmung liegen der Staatsvertrag auf der Drucksache 15/6821 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Hochschule,

Forschung und Kultur auf Drucksache 15/7303 zugrunde. Gemäß § 58 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Staatsvertrag erfolgen, wie Herr Kollege Hufe das bereits gesagt hat. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt Zustimmung. Wer dem Staatsvertrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann haben wir folgendes Stimmresultat: Die beiden großen Fraktionen stimmen zu, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt dagegen. Dann ist dem Staatsvertrag zugestimmt worden. Herr Kollege Sinner, ich gratuliere Ihnen dazu.

Wir haben keine weiteren Tagesordnungspunkte. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche einen schönen Feierabend.

(Schluss: 17.57 Uhr)

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.02.2007 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN; Energetische Sanierung staatlicher Liegenschaften (Drucksache 15/7389)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ach</b> Manfred				<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Ackermann</b> Renate	X			<b>Haderthauer</b> Christine		X	
<b>Babel</b> Günther		X		<b>Haedke</b> Joachim		X	
<b>Bause</b> Margarete	X			<b>Hallitzky</b> Eike	X		
Dr. <b>Beckstein</b> Günther		X		<b>Heckner</b> Ingrid		X	
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar				<b>Heike</b> Jürgen W.		X	
Dr. <b>Beyer</b> Thomas	X			<b>Herold</b> Hans		X	
<b>Biechl</b> Annemarie				<b>Herrmann</b> Joachim		X	
<b>Biedefeld</b> Susann				<b>Hintersberger</b> Johannes		X	
<b>Bocklet</b> Reinhold				<b>Hoderlein</b> Wolfgang			
<b>Boutter</b> Rainer	X			<b>Hohlmeier</b> Monika		X	
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter		X		<b>Huber</b> Erwin			
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X		Dr. <b>Huber</b> Marcel		X	
<b>Brunner</b> Helmut		X		Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto		X	
<b>Christ</b> Manfred		X		<b>Hufe</b> Peter	X		
<b>Deml</b> Marianne		X		<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Dodell</b> Renate		X		<b>Imhof</b> Hermann		X	
Dr. <b>Döhler</b> Karl		X		Dr. <b>Kaiser</b> Heinz	X		
<b>Donhauser</b> Heinz				<b>Kamm</b> Christine	X		
Dr. <b>Dürr</b> Sepp	X			<b>Kaul</b> Henning			
<b>Dupper</b> Jürgen	X			<b>Kern</b> Anton		X	
<b>Eck</b> Gerhard		X		<b>Kiesel</b> Robert			
<b>Eckstein</b> Kurt		X		<b>Kobler</b> Konrad		X	
<b>Eisenreich</b> Georg		X		<b>König</b> Alexander		X	
<b>Ettengruber</b> Herbert		X		<b>Kränzle</b> Bernd		X	
Prof. Dr. <b>Eykman</b> Walter		X		Dr. <b>Kreidl</b> Jakob		X	
Prof. Dr. <b>Faltlhauser</b> Kurt				<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
Dr. <b>Fickler</b> Ingrid		X		Dr. <b>Kronawitter</b> Hildegard	X		
<b>Fischer</b> Herbert		X		<b>Kupka</b> Engelbert		X	
Dr. <b>Förster</b> Linus	X			<b>Kustner</b> Franz			
<b>Freller</b> Karl				<b>Leichtle</b> Willi	X		
<b>Gabsteiger</b> Günter		X		Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp		X	
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X			<b>Lochner-Fischer</b> Monica			
<b>Glück</b> Alois		X		<b>Lück</b> Heidi	X		
<b>Goderbauer</b> Gertraud		X		Prof. <b>Männle</b> Ursula		X	
<b>Görlitz</b> Erika		X		Dr. <b>Magerl</b> Christian	X		
<b>Götz</b> Christa		X		<b>Maget</b> Franz			
Dr. <b>Goppel</b> Thomas				<b>Matschl</b> Christa		X	
<b>Gote</b> Ulrike	X			<b>Meißner</b> Christian		X	
<b>Guckert</b> Helmut		X		<b>Memmel</b> Hermann	X		
				<b>Meyer</b> Franz		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Miller Josef			
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert	X		
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann			
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Plattner Edeltraud		X	
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp		X	
Richter Roland		X	
Ritter Florian			
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus			
Sailer Martin		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf-Gerlspeck Ulrike		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Berta		X	
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Dr. Schnappauf Werner			
Schneider Siegfried			
Schorer Angelika		X	
Schuster Stefan	X		
Schwimmer Jakob		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi			
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Thätter Blasius		X	
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich		X	
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang	X		
Volkman Rainer	X		
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weichenrieder Max		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Weinberger Helga		X	
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	<b>48</b>	<b>101</b>	<b>0</b>



## TOP 4 – Verweisung der in Erster Lesung beratenen Gesetzentwürfe

Das Plenum hat am 07.02.2007 beschlossen, die nachstehenden Gesetzesentwürfe federführend an folgende Ausschüsse zur Weiterbehandlung zuzuweisen:

Erste Lesungen **OHNE** Aussprache (TOP 4.a):

1. Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN zur Einführung von Mitwirkungsrechten für Tierschutzvereine in Bayern (Bayerisches Tierschutzverbandsklagegesetz - Bay-TierSchVklG)  
Drs. 15/7224

**Zuweisung:**

Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

2. Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze  
Drs. 15/7251

**Zuweisung:**

Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik

Erste Lesungen **MIT** Aussprache (TOP 4b) und c):

- b) Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung  
Drs. 15/7252

**Zuweisung:**

Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

- c) Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN zur Änderung des Gesetzes über die Vergabe von Bauaufträgen im Freistaat Bayern (Bayerisches Bauaufträge-Vergabegesetz - BayBauVG)  
Drs. 15/7215

**Zuweisung:**

Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie



## Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 6)

### Es bedeuten:

- (E)** einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
**(G)** Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
**(ENTH)** Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
**(A)** Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
**(Z)** Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Peter Hufe, Wolfgang Vogel, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD Kultur- und Jugendarbeit machen Schule (1) hier: Fortschreibung des Bayerischen Kinder- und Jugendplans  
Drs. 15/4082, 15/7193 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Peter Hufe, Wolfgang Vogel, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD Kultur- und Jugendarbeit machen Schule (4) hier: Kooperation und Vernetzung  
Drs. 15/4085, 15/7195 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	ENTH

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Verbot der Anbindehaltung von Pferden  
Drs. 15/6336, 15/7276 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Gudrun Peters, Dr. Hildegard Kronawitter, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD Unterstützung für Angebote "Neue Einfachheit" im Tourismus  
Drs. 15/6384, 15/7270 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Gudrun Peters, Dr. Hildegard Kronawitter, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD Vereinheitlichung touristischer Internet-Angebote in Bayern  
Drs. 15/6385, 15/7271 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Institut für Versorgungsforschung  
Drs. 15/6431, 15/7216 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	A	Z

7. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD Bericht über Gesundheitsgefährdung und Schäden durch die Beifuß-Ambrosie (*Ambrosia artemisiifolia*) in Bayern  
Drs. 15/6432, 15/7214 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter, Dr. Thomas Beyer, Gudrun Peters u.a. SPD  
EU-Mittel aus dem Fonds für ländliche Entwicklung (ELER) zum flächendeckenden Ausbau einer zeitgemäßen Breitbandinfrastruktur einsetzen  
Drs. 15/6440, 15/7272 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Infrastruktur,  
Verkehr und Technologie
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Einstellungskriterien bei der Polizei: Ausnahmeregelungen bei Körpergröße  
Drs. 15/6441, 15/7199 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen und  
Innere Sicherheit
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
10. Antrag der Abgeordneten Sylvia Stierstorfer, Joachim Unterländer u.a. CSU  
Zusatzqualifizierung für grenzüberschreitende Ausbildung  
Drs. 15/6550, 15/7217 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für  
Sozial-, Gesundheits-  
und Familienpolitik
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | Z   | Z   | Z   |
11. Antrag der Abgeordneten Sylvia Stierstorfer, Joachim Unterländer u.a. CSU  
Vernetzung der Ausbildungsplatzakquisiteure  
Drs. 15/6551, 15/7218 (G)
- Votum des federführenden Ausschusses für  
Sozial-, Gesundheits-  
und Familienpolitik
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | Z   | A   | A   |
12. Antrag der Abgeordneten Henning Kaul, Dr. Marcel Huber u.a. CSU  
Anbindehaltung von Pferden  
Drs. 15/6566, 15/7277 (G)
- Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und  
Verbraucherschutz
- |  | CSU | SPD  | GRÜ |
|--|-----|------|-----|
|  | Z   | ENTH | A   |
13. Antrag der Abgeordneten Berthold RÜth, Peter Winter, Henning Kaul u.a. CSU  
Informationsoffensive für Energieeinsparungen  
Drs. 15/6569, 15/7273 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Infrastruktur,  
Verkehr und Technologie
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | Z   | Z   | Z   |
14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahraum 1: Generalisierung und Verstetigung des pro-aktiven Beratungsansatzes für Opfer von häuslicher Gewalt  
Drs. 15/6584, 15/7219 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für  
Sozial-, Gesundheits-  
und Familienpolitik
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahraum 2: Studie über besonders verletzbare Gruppen  
Drs. 15/6585, 15/7220 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für  
Sozial-, Gesundheits-  
und Familienpolitik
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahraum 3: Berechnung der Folgekosten in Bayern  
Drs. 15/6586, 15/7221 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für  
Sozial-, Gesundheits-  
und Familienpolitik
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | A   | Z   |
17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahraum 4: Einrichtung von niedrigschwelligen Täterprogrammen  
Drs. 15/6587, 15/7222 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für  
Sozial-, Gesundheits-  
und Familienpolitik
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
18. Antrag der Abgeordneten Henning Kaul, Manfred Ach u.a. CSU  
Umsetzung von Beschlüssen der Ministerpräsidenten der Länder in Fragen der Entwicklungszusammenarbeit  
Drs. 15/6599, 15/7213 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europa-  
angelegenheiten
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | Z   | Z   | Z   |

19. Antrag der Abgeordneten Franz Josef Pschierer, Philipp Graf von und zu Lerchenfeld, Roland Richter u.a. CSU  
Rundfunk- und Fernsehgebühren und Gebühren für Rechteverwertung für Hotelbetriebe  
Drs. 15/6625, 15/7298 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Herbert Ettengruber, Franz Josef Pschierer u.a. CSU  
Stärkung der Bahnlinie Nürnberg – Regensburg – Passau  
Drs. 15/6633, 15/7274 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Heinrich Traublinger, Franz Josef Pschierer, Klaus Stöttner u.a. CSU  
Mindestqualifikation für Gastwirte  
Drs. 15/6663, 15/7275 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Sozialberichterstattung  
Drs. 15/6696, 15/7223 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Johannes Hintersberger, Franz Josef Pschierer, Bernd Kränzle u.a. CSU  
Raum München - Augsburg zukunftsfähig entwickeln  
Drs. 15/6756, 15/7301 (ENTH) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 Gescho:**  
**abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten**

	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Umgehende Abschaltung der Atomkraftwerke Gundremmingen Block B und C des Forschungsreaktors FRM II zur korrekten Montage nicht spezifikationsgerecht gesetzter Dübel  
Drs. 15/6804, 15/7278 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	ENTH	Z

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Reduzierung der PFT-Belastung in Bayern  
Drs. 15/6831, 15/7279 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Peter Hufe, Wolfgang Vogel, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD  
Kultur- und Jugendarbeit machen Schule (3)  
hier: Kommunale Musikschulen und Jugendkunstschulen  
Drs. 15/4084, 15/7194 (E) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 Gescho:**  
**Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur**

	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Ulrike Gote, Ruth Paulig, Thomas Mütze u.a. BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Ankauf und Unterbringung der Sammlung Salzmann – „Bibliothek der verbrannten Bücher“  
Drs. 15/5685, 15/7196 (E) [X]

**abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**

	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Johannes Hintersberger, Franz Josef Pschierer, Heinrich Traublinger u.a. CSU  
Biersteuermengentabelle  
Drs. 15/6634, 15/7302 (E) [X]

**abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**

	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z





